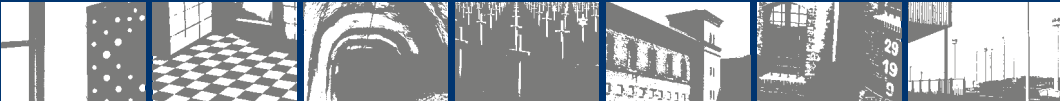




Erinnern!

Aufgabe, Chance, Herausforderung.

1 | 2025



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT

1933

1945

1989

Editorial

Kai Langer 1

Befreit? Juden, Deutschland und die Welt 80 Jahre nach Auschwitz

Michael Wolffsohn 3

Zur Benennung der Carl-Erdmann-Straße in Blankenburg (Harz)

Christoph Georg Rohrbach 19

20. Juli 1944, Attentat auf Hitler.

Der Enkel von Claus Schenk Graf von Stauffenberg im Gespräch

Maik Reichel 27

„Widerstehen“ von Bernd Göbel

für die Gedenkstätte Roter Ochse Halle (Saale)

Ulf Dräger 35

Das Polizeipräsidium und -gefängnis

in der halleschen Dreyhauptstraße

Daniel Bohse, Michael Viebig 40

Von fortgesetzten deutschen Lebenslügen

und Verdrängungen – in Ost und West

Marko Martin 68

35 Jahre danach. Oder: Es war nicht alles schlecht

und gut ist es noch immer nicht

Josephine von Blüeten Staub 74

Chronik // Was bleibt

Henrik Szántó 80

Aus der Arbeit der Stiftung

Digitale Grenzöffnungen.

Die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn auf dem Weg zur digitalen Bildungsarbeit?

Felix Ludwig

86

80 Jahre nach der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau – Die Jugendbegegnung 2025

Henrike Dammköhler

94

Teilnahme am Wettbewerb der Bundeszentrale für politische Bildung

Elfi Melcher

103

Liebe Leserinnen und Leser,

das aktuelle Heft enthält eine Zusammenschau sehr unterschiedlicher Beiträge, die sowohl diverse zeit- und regionalgeschichtliche, als auch geschichtspolitische und erinnerungskulturelle Themen berühren. Das Titelfoto zeigt eine Ansicht der Bronzeplastik „Widerstehen“, die erst kürzlich auf dem Ehrenhof der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) enthüllt wurde. Mehr zu dem ausdrucksstarken Werk und seinem Schöpfer, dem Hallenser Bildhauer Bernd Göbel, können Sie dem fachkundigen Beitrag von Ulf Dräger entnehmen.

Den Auftakt dieses Hefts bildet jedoch der nachdenklich stimmende Text einer Rede, die Michael Wolffsohn am 27. Januar 2025 anlässlich des bundesweiten Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus in Magdeburg gehalten hat. Unter der in eine „ketzerische Frage“ gekleideten Überschrift „Befreit? Juden, Deutschland und die Welt 80 Jahre nach Auschwitz“ erinnert der Redner auf wenig bekannte schmerzliche Aspekte des Verhältnisses zwischen Deutschen und Juden, zwischen Deutschland und Israel: So habe es für die befreiten Juden nach dem Krieg weder auf deutscher oder alliierter Seite irgend eine Form von „Willkommenskultur“ gegeben. Vielmehr war das Gegenteil der Regelfall. Die Versicherungen heutiger Bundesregierungen zur Sicherheit Israels als Teil deutscher Staatsräson dürften nicht darüber hinwegtäuschen, dass deutsche Solidarität gegenüber dem jüdischen Staat immer dann unterblieb, wenn sie besonders dringend gewesen wäre. Mit Blick auf die Zunahme des Antisemitismus empfiehlt der streitbare Autor lieber „weniger ‚Gegen das Vergessen‘ zu reden, sondern mehr über Wehrhaftigkeit nach innen und außen“.

Eine weiterer kritischer Redebeitrag ist im hinteren Teil des Hefts zu finden. Anlässlich des 35. Jubiläums der Friedlichen Revolution hatte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im letzten Jahr zu einer Veranstaltung ins Schloss Bellevue geladen. Unter den bei dieser Gelegenheit gehaltenen Wortbeiträgen stach der kurze Redebeitrag des Schriftstellers Marko Martin besonders hervor. Darin kritisierte er die deutsche Selbstbezogenheit bei gleichzeitiger Geringschätzung der historischen Beiträge Ost- und Mitteleuropas sowie die Naivität deutscher Politik im Umgang mit Russlands Diktator Wladimir Putin. Sowohl die verärgerte Reaktion des Gastgebers als auch die vielfältigen Reaktionen auf diesen Beitrag verdienen es, diesen noch einmal gesondert zu dokumentieren.

Weiterhin empfehlen möchte ich Ihnen auch die Lektüre eines Interviews, das Maik Reichel mit Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Enkel des gleichnamigen Wider-

standskämpfers, im vergangenen Jahr geführt hat. Anlass des Gesprächs war der 80. Jahrestag des Attentats auf Adolf Hitler. Reichels Interviewpartner gibt interessante Einblicke in seine Familiengeschichte, reflektiert über die sich immer wieder wandelnde Rezeption des 20. Juli 1944 und wendet sich gegen die politische Instrumentalisierung seines Großvaters durch rechtsextreme Agitatoren.

In ihrem gemeinsamen Aufsatz über das Polizeipräsidium und -gefängnis in der halle-schen Dreyhauptstraße tragen Daniel Bohse und Michael Viebig ihre jeweiligen Kenntnis-sstände zur Geschichte des Anfang des 20. Jahrhunderts errichteten Gebäudekomplexes zusammen. Auch wenn die Zusammenschau beider Historiker und Gedenkstättenleiter bruchstückhaft bleibt, weil es keine systematische ortsbezogene Forschung dazu gibt, vervollständigen sie damit das Wissen zum örtlichen Zusammenwirken verschiedener Repressionsorgane in den beiden aufeinander folgenden Diktaturen.

Von individuellem Interesse und künstlerischer Kreativität geleitet, entstanden die hier nacheinander abgedruckten Texte von Josephine von Blueten Staub und Henrik Szántó. Die von ihren jeweiligen Familiengeschichten inspirierten Beiträge ha-ben beide während eines Poetry Slams im vergangenen Jahr „performt“. Während Blueten Staub anhand der Geschichten ihrer Eltern und Großeltern auf die Widersprü-che in der Diktatur und der Erinnerung und die Ambivalenzen der Deutschen Einheit zwischen Freiheit und Enttäuschung eingeht, berichtet Szántó von der Flucht seines Großvaters und seiner Urgroßeltern aus dem kommunistischen Ungarn. Damit wirft er zugleich ein Licht auf die zentrale Frage – Was bleibt? – und trägt damit das Thema Flucht in die Gegenwart.

Unter den Beiträgen aus der Arbeit der Stiftung möchte ich den meines Marienborner Kollegen Felix Ludwig hervorheben. Darin setzt er sich eingehend kritisch mit den Chancen und Möglichkeiten verschiedener digitaler Formate in der Gedenkstättenpä-dagogik auseinander.

Obwohl ich an dieser Stelle nur auf ausgewählte Beiträge eingehen konnte, hoffe ich doch, Sie auf den gesamten Inhalt des Heftes neugierig gemacht zu haben. Wenn Sie Ihre Meinung zu dieser Ausgabe oder zu der Reihe mitteilen möchten, schreiben Sie mir bitte.



Dr. Kai Langer
Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt



Michael Wolffsohn während seiner Rede in der Magdeburger Staatskanzlei, 27. Januar 2025.

Befreit? Juden, Deutschland und die Welt 80 Jahre nach Auschwitz

Michael Wolffsohn¹

O die Schornsteine

Auf den sinnreich erdachten Wohnungen des Todes,

Als Israels Leib zog aufgelöst in Rauch

Durch die Luft –

Als Essenkehrer ihn ein Stern empfing

Der schwarz wurde

Oder war es ein Sonnenstrahl?

O die Schornsteine! Freiheitswege für Jeremias und Hiobs Staub –

Wer erdachte euch und baute Stein auf Stein

Den Weg für Flüchtlinge aus Rauch?

O die Wohnungen des Todes, Einladend hergerichtet

*Für den Wirt des Hauses, der sonst Gast war –
O ihr Finger,
Die Eingangsschwelle legend
Wie ein Messer zwischen Leben und Tod –
O ihr Schornsteine,
O ihr Finger,
Und Israels Leib im Rauch durch die Luft*
Nelly Sachs

Israels Leib, aufgelöst in Rauch durch die Luft ziehend. So oder anders insgesamt sechsmillionenfach „aufgelöst“. Allein in Auschwitz 1,3 millionenfach. Je wieder? Unvorstellbar am Tag der Befreiung aus dieser Hölle durch Stalins Rote Armee, am 27. Januar 1945. Vor genau 80 Jahren. Nie wieder? Doch wieder: Israel, 7. Oktober 2023. Nicht wieder millionenfach, doch wieder vielfach mörderisch. Der israelische Ersthelfer Ascher Moskowitz berichtet: „Nachdem die Terroristen die Eltern ... brutal in ihrem Zuhause ermordet haben, nahmen sie das ... lebende Baby, steckten es in den Backofen ... und verbrannten es.“ Andere Kinder wurden vor den Augen ihrer Eltern erschossen.

Deutschland, 7. Oktober 2023. Entsetzen, Schock.

Nicht nur. Und nicht nur in Berlin-Neukölln. Jubel. Bonbons werden verteilt. Von Nachfahren der Nazis? Nein, von Neudeutschen aus der Islamischen Welt. Wie auch woanders in Westeuropa, verwandelt eine muslimische Minderheit die westliche Welt insgesamt in einen Nebenschauplatz nahöstlicher Konflikte, besonders des islamisch-israelischen.

Eine neue Entwicklung? Nein, längst standen die Zeichen an der Wand. Juli 2014, Berlin, Kurfürstendamm. Palästinenser und linksextremistische deutsche Sympathisanten verdammen den Jüdischen Staat, Israel. Sie brüllen: „Hamas, Hamas, Juden ins Gas.“ Ins Gas. Juden. Wie einst in Auschwitz. Das Wunschbild dieser islamistisch-linksextremistischen Allianz beschrieb Nelly Sachs nur scheinbar rückblickend: Israels Leib, in Rauch aufgelöst durch die Luft ziehend.

Jene Allianz ist nicht neu. Bereits in den 1970er Jahren arbeiteten arabische Terroristen mit deutschen Links- und Rechtsterroristen sowie mit der APO, also der außer-

parlamentarischen Opposition, eng zusammen. Nur einige Fakten dazu.

- 9. November 1969, am Tag des Gedenkens an das Pogrom der „Reichskristallnacht“: Deutscher Linksterror der „Tupamaros Westberlin“ gegen das Zentrum der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und deren Vorsitzenden, Heinz Galinski.
- München, Februar 1970, Linksterror gegen das jüdische Seniorenheim sowie Flugpassagiere nach Israel.
- München, Olympiade, 5. September 1972: Palästinensische Terroristen ermorden israelische Sportler. Logistische Hilfe hatten sie von deutschen Links- und Rechts-extremisten erhalten.
- Entebbe, Uganda, 28. Juni bis 4. Juli 1976, Entführung eines Air France Flugzeuges durch westdeutsche Linksterroristen und palästinensische Gesinnungs-genossen. Alle jüdischen Geiseln, israelische ebenso wie nichtisraelische Juden, blieben gefangen, die nichtjüdischen freigelassen. Selektion. Wie weiland Doktor med. Josef Mengele in Auschwitz.

Lang ist die jetzige Liste jüdischer Wissenschaftler, Künstler oder Sportler, die weltweit ausgeladen oder nicht zugelassen werden oder, weil und als Juden, ganz einfach unerwünscht sind.

Lang auch die Liste verbaler und körperlicher Gewalt gegen Juden durch die vermeintlichen Eliten der deutschen Nation. Aber nicht nur der deutschen Nation.

Columbia University, New York City, Juni 2024

Mein Name ist Shai Davidai. Ich bin Assistenzprofessor an der Columbia Business School. Ich bin jüdisch und israelisch. Seit dem 7. Oktober 2023, als die Hamas mehr als 1.200 meiner Landsleute vergewaltigte, folterte und massakrierte und mehr als 240 weitere Menschen entführte, ist der Campus der Columbia University eine feindselige Umgebung für Juden und Israelis wie mich... In den letzten Monaten haben sich jüdische Studenten an der Columbia University in ihren Wohnheimen eingeschlossen, um Angriffen zu entgehen. Sie wurden bespuckt, angegriffen, gemobbt und verleumdet.

All das unvorstellbar am 27. Januar 1945. Nein, ein zweites Auschwitz, ein zweiter Holocaust, steht nicht bevor. Weder in Deutschland noch in Europa oder in Amerika, und auch der Iran wird Israel nicht auslöschen können. Also keine zweite „Todesfuge“, wie sie Paul Celan beschrieb:

*Er ruft spielt süßer den Tod der Tod ist ein Meister aus Deutschland
er ruft streicht dunkler die Geigen dann steigt ihr als Rauch in die Luft
dann habt ihr ein Grab in den Wolken da liegt man nicht eng*

Nein, das nicht wieder. Doch reicht nicht auch das geringere Schon-Wieder?

Lassen Sie uns darüber später sinnieren, denn ich drehe das Zeitrad zurück.

Auschwitz, 27. Januar 1945. Stalins Rote Armee befreit die Überlebenden. Die meisten Juden, auch Nichtjuden waren dabei. Roma und Sinti und Politische. Allesamt Haut und Knochen. Lebende Tote.

Scheinbar ketzerisch frage ich: War diese Befreiung tatsächlich eine Befreiung? Ja und abermals ja. Die Deutschen und die Welt wurden vom NS-Regime befreit.

Die nächste Frage: Waren die Befreier tatsächlich Befreier? Kurz- und langfristig ja, die USA, Großbritannien und Frankreich. Kurzfristig auch die Sowjetunion Stalins, denn die Märtyrer von Auschwitz wurden am 27. Januar 1945 von Stalins Roter Armee befreit. Die Sowjetunion selbst war freilich auch und erst recht damals alles andere als ein freier Staat. Danach, bis zum Ende der Sowjetunion im Jahre 1991, war diese, wie ihre Satellitenstaaten, alles andere als ein freies Land. Man lese Wassili Grossmans Jahrhundertroman „Leben und Schicksal“. Darin schildert er, dass und wie nicht nur die Juden in Stalins Sowjetunion drangsaliert, diskriminiert und liquidiert wurden.

1945/46: Nach ihrer Befreiung wollten die befreiten Juden zurück in ihre alte Heimat. Wohin auch sonst? Dort waren sie alles andere als willkommen. Polen, Kielce, 4. Juli 1946: Überlebende jüdische Rückkehrer wollten wieder ihre einstigen Häuser oder Wohnungen beziehen. Doch längst waren sie von nichtjüdischen Einheimischen besetzt und belegt. Ihr Willkommensgruß an die früheren Nachbarn entsprach nicht dem zu erwartenden Anstandskodex. Vierzig der jüdischen Rückkehrer wurden ermordet, achtzig verletzt. Wo und wenn überlebende westeuropäische Juden zurückkehrten, ein ähnliches Bild. Minus Mord- und Totschlag. Zugeschlagen wurden die Türen ihrer einstigen Häuser oder Wohnungen. Wie das in Frankreich geschah, schildert Robert Bober in seinem

Roman „Berg und Beck“. Wie es meiner Mutter mit ihren zwei Schwestern 1956 in Bamberg erging, als sie ihre einstige Wohnung nur besichtigen wollten, habe ich in meinen „Deutschjüdischen Glückskindern“ beschrieben. Erschrocken und erschreckend rief die Ehefrau ihrem Mann zu: „Die Juden saaan wiedaa da!“

Ganz allgemein war nach 1945 die gesamtdeutsche Willkommenskultur den jüdischen Überlebenden gegenüber mehr schmerzlich als zärtlich. Im Westen hält sich bis heute die Mär von jüdischer Bereicherung durch die erfolgten Entschädigungen und Rückgaben. Die deutsche Volkswirtschaft profitiert noch immer von den einstigen Arisierungen, sprich: den nicht erfolgten Rückgaben oder Entschädigungen. Auch meine Familie kann ein Lied davon singen. Sogar von einer gefühlt zweiten „Arisierung“, 1965 im Westen Berlins.

Was gibt es Gutes von der Willkommenskultur der französischen und britischen Besatzungsmacht in den Westzonen von 1945 bis 1949 zu berichten? Nichts. Von den Briten wurden die wenigen deutschjüdischen Rückkehrer als Deutsche angesehen, was bedeutete, dass sie nicht einmal die minimalen Vergünstigungen der anderen, in Deutschland gestrandeten Juden, den „Displaced Persons“, DPs, genannt, erhielten. Die Juden seien schließlich nicht die einzigen Opfer des Faschismus, verkündete Britanniens Labour-Außenminister Bevin. Wie seine Kabinettskollegen fürchtete er, dass die Zionisten die jüdischen Holocaust-Überlebenden sozusagen „von Auschwitz an die Front“ nach Britisch-Palästina bringen würden, um dort die britische Kolonialmacht und ihre arabischen Verbündeten zu bekämpfen. Britannien und die palästinensische Führung hatten zuvor, von 1939 bis 1948, also bis zur Gründung Israels, die Tore von Britisch-Palästina für Juden fest verschlossen gehalten.

Hartherziger und judenfeindlicher als die demokratische Restwelt waren Briten und Palästinenser nicht. Wir schauen zurück:

Bereits im Sommer 1938, kurz nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Hitler-Reich, hatte sich auf der Konferenz von Evian am Genfer See kein Staat bereiterklärt, die Juden, aus großdeutscher Not befreiend, aufzunehmen.

Mai/Juni 1939: US-Präsident Franklin D. Roosevelt, Demokrat und als großer Freund der Juden geltend, verweigert dem Passagierschiff St. Louis mit 937 deutschjüdischen Flüchtlingen an Bord das Anlegen an amerikanischen Häfen. Der Dampfer musste nach Europa zurückkehren. Dort wartete auf sie der Tod aus Deutschland.

Nur Rafael Trujillo, der Diktator der Dominikanischen Republik, gewährte jüdischen Flüchtlingen Asyl. Aus Dankbarkeit dafür nannte sich die deutschjüdische Lyrikerin Hilde Palm fortan Hilde Domin. Domin – Dominikanische Republik.

Wer als Jude konnte, entfloh nach der Befreiung von Auschwitz gen Westen. Soweit weg wie möglich aus Stalins Terrorbereich. Die meisten strömten ins geografisch nächste Gebiet des Westens, also Westdeutschland, und dort vornehmlich in die Amerikanische Zone. Die meisten wollten nach Zion. Sie durften nicht. So befreit waren die aus Auschwitz befreiten Juden eben doch nicht.

Vornehmlich wegen der Muslime in Palästina, Arabien und Indien hielt Britannien die Tore Palästinas bis zur Unabhängigkeit Israels im Mai 1948 fest verschlossen. Auch danach unternahm London alles, um zu verhindern, dass jüdische DP's von Westdeutschland nach Israel kamen. Westminster lieferte den Arabischen Staaten, die im Krieg von 1948/49 Israel auslöschen wollten, sogar Material und Personal. Für die Holocaust-Überlebenden bedeutete dies: Von Auschwitz kamen sie über die deutschen DP-Lager an die israelische Front, wo der gerade neu entstandene jüdische Staat ums Überleben kämpfte.

Womit wir von Evian 1938 über Auschwitz 1945 und Deutschland 1948/49 in der Gegenwart wären und in der jüdischen Situation schlechthin. Diese besteht aus einem Leit- und zugleich Leidthema. Es lautet: Jüdisches Leben ist von der Antike bis heute und offenbar auch morgen und übermorgen „Existenz auf Widerruf“. In meinem Buch „Eine andere Jüdische Weltgeschichte“ habe ich diese orts- und epochenübergreifende Existenz auf Widerruf ausführlich beschrieben. Hier nur so viel: Zionismus seit 1897 bzw. Israel seit 1948 ist die Antwort der Judenheit an die Völker der Welt; an die Völker der Christlichen ebenso wie der Islamischen Welt. Toleranz genossen wir Juden zweitausend Jahre lang nur abschnittsweise, also zyklisch, solange man uns vor allem als wirtschaftliche und wissenschaftliche Modernisierer brauchte. Dann hieß es, in Abwandlung von Schillers „Fiesco“, der Jud' hat seine Arbeit getan, der Jud' kann gehen. „Funktionale Toleranz“ nenne ich das – im Gegensatz zu Moralischer Toleranz. Zweitausend Jahre lang wurden wir Juden von hier nach dort und von dort hierhin oder dorthin ge- und vertrieben und, weil wehrlos, mal diskriminiert, mal liquidiert. Die zionistische Antwort: Wir brauchen eine Heimstatt, einen Staat, in dem wir als Minderheit nicht, wie zweitausend Jahre lang, von der unzuverlässigen Gnade und

Funktionalen Toleranz der Mehrheit anderer Völker abhängig, sondern selbst Mehrheit, also Staatsvolk, sind.

Keine Frage, im deutschen Westen wurde die jüdische Minderheit nach 1945 von den politisch Verantwortlichen, besonders in der Adenauer-und-Kohl-Ära, nicht nur geschützt, sondern ganz besonders gefördert und amtlich geachtet. Von einer vergleichbar positiven Sonderrolle kann in DDR aus ideologischen und ostblockpolitischen Gründen keine Rede sein, und bei Bedarf überpinselte man auch dort Braun durch Rot. Ein typisches Beispiel: Wie andere idealistische, kommunistisch-jüdische Veteranen, hatte sich der bedeutende Historiker Jürgen Kuczynski bei seiner Rückkehr aus dem West-Exil gegen die BRD und für die DDR entschieden. Als er sich 1952 um das Rektorat der ostberliner Humboldt Universität bewarb, entschied sich Walter Ulbricht höchst persönlich für den unhabilitierten, wissenschaftlich völlig unqualifizierten, Nazi-Juristen Walther Neye. Ihm hatte mein Großvater Karl Wolffsohn 1938/39 seine Gestapo-„Schutzhaft“ zu verdanken.

Wie Alt-Bundesdeutschland will uns Juden auch das vereinte, neue Deutschland schützen. Doch Wollen und Können sind gerade hier nicht identisch. Das wiederum ist weniger auf Antisemitismus als auf das jahrzehntelang vernachlässigte Sicherheitsthema in Politik und Gesellschaft zurückzuführen.

Ich selbst habe seit rund vierzig Jahren, teils gegen erbitterte Kritik von Juden und Nichtjuden, immer wieder das Neue, das Humane, Liberale, Weltoffene und wehrhaft Tolerante am neuen Deutschland, hervorgehoben. Ich wurde von manchen als „jüdischer Hoflyriker Deutschlands“ diffamiert. Sei's drum. Jenes neue Deutschland gibt es immer noch in vielen Mikro-Milieus; auch in ethnisch, religiös und kulturell gemischten Mikro-Milieus. All diese könnte ich stundenlang preisen, doch sind sie auf der Makro-Ebene tonangebend? Leider nein.

Die alte und neue, vereinigte Bundesrepublik hatte ihre dunklen Flecken. Einige Beispiele seien genannt.

- Am 11. Februar 1970, einen Tag nach dem ersten palästinensischen Terrorakt auf deutschem Boden gegen Israel, verkündete Kanzler Brandt auf der ersten Nahost-Strategie-Besprechung der damals neuen SPD/FDP-Koalition: Fortan werde

Deutschland Israel gegenüber eine Politik „ohne Komplexe“ betreiben. Gesagt, getan: Im Oktober 1972, einen Monat nach dem Massaker palästinensischer Terroristen bei der Münchner Olympiade, wurden die überlebenden Täter unter seltsamen Umständen ausgeliefert. 1973, im Jom-Kippur-Krieg stand Israels Existenz kurz vor dem Widerruf, also vor der Auslöschung. Die sozialliberale Koalition unter Willy Brandt (SPD) und Walter Scheel (FDP) verbot den USA, aus und über die Bundesrepublik Deutschland Israel überlebenswichtige Waffen zu liefern.

- 1981, Kanzler Helmut Schmidt verdammt, wie die meisten Europäer, den jüdischen Staat, weil und nachdem Israels Flugzeuge den fertiggestellten, atomwaffenfähigen Reaktor des Diktators Saddam Hussein bei Bagdad, einem Atomkrieg zuvorkommend, zerstört hatte.
- Von 1998 bis 2005, lieferte die Rot-Grüne Koalition keines der von der Kohl-Regierung zugesagten deutschen U-Boote an Israel. Das geschah erst auf der letzten Kabinettsitzung von Rot-Grün; quasi als Trojanisches Pferd für Schwarz-Rot.
- Von 2006 bis 2023 hatte die Bundesmarine den UNO-Auftrag, den Waffenschmuggel zugunsten der libanesischen Hisbollah-Terroristen zu verhindern. Über Land und See gelangten Waffen massenweise zur Hisbollah. Die Bundesmarine sah nichts, sollte nichts sehen.
- Umgekehrt, zum eigenen Schutz, holt sich Deutschland in Israel gerne Anti-Terror-Rat und erwirbt „jüdische Waffen“ wie zum Beispiel Drohnen und Raketenabwehrsysteme für den deutschen Luftraum ebenso wie für den jetzigen Airbus der Bundesregierung.

Nein, kein „Schon wieder“. Gerade in der frühen deutschen Bundesrepublik wurde normativ, grundgesetzlich, sowie innen-, außen-, erziehungs- und bildungspolitisch viel getan. Doch machen wir uns nichts vor. Die meisten Deutschen nach 1945 waren, sofern sie überlebt hatten, dieselben wie bis 1945. Andere gab es nicht. Das Wunder der demokratischen Bundesrepublik Deutschland besteht gerade darin, dass diese Demokratie mehrheitlich von Männern und Frauen auf- und ausgebaut wurde, die bereits von 1933 bis 1945 perfekt funktioniert hatten – und ab 1945 wiederum bestens funktionierten. Daraus folgt: Erst kommt die Macht, dann die Moral.

Deutschlands Wandel von der NS-Diktatur zur Demokratie der Bundesrepublik Deutschland war kriegsbedingt. Bedingt durch den Krieg, den Deutschland begonnen

und, den Alliierten sei Dank, verloren hatte. 1945 wurden nicht nur die Juden aus Auschwitz befreit, sondern die Welt und nicht zuletzt die Deutschen vom Terror des Nationalsozialismus.

Daraus folgt: Deutschland, die Deutschen, haben sich nicht aus eigener Kraft befreit. Daraus folgt was heutzutage in Deutschland gerne vergessen wird: Manchmal lösen nur Kriege Probleme und bringen Befreiung. Um es mit dem großen Franzosen Albert Camus zu sagen: „Manchmal muss man töten, um das Morden zu beenden.“ Ist das keine Lehre aus der Befreiung von Auschwitz?

Erst kommt die Macht, dann die Moral. Ist es, war es, je anders? Hier oder woanders? Womit wir in der Gegenwart sind. Wo und wenn der demokratische Staat über das Gewaltmonopol verfügt, bestimmt er über die Durchsetzung der so verstandenen Moral. Kann der Staat auch nur Teilen seiner Bürgerschaft jene Sicherheiten nicht gewähren, kriselt es. Ja, es kriselt in unserer Bundesrepublik Deutschland. Auch, aber nicht nur, weil wir als Juden, wie zum Beispiel auch Politiker oder Rettungskräfte und Polizisten hierzulande nicht sicher leben oder, gesellschaftspolitisch bedingt, nur noch eingeschränkte Lebensqualität genießen.

Eine Umfrage des Netzwerkes Jüdischer Hochschullehrer in Deutschland, Österreich und der Schweiz ergab im Juli 2024, dass 14 Prozent der Befragten angaben, sie nähmen derzeit Personenschutz oder andere spezielle Schutzmaßnahmen in Anspruch. 13 Prozent seien wegen Anfeindungen auf Online-Lehre umgestiegen. 40 Prozent hätten Sicherheitsworkshops und Schulungen gefordert. Jeder Dritte wünschte sich eine erhöhte Polizeipräsenz auf dem Campus. 76% beklagten ein fehlendes Sicherheitskonzept ihrer Hochschule.

Die Judenfeindschaft an deutschen Universitäten sei halb so schlimm, versüßt ein emeritierter Professor für Öffentliches Recht an der Universität Duisburg-Essen die bittere Situation. Er beruft sich auf dieses Ergebnis der Umfrage einer Konstanzer Forschungsgruppe aus dem Jahre 2024: Der an das junge, linke und akademische Milieu gerichtete Antisemitismusvorwurf sei vorschnell. Tatsächlich handele es sich um die am wenigsten antisemitisch eingestellte Gruppe in Deutschland.

Umfragen sind die eine Seite, die unverbindliche. Verbindlich die andere: das tatsächliche Handeln, und siehe da, ein ganz anderes Bild: Knapp zehn Prozent aller 2022/23 in Deutschland erfassten antisemitischen Vorfälle entfielen auf den Bildungsbereich. Das ist erstens am Bevölkerungsanteil überproportional und zweitens ein nieder-

schmetterndes Ergebnis bildungspolitischer bzw. aufklärerischer Anstrengungen. (aus: Forschung & Lehre, Mitteilungen des Deutschen Hochschulverbands, Heft 1 / 2025, S. 30f.) Zugleich widerlegt dieses Ergebnis eine nahezu allseits gehegte Illusion: Dass nämlich Bildung Vorurteile abbaue und deshalb Gewalt verringere oder gar verhindere. Wie naiv. Ganz unabhängig vom jüdischen Thema sei in diesem Zusammenhang gefragt: Waren Massenmörder wie Lenin, Stalin, Mao oder Pol Pot ungebildet? Wir erkennen einmal mehr, dass und wie sehr man Wirkliches akademisch überzukern bzw. methodisch scheinbar korrekt verfälschen kann.

Die große Mehrheit der Deutschen, auch der muslimischen und linken – ist nicht antisemitisch. Demoskopisch gesichert ist der Anteil von Antisemiten – je nach Fragestellung – zwischen mindestens 15 und maximal 30 Prozent. Zu viel, aber eben die Minderheit.

Der neue, aggressive Antisemitismus hat eine selten, wenn überhaupt, erwähnte Ursache: Der heute mehrheitlich pazifistische Deutsche Michel kann oder will nicht verstehen, dass sich der Angegriffene – Jude oder Ukrainer – wehrt, und extremistische Muslime, nicht die muslimische Mehrheit, will nicht, dass sich Juden in Israel und woanders wehren.

Makabre Ironie der Geschichte: 80 Jahre nach Auschwitz muss Deutschland nicht zuletzt von Juden aufgefordert werden, das staatliche Gewaltmonopol wiederherzustellen. Hat sich Deutschland bei der Bewältigung seiner Vergangenheit selbst überwältigt?

Ein Blick auf die ideologische Dimension. Der altbekannte rechtsextremistische Judenhass ist neuerdings sichtbar erstarkt, weil es, anders als „damals“, nicht nur eine Quelle des Judenhasses gibt, sondern drei. Neben dem Rechtsextremismus, zweitens den Linksextremismus und drittens den Islamismus, wobei zwei und drei nicht nur in Deutschland eine Allianz bilden, den in Frankreich so genannten „Islamogauchismus“, also die Koalition von Islamisten, Linksextremisten und Salon-Linken. Als Koalition weltlicher palästinensisch-arabischer Nationalisten und Linksextremisten kennen sie Westdeutsche bereits seit den späten 1960er Jahren. Sie erinnern sich: Berlin 1969: Linker Terror gegen Juden. München, Februar 1970: Linker und palästinensischer Terror gegen Juden. München, Olympia 1972: Palästinensischer Terror

gegen jüdische Israelis mit Hilfe links- und rechtsextremistischer Deutscher. Uganda, Entebbe, Juli 1976: Deutscher Links- und palästinensischer Terror gegen Juden. Erlangen, Dezember 1980: Rabbiner und Verleger Schlomo Levin wird von einem Neonazi der Wehrsportgruppe Hoffmann ermordet.

Deutschlands Politik solle nicht länger von Auschwitz überschattet sein. So Bundeskanzler Helmut Schmidt im April 1981 bei seinem Besuch in Saudi-Arabien. Er fügte hinzu: Deutschland trage indirekte Schuld am Leid der Palästinenser, denn Israel sei eine Folge des Holocaust.

- Falsch, weil Zionisten bereits seit 1882 in die altneue Heimstatt Zion zogen, um dem Morden an Juden in Europa zu entkommen. Ab 1939 versperrten Hitler-Deutschland, England und Palästinenser Juden jedweden lebensrettenden Ausweg. Nicht aktiv, sondern reaktiv führte England dann nominell ab 1939 und faktisch erst ab 1940 Krieg gegen Hitler-Deutschland.
- Falsch Kanzler Schmidt, weil die Palästinenserführung und andere arabische Nationalisten den Schulterschluss mit Deutschlands „Führer“ suchten und fanden. Im Gegenzug mobilisierte der palästinensische Islamist al Hussein Muslime auf dem Balkan für die Waffen-SS.
- Mai 1941, sechs Monate vor „Inbetriebnahme“ von Auschwitz: Arabischer Aufstand gegen die britische Kolonialmacht mit NS-deutscher Hilfe. Britische Soldaten schlugen den Aufstand nieder. Die Drahtzieher, Raschid Ali al Gailani und der palästinensische Großmufti von Jerusalem, Haj Amin el Hussein, fliehen nach Hitler-Deutschland. Ihnen wird Asyl gewährt.
- Bagdad, 1. und 2. Juni 1941, der Pogrom an den Juden Bagdads.
(Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Berlin 2007, S. 8.)
Auch Polizisten und Soldaten waren am Pogrom beteiligt und wurden weder vom zurückgekehrten Regenten noch vom Chef der Bagdader Polizei noch vom Gouverneur Bagdads oder vom Kommandanten der Armeedivision, die in Bagdad stationiert war, daran gehindert ... auch die britischen Truppen, die außerhalb der Stadt Halt machten, ließen das Massaker geschehen.
- Bis Mitte der 1960er Jahre, kollaborierte die palästinensische und altarabische Führung lange mit den alten (NS-)Kämpfern.

Weshalb erwähne ich die nahöstliche Variante der Auschwitz-Ära? Weil zur bundesdeutschen Demografie viele Muslime gehören. Demografie und Ideologie hängen zusammen. Die Nachfahren sind für die Taten der Vorfahren nicht schuldig. Sie stehen aber in ihrer Tradition. Wie die Nachfahren der Altdeutschen, trifft die deutschen Muslime nicht die Schuld der Vorfahren. Doch wie alle anderen Deutschen müssen auch sie die gemeinsame Geschichte von Deutschland und der muslimischen Welt kennen. Das ist die gemeinsame Aufgabe von Alt- und Neudeutschen. Doch wer erkennt oder gar benennt sie?

Wer zurecht „Gegen das Vergessen“ sagt, darf nicht selektiv manches vergessen, verkennen, verheimlichen. Erfolgreiche Integrationspolitik zwischen Christen, Ex-, und Nennchristen sowie Muslimen und Juden gelingt nur, wenn wir dieselbe Geschichte aus den verschiedenen Betroffenheiten und Blickfeldern gemeinsam und als Ganzes kennen, betrachten, benennen und erklärend bewerten. Davon sind wir Lichtjahre entfernt.

Gerade deshalb, versteht ein Großteil der nichtjüdischen Welt eben nicht den juden-geschichtlichen Wendepunkt seit 1948: Israel. Nicht „nur“ wegen Auschwitz, sondern wegen der zweitausendjährigen jüdischen Weltgeschichte. Erstmals seit zweitausend Jahren setzen sich Juden zur Wehr. Keiner, der sie innenpolitisch daran hindert. Nur außenpolitisch. Auch Israels Überleben ist Existenz auf Widerruf. Lange Zeit, jetzt nicht mehr, sannen die meisten arabischen Staaten auf Vernichtung des Jüdischen Staates. Davon träumen immer noch Hamas-Palästinenser, Hisbollah, Huthis und der Iran der Mullahs mit seinen Schützlingen.

Ich hatte diese These aufgestellt: Der Staat Israel ist, nicht nur wegen und nach Auschwitz, sondern wegen der zweitausendjährigen Existenz auf Widerruf die Antwort der Judenheit an die Völker der Welt; an die Völker der christlichen ebenso wie der Islamischen Welt.

Geradezu prophetisch hatte es Heinrich Heine in seinem Gedicht „An Edom“ kommen sehen.

Heinrich Heine

An Edom,

Ein Jahrtausend schon und länger,

Dulden wir uns brüderlich,

Du, du duldest, dass ich atme,

Dass du rasest, dulde Ich.

Manchmal nur, in dunkeln Zeiten,

Ward dir wunderbarlich zu Mut,

Und die liebefrommen Tätzchen

Färbtest du mit meinem Blut!

Jetzt wird unsre Freundschaft fester,

Und noch täglich nimmt sie zu;

Denn ich selbst begann zu rasen,

Und ich werde fast wie Du.

1825 geschrieben. Als deutscher Jude richtet sich der Visionär Heine an die ganze nichtjüdische Welt. Für die Rolle eines Juden in vorisraelischer Zeit ungewöhnlich, verzichtet Heine auf jegliche Defensive. Er wird offensiv, ja provokativ. Er bittet bei den Nachfahren der Antisemiten nicht um Toleranz und Akzeptanz. Er versucht gar nicht erst zu erklären, dass Antisemitismus Unmenschlichkeit an sich ist, ein Frevel an Leben und Würde des Menschen an sich. Er zitiert, appelliert und fleht nicht „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ aus dem Alten und Neuen Testament (Leviticus, 19, 18 und Bergpredigt), er schleudert besonders den antisemitischen Nichtjuden dieser Welt zu: Ich bin wie du – wenn es darauf ankommt. Anders als zuvor, wehre ich mich als einzelner Jude, wehren wir Juden uns als jüdisches Kollektiv. Erst seit und weil es Israel gibt, kann der Jude wehrhaft sein, ist er wehrhaft. Seit zweitausend Jahren eine neue Rolle. Gerade nach Auschwitz und besonders sichtbar an Israels Reaktionen auf seine Existenzbedrohung und nicht zuletzt als Reaktion auf den Hamas-Terror vom 7. Oktober 2023. Viele Nichtjuden haben sich an die neue Rolle des wehrhaften Juden nicht gewöhnt. Wollen sie nicht, können sie nicht?

Abgeleitet aus der Geschichte sagt die Mehrheit der Deutschen zurecht: „Nie wieder Täter!“ Handelt Deutschland entsprechend? Nicht erst seit dem 7. Oktober 2023 plagen besonders Juden diesbezügliche Zweifel, und deshalb sagen sie als Reaktion auf Auschwitz sowie mit erneuertem Nachdruck als Reaktion auf den 7. Oktober 2023 „Nie wieder Opfer!“ und wenn Opfer, dann Gegengewalt, also Wehrhaftigkeit. Sonst überleben wir nicht. Das dokumentieren knapp dreitausend Jahre jüdischer Weltgeschichte sowie der Holocaust und nicht zuletzt der 7. Oktober 2023 mit seinen Folgen. Das jüdische Gestern ist heute.

Hört doch, all' ihr Völker / und seht meinen Schmerz: Meine

Mädchen, meine jungen Männer ...in... Gefangenschaft,

lesen wir in den Klagegedichten des Alten Testaments. Geschrieben vor ca. 2.500 Jahren, nach dem 7. Oktober 2023 tagein, tagaus in der jüdischen Welt zu hören, und auf der Frankfurter Buchmesse 2025 will sich Deutschlands Auswärtiges Amt nicht einmal mit dem mehrheitlich literarisch-oppositionellen Israel an einem gemeinsamen Stand zeigen.

Über diese Art Schönwetterfreundschaft hat sich schon Heinrich Heine belustigt:

Blamier mich nicht, mein schönes Kind,

Und grüß' mich nicht Unter den Linden.

Wenn wir nachher zuhause sind,

Wird sich schon alles finden.

Das Leitthema und Leidthema jüdischer Geschichte ist bekannt: Zweitausend Diaspora-Jahre jüdischer Existenz auf Widerruf. Nach 2000 Diaspora-Jahren von Diskriminierungen und Liquidierungen und erst recht nach Auschwitz und nach dem 7. Oktober 2023 sagt heute mehr denn je die Mehrheit der Juden: „Nie wieder Opfer!“ Jüdisches Leben sollte sich ändern, es hat sich geändert. Es hat die Juden und die Nichtjuden verändert.

Vor allem das hat sich geändert: Israel ist der einzige Ort in der ganzen Welt, in der Juden selbst über ihre Sicherheit entscheiden und nicht vom Wohlwollen oder Hass der nichtjüdischen Mehrheit abhängen.

Warum lässt die Welt die Juden nicht ganz einfach in Ruhe leben? Natürlich ist Erinnerung unverzichtbar. Doch Erinnerung hängt nicht vom salbungsvollen Ritual ab, und versteinertes Ritual wirkt kontraproduktiv. Auch ohne Ritual und Zeitzeugen weiß man,

wer oder was Caesar oder die Kreuzzüge waren. Sollte ausgerechnet das Menschheitsverbrechen Auschwitz bzw. Holocaust eines Tages vergessen werden? Unvorstellbar.

Ich bin ein Jude. Hat nicht ein Jud auch Augen? Hat nicht ein Jud auch Hände, Glieder, Körper, Sinne, Sehnsucht, Leidenschaft? ... – wenn ihr uns stecht, bluten wir nicht? Wenn ihr uns kitzelt, lachen wir nicht? Und wenn ihr uns Unrecht tut, solln wir uns dann nicht wehren?“

(William Shakespeare, Der Kaufmann von Venedig, Akt III, Szene 1.)

Wehren, Wehrhaftigkeit. Ironie der Geschichte? 80 Jahre nach Auschwitz müssen wir alle wohl weniger „Gegen das Vergessen“ reden und mehr über Wehrhaftigkeit nach innen und außen; über die Wehrhaftigkeit von Demokratien ganz allgemein und der deutschen im Besonderen.

Anmerkungen

- 1 Michael Wolffsohn, geboren 1947 in Tel Aviv als Sohn und Enkel von Holocaustüberlebenden, ist u.a. Autor der Bücher „Feindliche Nähe. Von Juden Christen und Muslimen“ (2005), „Eine andere Jüdische Weltgeschichte“ (3. Auflage 2023) und „Wem gehört das Heilige Land?“ (22. Erweiterte und aktualisierte Auflage 2024).



Carl Erdmann, ca. 1933

Zur Benennung der Carl-Erdmann-Straße in Blankenburg (Harz) – Würdigung eines herausragenden Historikers und wissenschaftlichen NS-Gegners

Christoph Georg Rohrbach

Die Benennung einer Straße nach Carl Erdmann (1898–1945) in Blankenburg (Harz) markiert einen wichtigen Schritt zur Würdigung eines herausragenden Mittelalterhistorikers und mutigen Gegners des Nationalsozialismus. Diese Entscheidung soll nicht nur seine wissenschaftlichen Leistungen anerkennen, sondern auch ein Zeichen für die Bedeutung von Zivilcourage und unabhängiger Forschung in der heutigen Zeit setzen. Erdmann, dessen wissenschaftliche Karriere durch die Nationalsozialisten behindert wurde, verstarb 1945 in Agram (heute Zagreb) und wurde in einem Massengrab bestattet. Trotz seiner Bekanntheit in der Fachwelt geriet er in Blankenburg in Vergessenheit und wurde erst im 21. Jahrhundert sukzessive erforscht.

Leben, Werk und Wirken Carl Erdmanns

Carl Erdmann wurde am 27. November 1898 in Dorpat (heute Tartu) als jüngster Sohn einer deutschbaltischen Familie geboren. Sein Vater, ein Professor der Rechtswissenschaft an der Universität Dorpat, verstarb noch vor Carls Geburt. Daraufhin siedelte seine Mutter, Veronika Erdmann, mit den fünf unmündigen Kindern nach Blankenburg am Harz um, wo die Familie zunächst eine Mietwohnung und später ein eigens für sie errichtetes Haus im Villenviertel, Sedanstraße 4 (heute August-Winnig-Straße 2), bezog. Alle drei Söhne besuchten das humanistische Herzogliche Gymnasium der Stadt. Die Familie Erdmann gehörte zur gehobenen bürgerlichen Schicht der damals braunschweigischen Stadt Blankenburg, die Ende des 19. Jahrhunderts durch ihre Lage und bürgerliche Prägung zu einem „Pensionopolis“ für Beamten- und Offiziersfamilien wuchs.¹

Von einer glücklichen Kindheit in der Kleinstadt zur Zeit des Kaiserreichs erzählt das autofiktionale Kinderbuch „Fünf auf einem Ast“², das von Erdmanns Schwester Yella Vulpius veröffentlicht wurde. Prägend für Carl Erdmann war der Tod seiner



Ehemaliges Wohnhaus der Familie Erdmann in Blankenburg, August-Winnig-Straße 2, Februar 2025

älteren Brüder Guido (1914) und Eberhard (1916) im Ersten Weltkrieg. Carl selbst wurde als wehruntauglich eingestuft und begann nach dem Abitur 1916 ein Theologiestudium an der Universität Berlin, entschied sich jedoch kurz vor dem Abschluss für ein Geschichtsstudium in München. 1921 ging er als Hauslehrer einer deutschen Familie nach Lissabon, wo er sich mit der portugiesischen Sprache und Kultur beschäftigte und archivalische Recherchen für seine spätere Dissertation zur Kreuzzugsgeschichte begann. 1924 kehrte er nach Deutschland zurück, um in Würzburg sein Geschichtsstudium zu beenden, und wurde ein Jahr später von der Philosophischen Fakultät promoviert. Am „Preußischen Historischen Institut“ in Rom trat er als wissenschaftlicher Assistent von Paul F. Kehr in den Dienst. Rom war ein zentraler Ort für Erdmanns Forschung, da die Stadt eine Fülle von Archiven und Bibliotheken beherbergt, die für die mittelalterliche Geschichte von unschätzbarem Wert sind. Erdmann verbrachte Zeit in Rom, um in den vatikanischen Archiven zu forschen, die wichtige Urkunden zur Geschichte der Kreuzzüge und der mittelalterlichen Kirche enthalten. Im Juli 1934 wurde er wissenschaftlicher Mitarbeiter bei den „Monumenta Germaniae Historica“ (MGH), was seiner Neigung zum quellennahen und -kritischen Arbeiten entgegenkam. Seine

1935 erschienene Habilitationsschrift „Die Entstehung des Kreuzzugsgedankens“ begründete sein internationales Ansehen als bedeutender Mittelalterhistoriker und wird bis heute herangezogen und übersetzt.³

In dieser Zeit kehrte Erdmann oft nach Blankenburg zurück und besuchte häufig seinen früheren Lehrer, den nun ehemaligen Gymnasialdirektor Prof. Dr. Ernst Witte. Wenn er, der in Berlin tätig war, sich im heute sachsen-anhaltischen Harzgebiet aufhielt, nutzte er die Gelegenheit, die Umgebung auch aus wissenschaftlicher Perspektive zu erkunden. So äußerte er sich beispielsweise zur Geschichte der Königspfalz Bodfeld, die heute in der Nähe des Schlosskopfes zwischen Elbingerode und Heimburg verortet wird. Erdmann stellte sich mehrfach mutig und entschlossen gegen das Geschichtsbild der Nationalsozialisten. So initiierte er 1935 einen systemkritischen Sammelband unter dem Titel „Karl der Große oder Charlemagne?“⁴, der sich gegen die Geschichtsauffassung des NS-Reichsleiters Alfred Rosenberg richtete und die Bedeutung des Kaisers für die deutsche Geschichte, der einseitig als „Sachsenschlächter“ dargestellt wurde, revidieren sollte. Ein weiteres Beispiel für seine entschiedene Haltung ist seine kritische Auseinandersetzung mit der Krypta und der angeblichen Entdeckung der Gebeine Heinrichs I. in der Stiftskirche Quedlinburg. Aufgrund seiner geäußerten Kritik wurde er als Querulant angesehen, was ihm trotz seiner vielversprechenden Qualifikationen eine Professur verwehrte.

Als Mittelalterhistoriker erlangte er internationale Anerkennung, doch es war sein entschiedener Widerstand gegen die ideologischen Verzerrungen der Nationalsozialisten, der ihn für die heutige Gesellschaft interessant macht. Trotz der damit verbundenen persönlichen und beruflichen Risiken blieb Erdmann seiner wissenschaftlichen Integrität treu und setzte sich für die Wahrung historischer Wahrheiten ein. Da er sich entschieden als Gegner des Nationalsozialismus aussprach, blieb ihm eine Universitätskarriere versagt. Schließlich wurde er trotz Wehruntauglichkeit im Jahr 1944 zur Wehrmacht eingezogen. Dabei gelangte er nach Albanien, wo er als Dolmetscher in einem Gefangenenlager in der Nähe von Zagreb tätig war. Dort verstarb er im Jahr 1945 und wurde auf dem Mirogoj-Friedhof beigesetzt.

Wiederentdeckung und Würdigung: Der Weg zur Carl-Erdmann-Straße in Blankenburg

Erdmanns europäischer Lebensweg, der über die Geburt in Estland, die Kindheit und den Schulbesuch in Blankenburg, das Studium in Berlin und Würzburg sowie Tätigkeiten in Lissabon, Rom und wiederum in Berlin bis zum frühen, kriegsbedingten Tod in Zagreb führte, ließ die lokale Erinnerung an ihn in seiner „Heimatstadt“ Blankenburg verblassen. Diese Perspektive auf ein internationales Leben und Werk macht ihn wiederum für unser heutiges Erinnern besonders betrachtenswert.

Dank des Engagements von Siegfried Panterodt aus Blankenburg und Prof. Dr. Folker Reichert aus Heidelberg wurde Erdmann wiederentdeckt und sein Lebensweg aufgearbeitet. Diese Bemühungen mündeten in zwei biographischen Publikationen: zunächst in einem Beitrag Panterodts im Band 2 der Reihe „Braunschweigische Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts“⁵, und einer umfassenden Biographie und Briefedition unter dem Titel „Fackel in der Finsternis. Der Historiker Carl Erdmann und das ‚Dritte Reich‘“⁶ durch Prof. Reichert. Seit 2011 trägt außerdem der Wissenschaftspreis des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD) den Namen Carl Erdmann, der auf dem 49. Historikertag erstmals vergeben wurde.

Der Impuls durch die biographische Publikation im Jahr 2022 führte zu einer Anfrage an Herrn Prof. Reichert durch das Gymnasium „Am Thie“ in Blankenburg (Harz). Anlass gab der 125. Jahrestag von Erdmanns Geburt am 27. November 2023. Frühzeitig keimte die Idee, ihn dauerhaft in Blankenburg zu würdigen und das Erinnern wachzuhalten, ohne jedoch auf eine konkrete Form der Erinnerung abzielen.⁷ Der Weg zur Benennung der Carl-Erdmann-Straße war geprägt von einer Reihe von Veranstaltungen und Aktionen, die das Leben und Wirken Erdmanns in den Fokus rücken sollten. Am 17. November 2023 hielt Prof. Reichert aus Heidelberg einen Vortrag vor den zwölften Klassen des Gymnasiums „Am Thie“. Prof. Reichert bot einen lebendigen Einblick in dessen Leben und betonte die Relevanz seiner Ideale: eine europäische Perspektive, exakte wissenschaftliche Forschung und Zivilcourage. Der Schüler Caspar Lüttich resümierte in einem Artikel der Harzer Volksstimme: „Trotz Einschränkungen in seiner Arbeit war es für ihn das Wichtigste, wissenschaftlich korrekt zu urteilen, eine Eigenschaft, die in unserer heutigen Gesellschaft nicht immer zu finden ist.“



Folker Reichert am Gymnasium „Am Thie“, 17. November 2023

Forschung, um an Wissen und nicht an Reichtum oder Macht zu gelangen, ist etwas, was wir jungen Menschen unbedingt bewahren müssen.“⁸ Noch am selben Abend hielt Prof. Reichert einen Vortrag vor interessierten Gästen auf dem Großen Schloss in Blankenburg. Es bestand das Ziel, die Blankenburger an „ihren“ berühmten Historiker heranzuführen.^{9, 10}

Die Initiative zur Straßenwidmung wurde von den Fachschaften Geschichte und Sozialkunde des Gymnasiums „Am Thie“, dem ehemaligen Herzoglichen Gymnasium Erdmanns, ins Leben gerufen und von Beginn an von der Schulgemeinschaft unterstützt. Für Nachdruck sorgten außerdem der Mediävist Prof. Dr. Stephan Freund, Universität Magdeburg, sowie das Stadtratsmitglied Ulrich-Karl Engel. Man fühlte sich in der Notwendigkeit bestärkt, Carl Erdmanns Erbe in der Stadt Blankenburg sichtbar zu machen, insbesondere dadurch, dass kein anderer Ort in der Bundesrepublik Deutschland sich dafür in ähnlichem Maße eignete. Eine unbenannte Verbindungsstraße in der Nähe des Wohnhauses der Familie Erdmann kam diesem Vorhaben entgegen. Auch die Tatsachen, dass die Straße keine Anlieger hat und seit Mitte des



Straßenschild der Carl-Erdmann-Straße mit Zusatzschild, Februar 2025

19. Jahrhunderts keinen Namen mehr trug, vormals wurde sie noch als Ferdinand-von-Brincken-Straße bezeichnet, vereinfachten die Bemühungen.¹¹ Besonders reizvoll gestaltet sich der drastische Gegensatz zur benachbarten Straße, die seit 1990 den Namen August Winnigs trägt, der sich vom Sozialdemokraten zum Nationalsozialisten und letztlich zum christlichen Konservativen entwickelte, und damit in fundamentaler Opposition zum standhaften Zeitgenossen Carl Erdmann steht. Durch die Benennung sollte hier ein Kontrapunkt geschaffen werden, der auch künftig im Erinnern Anregung geben soll.

Nachdem über das Gymnasium ein Antrag mit umfassender Begründung an den Blankenburger Stadtrat gestellt wurde, unterstützte dieser den Vorschlag mit einem einstimmigen Beschluss am 15. Februar 2024, was die Bedeutung dieser Würdigung unterstreicht.¹² Die feierliche Einweihung der Carl-Erdmann-Straße fand am 26. November 2024 statt, in unmittelbarer Nähe seines ehemaligen Wohnhauses. Besonders berührend war die Anwesenheit von Erdmanns Großnichte, Carola Vulpus, die

im Namen der Familie ihren Dank aussprach. Prof. Reichert hielt im Anschluss an die Enthüllung im Ratssaal einen Vortrag zum Leben und Wirken Carl Erdmanns, den die Auseinandersetzung mit seinem „Fachkollegen“ weiterhin beschäftigt.¹³ Die Inschrift des Zusatzschildes lautet: „Carl Erdmann (1898–1945), weltweit anerkannter Mittelalterhistoriker, trat entschieden mit Werk und Haltung gegen den Nationalsozialismus ein, legte 1916 das Abitur am Blankenburger Gymnasium ab“.

Die Benennung der Straße ist nicht nur eine Ehrung für Carl Erdmann, sondern auch eine Mahnung an die heutige Gesellschaft, die Lehren der Geschichte zu bewahren und in der Gegenwart zu verankern. Sie erinnert daran, dass wissenschaftliche Integrität und der Mut, für die Wahrheit einzustehen, zeitlose Werte sind, die es zu verteidigen gilt. In einer Zeit, in der die Verbreitung von Fehlinformationen und ideologischen Verzerrungen eine Herausforderung darstellt, ist Erdmanns Beispiel von besonderer Relevanz. Das Gymnasium „Am Thie“ und die Stadt Blankenburg haben sich bemüht, mit der Benennung der Carl-Erdmann-Straße einen kleinen Beitrag zu leisten, um das Andenken an diesen Historiker lebendig zu halten und seine Ideale in der heutigen Zeit zu fördern. Eine Straßenbenennung allein reicht jedoch nicht aus, um eine dauerhafte Erinnerung oder Verankerung im regionalen Gedächtnis zu schaffen. Es bleibt die Aufgabe, Carl Erdmanns Werk und Schicksal durch regelmäßige Veranstaltungen, Aufrufe und Projekte lebendig zu halten, mit dem Ziel, die aktive Erinnerung zu verstetigen, ohne sie zur bloßen Routine werden zu lassen.

Anmerkungen

- 1 Diese und nachfolgende Ausführungen zur Biographie Erdmanns folgen: Siegfried Panteroth [sic]: Carl Erdmann. In: Reinhard Bein (Hrsg.): Braunschweiger Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts. Aus der Stadt Braunschweig und den ehemaligen braunschweigischen Landkreisen Blankenburg, Braunschweig, Gandersheim, Goslar, Helmstedt, Holzminden und Wolfenbüttel, Bd. 2, Braunschweig 2014, S. 42–47. sowie Reichert, Folker: Fackel in der Finsternis. Der Historiker Carl Erdmann und das „Dritte Reich“, Bd. 1: Biographie, Darmstadt 2022, S. 66.
- 2 Vgl. Erdmann, Yella: Fünf auf einem Ast, Stuttgart [1936].
- 3 So etwa zuletzt in: Costa, Paula, Maria de Carvalho Pinto / Lencart, Joana: Crusade: The Arising

- of a Concept Based on Portuguese Written Records of Three Military Campaigns (1147–1217), in: Religions 14 (2023), H. 2, Artikel 244.
- 4 Vgl. Hampe, Karl: Karl der Große oder Charlemagne? Acht Antworten deutscher Geschichtsforscher, Berlin 1935.
 - 5 Vgl. Panterodt, Siegfried: Carl Erdmann (wie Anm. 1).
 - 6 Vgl. Reichert, Folker: Fackel in der Finsternis (wie Anm. 1).
 - 7 Zwar wurde bereits 2016 eine Straßenbenennung als Carl-Erdmann-Straße vorgeschlagen, dies stand jedoch im Zusammenhang mit zahlreichen Vorschlägen, die die Probleme der Zustellung von Postsendungen im Stadtgebiet Blankenburgs beheben sollten. Die Carl-Erdmann-Straße hätte die bestehende Dr.-Jasper-Straße ersetzen können (Vgl. Harzer Volksstimme, 5.11.2016, S. 19.). Da die Straßenumbenennung zu Nachteilen für Anwohner und eine Veränderung z.T. seit Jahrhunderten bestehender Straßennamen zur Folge gehabt hätte, wurde das Vorgehen abgelehnt.
 - 8 Lüttich, Caspar: Ein exakter Wissenschaftler. Zum 125. Geburtstag des Historikers Carl Erdmann, in: Harzer Volksstimme, 27.11.2023, S. 10.
 - 9 Vgl. Schilling, Wolfgang: Nachricht über einen großen Unbekannten. Carl Erdmann (1898–1945) – ein Gymnasiast aus Blankenburg mit Weltbürgergeltung, in: Neue Wernigeröder Zeitung 34 (2023), H. 23–25, S. 30.
 - 10 Vgl. Rohrbach, Christoph Georg: Carl Erdmann zum 125. Geburtstag. Mittelalterhistoriker, Gegner des Nationalsozialismus, eine „unbekannte Berühmtheit“: Wie wird uns ein vergessener Blankenburger wieder vertraut?, online unter <https://www.blankenburg.de/aktuelles/details/artikel/carl-erdmann-zum-125-geburtstag/> [Stand 13.01.2025].
 - 11 Vgl. Müller, Jens: Initiative für eine Namenlose, in: Harzer Volksstimme, 5.2.2024, S. 9.
 - 12 Vgl. [Stadt Blankenburg]: Amtliche Bekanntmachung. Benennung der Verbindungsstraße zwischen der August-Winnig Straße und dem Wasserweg in Blankenburg (Harz), Beschluss-Nr.: 645/2024, online unter https://www.blankenburg.de/fileadmin/user_upload/Bekanntmachungen/2024/2024-03-05_Bek_CarlErdmannStr.pdf&ved=2ahUKEwjn-p2Ri-mLAxVKhPOHHVyhIRkQFnoECBYQAQ&usg=AOvVaw2jc5diFvU7qVrw9SCF-pU9 [Stand vom 13.01.2025]. sowie vgl. Müller, Jens: Straße enthält Namen von Carl Erdmann, in: Harzer Volksstimme, 20.2.2024, S. 17.
 - 13 Reichert gab Erdmanns Habilitationsschrift „Die Entstehung des Kreuzzuggedankens“ im Jahr 2023 erneut mit einem Vorwort heraus und vgl. Reichert, Folker: Wege zum Mittelalter. Ernst Kantorowicz und Carl Erdmann im Vergleich, in: de Boer, Jan-Hendryk / Bubert, Marcel / Mersch, Katharina Ulrike (Hrsg.): Die Mediävistik und ihr Mittelalter (= Europa im Mittelalter 45), Berlin/Boston 2024, S. 47–80.



Claus Schenk Graf von Stauffenberg (links) und Maik Reichel während einer Veranstaltung der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt in der Magdeburger Lukasklausur, 14. August 2024

20. Juli 1944, Attentat auf Hitler

Der Enkel von Claus Schenk Graf von Stauffenberg im Gespräch

Maik Reichel

Aus Anlass des 80. Jahrestages des Attentats auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 hat die Landeszentrale für politische Bildung den Enkel des Attentäters Claus Schenk Graf von Stauffenberg, gleichen Namens, zu zwei öffentlichen Gesprächen nach Halle und Magdeburg eingeladen. Maik Reichel, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, sprach mit ihm über das Ereignis und seinen Großvater, den er nicht persönlich kannte.

[Maik Reichel:] Sehr geehrter Herr Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Sie tragen den gleichen Namen wie Ihr Großvater, der am 20. Juli 1944 im Bendlerblock in Berlin erschossen worden ist. Es ist kein Name, der einem in einer Republik groß gewordenen Menschen so geläufig ist. Woher kommt der Name und wie spricht man Sie eigentlich an?

[Claus Schenk Graf von Stauffenberg:] Die Familie kommt von der schwäbischen Alb. Sie waren die Schenken der Hohenzollern. Ein Schenk (oder Mundschenk) war ein altes Hofamt, das an königlichen und fürstlichen Höfen ausgeübt wurde. Dem Schenken oblagen die Aufsicht über die Weinkeller und Weinberge, d.h. für die Versorgung der fürstlichen Tafel mit Wein. So wurden wir dann eine Beamten- und Verwaltungsfamilie in hochherrschaftlichen, fürstlichen Diensten, auch in kirchlichen Kreisen. Einige Angehörige der Familie stiegen dann auch zu Fürstbischöfen in Konstanz, Augsburg und Bamberg auf. Im 19. Jahrhundert hat König Ludwig II. von Bayern einen Teil der Familie in den Grafenstand erhoben. Warum nun die Bezeichnung Schenk vor dem Grafentitel genannt wurde, entzieht sich meiner Kenntnis. Richtigerweise wäre es wohl „Graf Schenk von Stauffenberg“. Aber so ist es nun nicht. Mein Nachname lautet deshalb: Schenk Graf von Stauffenberg

[MR:] Sie waren bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres Reservist der Bundeswehr im Range eines Oberstleutnants. So lernte ich Sie kennen. Ich las Ihren Namen auf der Uniform: Stauffenberg. Und war etwas überrascht, vielleicht verwundert, sicherlich etwas verunsichert. Hört man diesen Namen, so verbinden viele, wie ich auch, dies mit dem 20. Juli 1944. Ich sprach Sie nach etwas Zögern an. Passiert Ihnen so etwas oft?

[CSGvs:] Ja, natürlich. Gerade in der älteren Alterskohorte ist dieser Name ein Begriff. Bei den jüngeren Menschen, so im Alter meiner Kinder, die in den Zwanzigern sind, eher weniger. Auch im Ausland passiert dies nicht, mit Ausnahme von Israel und Russland. Israel kann man sicher erklären, aber in Russland hat mich die Bekanntheit des Namens Stauffenberg doch schon überrascht.

[MR:] Im Fernsehen gibt es eine Sendung „Ich trage einen großen Namen“. Ihr gleichnamiger Vater war dort auch einmal zu Gast. Wie groß ist Ihr Name? Oder besser: Wie schwer wiegt ein solcher Name?

[CSGvs:] Das kann ich so genau nicht sagen. Man wird ja in eine Familie hineingeboren, man lebt sich da ein. Ich spürte nie eine Last. Sicherlich hat der Name manchmal auch Türen geöffnet, die vielleicht ohne diesen nicht sofort aufgegangen

wären. Andererseits haben die Gesprächspartner natürlich schon auch eine gewisse Erwartungshaltung an den Träger des Namens. Man lernt damit umzugehen, auch damit, immer mal auf diesen Namen angesprochen zu werden.

[MR:] Der Hitlerattentäter vom 20. Juli 1944, so ist doch meist die Kurzform, wenn wir über dieses Ereignis sprechen. Wie geht es Ihnen damit?

[CSGvs:] Dies hört sich so an, als wäre mein Großvater fast ein Einzelner gewesen, der gehandelt hat. Das stimmt nicht und wird den anderen nicht gerecht. Die Zahl derer, die in diesem großen Netzwerk versammelt waren, stieg auf fast 300 Personen an. Das ist doch eine beachtliche Zahl. Es war folglich nicht, wie Hitler in seiner Rundfunksprache vom 21. Juli 1944 verkündete, dass es „eine ganze kleine Clique ehrgeiziger, gewissenloser und zugleich unvernünftiger, verbrecherisch-dummer Offiziere“ war. Noch bei einem weiteren irrte Hitler; es waren nicht nur Offiziere der Wehrmacht, auch viele Personen aus dem zivilen Leben. Da hinein gehören Namen wie Helmuth James Graf von Moltke, Carl Friedrich Goerdeler, Julius Leber, Wilhelm Leuschner, Axel von dem Bussche, Ludwig Beck oder Peter Graf Yorck von Wartenburg, Carl Diedrich von Trotha, Adolf Reichwein u.v.a.m. Es überrascht heute, dass ein solch großer Kreis unentdeckt blieb. Meiner Meinung nach schützte der Gestapo-freie (nicht nazifreie) Raum der Wehrmacht die Gruppe, deren Angehörige zu einem großen Teil eben Angehörige der Wehrmacht waren. Im zivilen Bereich waren aber viele unter Beobachtung. Helmuth James Graf von Moltke saß bereits vor dem Attentat in Haft.

Also es waren viele, die dieser Widerstandsgruppe angehörten, die nach dem erfolgreichen Attentat wichtige Positionen in der Reichs- und Militärverwaltung übernommen hätten. Doch zu jener Zeit war es nur mein Großvater, der noch regelmäßig und planbar Zugang zu Hitler hatte. Deshalb hat er diesen Auftrag übernommen.

[MR:] Ihre Cousine Sophie von Bechtolsheim hat in ihrem Buch „Stauffenberg. Mein Großvater war kein Attentäter.“ folgendes geschrieben:

„Wer war er, wer war mein Großvater? Eines aber weiß ich gewiss: Die Persönlichkeit meines Großvaters lässt sich nicht darauf reduzieren, Attentäter gewesen zu sein.“

Stimmen Sie dem zu?

[CSGvs:] Ja. Ich bin meiner Cousine dankbar, dass sie dieses Buch geschrieben hat und manches darin geradegerückt hat.

[MR:] Ihr Vater Berthold Maria hat nun seinen 90. Geburtstag gefeiert. Er wurde 1934 geboren und war zehn Jahre alt, als sein Vater starb. Er hat wohl von den Geschwistern die meiste Erinnerung an den Vater. Ihre Großmutter überlebte ihren Mann um 62 Jahre, sie starb 2006.

Wie intensiv war das Ereignis, der 20. Juli 1944, in der Familie präsent. Gab es Gespräche oder einen anderen Austausch?

[CSGvs:] Das werde ich häufig gefragt, kann aber noch immer keine passende Antwort geben. Man wächst ja als Kind hinein, da ist es immer wieder einmal Thema und steht im Raum, ohne dass dazu ein formaler Unterrichtstermin anberaumt worden war.

Es war natürlich das prägende Ereignis ihrer Jugend gewesen. Meine Großmutter war 30 Jahre alt, hatte bereits vier Kinder, ein fünftes war unterwegs. Ja, es war ein drastischer Einschnitt im Leben der jungen Familie. Meine Großmutter wusste, dass ihr Mann „Verschwörerle spielt“, aber sie kannte keine Details. Mein Großvater hat sie bewusst von allen Details ferngehalten, um sie bei späteren Verhören zu schützen. Auch mein Vater als zehnjähriger Bub wusste natürlich nichts davon. Er liebte, ja er vergötterte seinen Vater, den er in der stolzen Uniform kannte. Mein Vater konnte das nicht verstehen, er hatte schon sehr stark damit zu kämpfen, als er erfuhr, dass der Attentäter, der den Führer töten wollte, sein eigener Vater war.

[MR:] Wie ging es nach dem 20. Juli weiter? Ihre Großmutter und deren Kinder waren zu dieser Zeit auf Urlaub in Lautlingen auf der Schwäbischen Alb, im Familienschloss. Dort erreichte die Familie die Nachricht vom Attentat auf Adolf Hitler.

Ihr Vater Berthold Maria schildert in einer Rede am 12. November 2011 im Stuttgarter Neuen Schloss, dass er am 21. Juli 1944 im Radio von „einem verbrecherischen Anschlag auf den Führer“ hörte. Seine Fragen, so schildert er, wurden von der Mutter und anderen anwesenden Verwandten ausweichend beantwortet. Erst am 22. Juli „nahm dann meine Mutter meinen Bruder und mich beiseite und eröffnete uns, dass es mein Vater gewesen war, der den Anschlag auf Hitler verübt hatte. Auf meine Frage, warum

er denn den Führer töten wollte, sagte sie, er habe geglaubt, es für Deutschlands tun zu müssen... Auch sagte sie uns, dass sie wieder ein Kind erwartete. Für mich brach eine Welt zusammen.“¹ Ihr Vater hat seinen Vater, den er selbst als fröhlich beschrieben hat, über alles geliebt, er war eine Autorität, so schildert er weiter.

[CSGvS:] In der Nacht zum 23. Juli wurde meine Großmutter verhaftet, auch Stauffenbergs Onkel Nikolaus Graf Üxküll, der mit der Familie in Lautlingen war. Meine Großmutter kam erst nach Rottweil ins Gefängnis, dann nach Berlin in Gestapo-Haft. Die Kinder blieben mit Kindermädchen und Haushälterin noch in Lautlingen, allerdings unter Bewachung der Gestapo. Nach wochenlangen Verhören wurde sie in das Konzentrationslager Ravensbrück als „Sonderhäftling des Reichsführers (Himmler)“ gebracht. Diese Sippenhäftlinge durften ihre Zivilkleidung tragen und bekamen besseres Essen als die anderen Gefangenen im Lager. Im Januar 1945 brachte man sie in eine Klinik nach Frankfurt an der Oder. Dort sollte sie ihr Kind, ein Mädchen namens Konstanze, zur Welt bringen. Von dort mussten die beiden aufgrund der näher rückenden Front in Sicherheit gebracht werden und gelangten in das katholische St. Josefs-Krankenhaus in Potsdam, wo sie unter falschem Namen untergebracht wurden. Später sollte sie ein Militärpolizist ins bayerische Schönberg bringen, verwechselte dies aber mit dem Schönberg im Vogtland bei Plauen. Ohnehin rückte der Krieg nun immer näher heran, sodass der Soldat bald das Weite suchte, nicht ohne eine schriftliche Bestätigung meiner Großmutter über seine äußerste Pflichterfüllung zu erlangen. Damit waren beide allein und wurden in der Nähe von Hof von den Amerikanern befreit. Sie bleibt erst einmal bei Verwandten in Hof.

[MR:] Was wurde aus den Kindern?

[CSGvS:] Mitte August 1944 wurden mein Vater und seine drei jüngeren Geschwister Heimeran, Franz Ludwig und Valerie in ein Kinderheim nach Bad Sachsa gebracht. Dies lag im Harz. Dort wurden die Kinder nach Alter und Geschlecht getrennt. Sie galten nun als „Verräterkinder“, um im Sprachschatz des Nationalsozialismus zu bleiben. Es waren auch andere Kinder von Beteiligten des Attentats dort untergebracht. Die Kinder erhielten nun einen neuen Nachnamen: Meister. Was damit bezweckt wurde, war wohl zweierlei. Einerseits wollten die Nationalsozialisten den Namen Stauffen-

berg damit ausradieren und zum anderen war wohl daran gedacht, die Kinder der Verschwörer in andere deutsche Familie zu integrieren. Als das Ende des Krieges nahte und auch die Front von Westen her anrollte, wurde das Heim in Bad Sachsa geräumt, die verbleibenden Kinder sollten nach Buchenwald gebracht werden. Doch im nahegelegenen Nordhausen, wo sie in Züge steigen sollten, fand gerade ein großer Luftangriff statt, der die Stadt und den Bahnhof zerstörte. So ging der Transport wieder zurück nach Bad Sachsa. Kurz darauf, am 12. April, erreichten die Amerikaner das kleine Städtchen. Doch es dauerte noch bis zum Juni 1945, dass die Kinder wieder in die Arme ihrer Mutter fanden.

[MR:] Blicken wir einmal in die Lebenswelt Ihres Großvaters. Was erkennen wir da?

[CSGvs:] Mein Großvater war ein nachgeborener Sohn, er erbte nicht einen Besitz, der ihm seinen Lebensunterhalt hätte bieten können. Folglich musste er sich beruflich orientieren. So fand er den Weg zum Militär, wenngleich unsere Familie auch dafür nicht vorgeprägt war. Sein Vater hatte am königlichen Hof in Württemberg, in Stuttgart, Karriere gemacht; er war Oberhofmarschall des Königs, seine Mutter war Hofdame der Königin. So wuchs mein Großvater im Stuttgarter Neuen Schloss auf, wo die Familie ihren Wohnsitz hatte, wenn sie nicht in Lautlingen lebte. Er erhielt eine fundierte Ausbildung, ging auf das renommierte und altherwürdige Eberhard-Ludwig-Gymnasium und war damit zur Führungselite des Königreichs Württemberg gehörig. Er kam da in den Dunstkreis um Stefan George, einer eher mystisch-esoterischen Welt, der er sich aber nicht so angeschlossen fühlte wie seine Brüder.

Als die Nationalsozialisten in den 1920er Jahren immer mehr an Kraft und Macht erlangten, konnten mein Großvater aber auch seine Brüder nichts mit dieser Pöbelherrschaft der Straßenkämpfer anfangen, mit der Revision des Versailler Vertrages allerdings sehr wohl.

Mein Großvater machte im Militär bald Karriere, die nach 1933 weiter ging. In der frühen Zeit der Nationalsozialisten nach 1933 gab es keine Auseinandersetzung mit ihnen.

Meine Großmutter hat ihren Mann als lebensfroh, charmant und charismatisch beschrieben, er konnte andere schnell um seinen Finger wickeln. Aber so ein James-Bond-Charakter, wie Tom Cruise ihn in dem Film „Walküre“ verkörperte, war er nicht.

[MR:] Schon seit dem Attentat, aber auch die Jahre danach, ja, bis weit in die 1950er Jahre hinein, galten die Männer des 20. Juli gemeinhin als Verräter, die nachgeborenen als „Verräterkinder“. Erst allmählich änderte sich dies. Heute sind Schulen und Kasernen nach Stauffenberg benannt, seine Büste steht auch in der Münchener Ruhmeshalle neben Dichtern und Denkern. Haben Sie eine solche Anfeindung je erlebt?

[CSGvS:] Nein, das habe ich nie erlebt. Auch von meinem Vater habe ich dies nicht gehört, nehmen wir einmal die Zeit in Bad Sachsa aus. Es mag in der frühen Zeit gewesen sein, aber nicht mehr zu meiner Zeit, in den 1960er und 1970er Jahren.

[MR:] Gibt es Begegnungen und Austausch zwischen den Familien, deren Angehörige am 20. Juli beteiligt waren?

[CSGvS:] Ja, die gibt es. Diese sind sehr unterschiedlich. Unsere Familie – auch ich – war z.B. eng befreundet mit Axel von dem Bussche, der zum Kreis der Eingeweihten des 20. Juli gehörte. Er wollte bereits im Jahr 1943 ein Attentat auf Hitler ausüben, das jedoch nicht ausgeführt werden konnte. Er überlebte den Krieg unerkannt. Am 20. Juli eines jeden Jahres treffen sich die Angehörigen der Familien in Berlin zur Gedenkfeier. Dort gibt es auch einen eher privaten Rahmen nur für die Familien, neben dem offiziellen Gedenken.

[MR:] Der 20. Juli wird auch von extremen Kräften aus dem rechten Spektrum genutzt, um diesen und die Personen des Umsturzversuchs für ihre Zwecke zu nutzen. 2019 nannte der damalige AfD-Vorsitzende Alexander Gauland Ihren Großvater einen „Helden deutscher Geschichte“. Weiter wird er in AfD-Kreisen als „deutscher Patriot“ bezeichnet. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete der AfD Marc Jongen (jetzt Mitglied des Europäischen Parlaments) erklärte zum Widerstandsgedenken, die Hitler-Attentäter mahnten zu einem Verzicht auf eine deutsche „Büßerhaltung“. „Sie standen nicht nur für das bessere Deutschland, sondern auch für einen aufrechten Gang“, so Jongen weiter und deswegen sei der 20. Juli auch „ein Anlass, sich kritisch mit der deutschen Erinnerungskultur auseinanderzusetzen“. Ich könnte die Liste verschiedener Aussagen in dieser Form weiterführen. Wie geht es Ihnen damit?

[CSGvs:] Ich möchte hier gerne Max Liebermann zitieren. Es ist der Satz, den der berühmte Maler in seiner Berliner Mundart sagte, als am 30. Januar 1933 Hitler Reichskanzler wurde und die braunen Uniformierten mit Fackeln an seinem Wohnhaus vorbeizogen: „Ick kann jar nich soville fressen, wie ick kotzen möchte.“

Es ist einfach unerträglich, so etwas zu hören. Gerade das letzte Zitat von Marc Jongen ist besonders dreist. Denn schon damals wussten auch die Männer des 20. Juli, welche verbrecherische Schuld sich die Deutschen seit 1933 und gerade nach Beginn des Zweiten Weltkriegs aufgeladen haben. Gerade auch aus dem Kreisauer Kreis wissen wir, wie bewusst sich die Männer dieser Treffen gewesen waren: „Wie werden wir mit dieser Schuld jemals umgehen können?“

Und aus diesen Verbrechen erwächst ja eine Verantwortung, die nichts mit einem aufrechten Gang zu tun hat. Zu behaupten, dass der Widerstand Deutschland reingewaschen hat, ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten.

Und wenn wir anschauen, wer in dieser Partei heute mitmischt, ist das eine ähnliche Konstellation wie zur Nazizeit.

Aus Anlass zum 80. Jahrestag hat die Stiftung Deutscher Widerstand, in der meine Cousine Sophie Freifrau von Bechtolsheim als stellvertretende Kuratoriumsvorsitzende wirkt, ein Manifest veröffentlicht, das auch genau zu dieser Frage passt. Wir können es kurz zusammenfassen in drei Punkten:

Der Widerstand, an den wir erinnern, galt einer Diktatur.

Wir brauchen keine makellosen Helden, sondern Vorbilder.

Demokratie braucht Menschen, die Verantwortung übernehmen.

[MR:] Vielen Dank, lieber Herr Graf Stauffenberg, für dieses Interview.

Anmerkungen

- 1 Auf einmal Verräterkind. Vortrag von Berthold Schenk Graf von Stauffenberg am 12. November 2011, in: Stuttgarter Stauffenberg-Gedächtnisvorlesung, hrsg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg und der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH, Göttingen 2012, S. 16.



Ulf Dräger (links) mit Bernd Göbel und dessen Frau Eva Göbel bei der Einweihung der Bronzeplastik in der Gedenkstätte, 30. August 2024

„Widerstehen“ von Bernd Göbel für die Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

Ulf Dräger

Die Einweihung der Plastik am 30. August 2024 war ein wegweisender Tag für die Gedenkstätte ROTER OCHSE, für die gesamte Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, für die Stadt Halle und für alle Menschen, die sich an einem besonderen Ort an die Verbrechen in und der Diktaturen erinnern wollen. Mit „Widerstehen“ gestaltete der zweifellos zu den renommierten deutschen Künstlern der Gegenwart gehörende Bernd Göbel ein Mahnmal, dass im Kontext der gegebenen bedrohlichen Architektur eine zeichenhafte Denkmalanlage bildet.

Die Figur charakterisiert universell menschlichen Willen, Kraft und zugleich Leid. Sie verdichtet allgemeingültig. Inhalt und Form sowie die monumentale Größe vermitteln sowohl das Niederdrücken von Menschlichkeit als auch die Kraft vorbildhafter Stand-

haftigkeit und Selbstbehauptung. Der nackte, rückwärts Stürzende, dessen Arme überkreuzt den Kompositionslinien der Beine entsprechen, symbolisiert politische Gewalt von gestern, heute und morgen. Aber er gibt auch Hoffnung. Trotz des beklemmenden Gefühls des schmerzhaften Fallens, das sich auf den zweiten Blick wandeln kann in die Zuversicht, dass die Figur vielleicht doch noch das Gleichgewicht halten und sich wieder aufrichten kann. Sie fügt sich nicht, sie gibt nicht auf.

Das Motiv des sich aufbäumenden, dennoch stürzenden bzw. des sich mit allen Kräften wehrenden und widerstehenden Menschen in den bedrohlichen Mauern der alten Gefängnisanlage bildet einen einmaligen intimen Denkmalraum mit einer einzigartigen Präsenz, der in einem ästhetischen und emphatischen Sinne Widerstand, Verfolgung, auch Standhaftigkeit und Qual übergreifend charakterisiert. Es ist ein Ort des Schmerzes, der Verzweiflung und der Einsamkeit. Alles dies lässt die Plastik spüren.

Im Mittelpunkt steht der kämpfende Mensch, der die Assoziation für das beabsichtigte universelle Gedenken weckt. Trotz ihrer Größe lädt die Plastik zum intimen Zwiegespräch ein. Sie ist individuell, sie ist intensiv, sensibel gestaltet und virtuos geformt. Sie fasziniert in ihrer Erhabenheit und Ausstrahlung. Der neue Denkmalraum schafft die notwendige Distanz und zugleich eine besondere Nähe und setzt damit einen idealen Rahmen für die notwendige Stille des Gedenkens. Halb Gegenwart, halb Abwesenheit empfand einst Auguste Rodin beim Betrachten einer griechischen Grabstele.¹ Achtung und Mitgefühl sind Pole eines emphatischen Spannungsbogens, der sich bei der individuellen Zwiesprache mit der monumentalen Figur aufbaut.

„Widerstehen“ zeigt ein besonderes Gespür des Künstlers für die Wirksamkeit von plastischer Qualität im Raum. Sie ist eine Synthese der über Jahrhunderte von Bildhauern errungenen Positionen. Sie repräsentiert die individuelle Stimme des Künstlers im Spektrum der realistischen zeitgenössischen Künste. Sie vereint Tradition und Gegenwart und ruht somit wie ein ewiges Zeichen in der permanenten Transformation des Lebens. Damit kann sich der Betrachter in ihr selbst erkennen, kann sich herausgefordert fühlen. Was auch bedeutet, dass wir unsere Erinnerungsbedürfnisse in die Gegenwart integrieren können.

Als Symbol mahnt die Skulptur zur Freiheit, mahnt zur Ächtung von Gewalt. Sie verkörpert die Ethik der Achtung für ein Miteinander, das in den grausamen Zeiten der Unterdrückung des individuellen Willens verloren ging. Ihre öffentliche Wirkung erfüllt

genau dies. Der Heidelberger Kunsthistoriker Dietrich Schubert erkannte das bereits 1992 und sah in der Figur eine neue Qualität der deutschen realistischen Plastik.²

Viel zu viele Jahre blieb dieses Meisterwerk von Bernd Göbel unvollendet. Als Gips stand es in seinem Atelier und wartete dort auf eine geeignete Realisierung oder den glücklichen Moment der Wiederentdeckung. Den künstlerischen Entwurf entwickelte der Bildhauer ursprünglich im Jahr 1989 für eine Denkmalanlage in Torgau, die aufgrund der turbulenten Veränderungen um 1990 nicht realisiert wurde. Im hohen Alter vollendete der Künstler nun sein nicht einen Tag gealtertes Werk 35 Jahre später, das er in Abgrenzung zum Ursprung nun nicht mehr „Hinrichtung“ sondern „Widerstehen“ benennt. Welch ein Zeugnis für die zeitlose Wirkung bildhauerischer Plastik!

Die Figur ergänzt und erweitert die Gedenkstätte auf wunderbare Weise. Sie bildet nun ein neues Zentrum eines neu eroberten Ortes der Stille, eines Ortes der Besinnung und des Nachdenkens. Dieser „Hof des Widerstehens“, so nenne ich ihn mal, verleiht der Institution eine neue außerordentliche Ausstrahlung. Deshalb ist heute ein großer Tag für unsere Erinnerungskultur. Sie wird in besonderer Weise bereichert in Form eines großen, bleibenden und hoffentlich alle Generationen inspirierenden Denkmals. Egal, ob die Sonne scheint, ob es regnet oder schneit. Die Figur fordert heraus, stehen zu bleiben; ihre Präsenz wirkt und bewirkt. Und damit ist zugleich der heutige Tag ein wunderbares Zeichen dafür, dass sich die Idee der Ausstrahlung eines Denkmals nicht erschöpft hat, sondern neue Anregungen und Bedeutungsperspektiven mit sich bringt. Insgesamt kann man nur von einem glücklichen Gedanken mit einem vollendeten Ergebnis sprechen. Dafür kann ich nur meine Glückwünsche und meine Bewunderung ausdrücken.

Solches zu erreichen, ist für jeden Künstler eine der schwersten Herausforderungen. Er steht selbst mit seinem Werk in einer Traditionslinie, die bildhauerische Qualitäten vorbestimmt. Diese evolutionär zu erneuern und weiterzuschreiben, braucht eine große Sensibilität und Kreativität. Sie braucht wahre Meisterschaft.

Deshalb gehört Bernd Göbel zu den wenigen international renommierten zeitgenössischen deutschen Bildhauern. Mit seinen Brunnen, Denkmälern und Plastiken veränderte er das Erscheinungsbild und auch das Selbstverständnis vieler Städte. In Halle bezeugen dies insbesondere der „Stadtgeschichtsbrunnen“ auf dem Hallmarkt, das „Paar“ in der oberen Leipziger Straße, der „Hodscha-Nasreddin-Brunnen“ im Zentrum



Bernd Göbel in seinem Atelier mit dem Modell der Plastik „Widerstehen“, Februar 2024

der Neustadt, die Denkmale für Joseph von Eichendorff am Saaleufer und Christian Wolff in der Märkerstraße. Aber auch der junge Johann Sebastian Bach in Arnstadt, der „Beginn in einer Reihe“ in der Grimmaischen Straße im Zentrum Leipzigs, Bertold Brecht, Kurt Weill und Michail Sergejewitsch Gorbatschow in Dessau, die Brunnen in Wernigerode und Merseburg, die Tugenden in Gotha oder das Denkmal für den Begründer der Leopoldina Johann Lorenz Bausch in Schweinfurt und Halle bezeugen beispielhaft die große und innovative Lebensleistung des Künstlers, der bereits früh überregionale Aufmerksamkeit und Anerkennung erreichte.

Seine Werke sind keine „Möblierungen“ städtebaulicher Räume, sondern waren immer wieder Ausgangspunkte für Inspirationen und Identifikationen. Die Auseinandersetzungen um das Paar in der oberen Leipziger Straße oder um den im Volksmund seinen Namen tragenden „Göbel-Brunnen“ am Hallmarkt sind inzwischen hier in der Saalestadt legendär. Aber nicht nur hier. Mehr als 40 von ihm geschaffene Einzelfiguren, Figurengruppen und Brunnen gestaltete der Künstler für den öffentlichen Raum. Es sind keine pathetischen Denkmäler. Die Personen sind nahbar. Dies bricht mit Sehgewohnheiten und macht ihren Reiz aus.

Bereits im Jahr 1973 wurde der Künstler mit dem „Will-Lammert-Preis“ der Berliner Akademie der Künste und 1984 mit dem Kunstpreis der DDR ausgezeichnet. Im Jahr 2000 erhielt er als erster deutscher Künstler überhaupt den „J. Sanford-Saltus Award“ der amerikanischen Numismatischen Gesellschaft (ANS) und 2002 den „Grand Prix“ der internationalen Medaillenföderation (FIDEM) in Paris. 1998 erhielt er den „Ernst-Rietschel-Preis“ in Pulsnitz, im Jahr 2012 den „Halleschen Kunstpreis“ und 2013 den Hilde-Broer-Preis in Kressbronn. Seine Werke fanden Aufnahme in die Sammlungen der großen Museen der Welt, z.B. in London, New York oder Berlin. Als Professor für Bildhauerkunst prägte er mehrere Künstlergenerationen. Nach einer Lehre als Holzbildhauer studierte er 1963 bis 1969 Bildhauerei an der Hochschule für industrielle Formgestaltung – Burg Giebichenstein. 1969 bis 1973 war er hier Assistent, dann Lehrbeauftragter. 1978 übernahm er die Leitung der Bildhauerklassse der Burg. 1982 wurde er zum Professor für Plastik ernannt. Seit 1991 war er auch als Prorektor tätig. 2008 schied er aus dem Hochschuldienst aus. Sein umfangreiches künstlerisches Werk umfassend zu würdigen, ist heute und hier nicht möglich. Nur seit hier darauf verwiesen, dass das Renommée des Künstlers auch die vielen Aufträge, von der handgroßen Medaille bis hin zum großen Denkmal ausmachen. Ein herzlicher Dank dem Künstler für diesen neuen wichtigen Gedenkort. Ein herzlicher Glückwunsch der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt für diese beeindruckende Visualisierung ihres wichtigsten Auftrages.

Anmerkungen

- 1 Gsell, Paul: Auguste Rodin – Die Kunst. Gespräche des Meisters, Leipzig 1912, 10. Kapitel (Phidias und Michelangelo), online unter <https://www.projekt-gutenberg.org/rodin/kunst/chap011.html> [Abruf vom 25.03.2025].
- 2 Schubert, Dietrich: Bernd Göbel – der Bildhauer, in: Göbel, Bernd: Plastik, Halle 1992, S. 9.



Polizeipräsidium Halle, Postkarte um 1940

Das Polizeipräsidium und -gefängnis in der halleschen Dreyhauptstraße

Daniel Bohse, Michael Viebig

Aus Anlass von Umbauarbeiten am ehemaligen Polizeipräsidium erreichte die Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) Anfang der 2020er Jahre eine Anfrage, die auf die Bau- und Nutzungsgeschichte des in den Jahren 1907 bis 1909 zwischen Dreyhauptstraße, Hallmarkt und Hallorenring im Stadtzentrum von Halle (Saale) errichteten Gebäudekomplexes abzielte. Bei dem Versuch, sie zu beantworten, stellte sich heraus, dass es neben einigen grundsätzlichen Angaben¹ keine einigermaßen erschöpfende Darstellung gibt. Die Leiter der Gedenkstätten ROTER OCHSE Halle (Saale), Michael Viebig, sowie Moritzplatz Magdeburg, Dr. Daniel Bohse, haben daher wesentliche Informationen zusammengetragen, um dieses Desiderat zu verringern. Von besonderem Interesse für die Gedenkstättenarbeit ist dabei weniger die Bauge-

schichte. Von weit größerem Nutzen sind Hinweise auf die Inhaftierung von Menschen aus politischen, „rassischen“ oder anderen Gründen in der „Dreyhauptstraße“, wie der Komplex häufig einfach bezeichnet wurde.

Unser Dank gilt dabei Dr. Alexander Sperk, ehemaliger Mitarbeiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) und profundester Kenner der Polizeigeschichte in Mitteldeutschland², für seine Hinweise.

In dem Gebäudekomplex Dreyhauptstraße 2 befand sich seit 1909 das Polizeipräsidium und auch das Polizeigefängnis für den preußischen Regierungsbezirk Merseburg. Bereits in den frühen 1920er Jahren sperrte die Polizei dort Menschen ein, die sie wegen politischer Auseinandersetzungen verhaftet hatte. Dies betraf vor allem viele im Rahmen der sogenannten nachrevolutionären Unruhen Festgenommene. Die meisten der mehrere Hundert Verurteilten mussten ihre Haft in der Strafanstalt „Roter Ochse“ verbüßen, dem späteren Zuchthaus. Über Zeitungsbeiträge zu Amnestieforderungen sind etliche Namen bekannt, jedoch liegen keine zusammenfassenden wissenschaftlich fundierten Angaben vor. Die Akten der entsprechenden Strafverfahren befinden sich im Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Merseburg. Untersuchungen dazu sind den Autoren nicht bekannt, ebenso kann keine Zahl der Verhafteten genannt werden.

Bekannt ist aus den 1930er Jahren, dass es in dem Gebäudeensemble Zellen für insgesamt 80 Inhaftierte gab. Auf Grund dieser räumlichen Beschränktheit wurde auf weitere Verwahrmöglichkeiten in einem Behelfsgefängnis nahe der Moritzburg und im Zuchthaus Am Kirchtor zurückgegriffen.

Im Wesentlichen ist zunächst festzuhalten, dass in nahezu jedem Fall eine durch die Polizeibehörden in Halle festgenommene Person in das Polizeigefängnis Dreyhauptstraße gebracht und hier vernommen wurde. Nach Abschluss der Ermittlungen erfolgte in der Regel die Vorführung zum Amtsgericht Halle, die Verkündung des amtsgerichtlichen Haftbefehls und die Überstellung des Festgenommenen in eine Untersuchungsanstalt bzw. ein Gerichtsgefängnis. Der Zeitraum zwischen beiden Maßnahmen war sehr verschieden und konnte von wenigen Stunden bis zu mehreren Monaten

andauern. In Halle befand sich das Gerichtsgefängnis in der Kleinen Steinstraße 7. Spätestens Mitte der 1930er Jahre wurden jedoch auch im Zuchthaus Am Kirchtor Zellen für Untersuchungsgefangene vorgehalten.

Nutzung des Gefängnisses während der NS-Diktatur 1933 – 1945

Auch für die NS-Zeit gibt es keine Monografie, die sich speziell mit dem Gebäudekomplex in der Dreyhauptstraße befassen würde. Es ist bekannt, dass sich dort sämtliche mit dem Funktionieren der Diktatur verbundenen Polizeiabteilungen befanden. Das Gebäude stellte gewissermaßen die Zentrale der polizeilichen Maßnahmen für den Regierungsbezirk Merseburg und damit auch eine „Zentrale der Polizeigewalt“ für Mitteldeutschland dar.

In der Dreyhauptstraße befanden sich u.a. folgende wichtige Behörden:

- Polizeipräsident,
- Geheime Staatspolizei Halle (1933-1945),
- Schutzpolizei Halle,
- Kriminalpolizeileitstelle Halle,
- „Dienststelle für Zigeunerfragen“ (1938 bis mindestens 1943) als besondere Abteilung der Kriminalpolizei,
- Polizeigefängnis Halle.

Im Laufe der 12-jährigen NS-Diktatur sind mehrere tausend NS-Gegner in Mitteldeutschland verhaftet und über das Polizeigefängnis Halle in die Untersuchungshaftanstalten bzw. direkt in Konzentrations- und Arbeitslager weitertransportiert worden.

Eine besondere Rolle im Gefüge des polizeilichen Verfolgungsapparates kam der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) zu. Sie war als Überwachungs- und Verfolgungsinstanz sowohl eines der wichtigsten Terrorinstrumente als auch eine der tragenden Säulen der nationalsozialistischen Diktatur. Ihre Hauptaufgabe zielte auf die Bekämpfung aller „gegen den Bestand und die Sicherheit des Staates gerichteten Bestrebungen“. Die zentrale Rolle spielte dabei die Staatspolizeistelle (Stapo-Stelle) Halle in der Dreyhauptstraße als regionales Gestapo-Organ für den Regierungsbezirk Merseburg. Sie beschäftigte Ende Mai 1933 lediglich 18, Anfang Januar 1934 dann 25 und im September 1941 schließlich 100 Mitarbeiter. Im Vordergrund ihrer Tätigkeit



Siegelmarke der Geheimen Staatspolizei Halle, ohne Jahr

stand zunächst die Zerschlagung der illegal operierenden Bezirksorganisation Halle-Merseburg der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Die meisten von deren Mitgliedern nahm die Gestapo mit Hilfe so genannter Vertrauensleute (Spitzel) fest.³ Während des Krieges erweiterte sich das Aufgabengebiet auf die Deportation der jüdischen Bevölkerung in die Vernichtungslager sowie die Überwachung der aus dem „Roten Ochsen“ – dem Zuchthaus Am Kirchtor – entlassenen Häftlinge bzw. ihre „Weiterleitung“ in Konzentrationslager. Außerdem inhaftierte die Staatspolizei immer mehr Fremd- und Zwangsarbeiter wegen Arbeitsverweigerung, Sabotage oder anderweitigem Widerstand. Zunehmend verfolgte sie auch jene, die sich dem „totalen Krieg“ an der „Heimatfront“ widersetzen, aber ebenso Homosexuelle, „Asoziale“ und „Arbeitsscheue“.

Die Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) verfügt auch über Kenntnisse zu den maßgeblichen Leitern, u.a. Walter BLUME (1906–1974). Blume leitete von Juli 1935 bis August 1937 die Staatspolizeistelle Halle. Den studierten Rechtswissenschaftler beauftragte das Geheime Staatspolizeiamt (Gestapa) bereits im Juni 1933 mit der kom-

missarischen Führung einer Stapo-Stelle. Rückwirkend zum 1. April 1934 übernahm ihn die Gestapo endgültig. Die im September 1936 erfolgte Ernennung zum Regierungsrat begründete das Gestapa u.a. damit, dass Blume ein „tüchtiger und befähigter Beamter“ sei, der die Stapo-Stelle Halle zur „vollsten Zufriedenheit“ leite. Von Juni bis September 1941 stand Blume dem Sonderkommando 7a der Einsatzgruppe B in der Sowjetunion vor. In dieser Funktion wies er die Exekution tausender Juden im Baltikum an. Dafür verurteilte ihn das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal im April 1948 zum Tode. Im Januar 1951 zu 25 Jahren Gefängnis begnadigt, wurde er im März 1955 aus der Haft entlassen. Blume arbeitete anschließend u.a. als Geschäftsführer in Soest.⁴

Umfangreiche Verhaftungsaktionen betrafen ab Februar 1933 in unserer Region vor allem Kommunisten, in geringerer Zahl auch Sozialdemokraten sowie Angehörige der Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas. Bekannt sind zahlreiche Überstellungen an das zunächst zuständige Oberlandesgericht Kassel sowie zahlreiche Verfahren des Kammergerichts Berlin, die bis 1937 hier stattgefunden haben und im Rahmen derer mehrere hundert Beschuldigte aus Halle und Umgebung abgeurteilt wurden. Für Zeugen Jehovas war das im März 1933 gebildete Sondergericht Halle zuständig. Die Mehrzahl der Verhafteten befand sich zunächst in der Dreyhauptstraße und war dort verhört worden.⁵ Kammergerichtsverfahren sowie Verhandlungen des 1934 gegründeten Volksgerichtshofes lassen sich in Halle noch bis in das Jahr 1944 hinein verfolgen. Auch in diesen Fällen war die Dreyhauptstraße immer der erste oder einer der ersten Inhaftierungsorte.

Im Zeitraum 1933 bis 1945 verurteilte das Sondergericht Halle ca. 7.000 Beschuldigte aus seinem Einzugsgebiet. Das Gericht war von März 1933 bis Kriegsbeginn ausschließlich für die Aburteilung politisch und religiös motivierter Handlungen zuständig (Reichstagsbrandverordnung von 1933, Heimtückeverordnung 1933 und Heimtückegesetz 1934). Ab Kriegsbeginn hatte es für die Umsetzung zahlreicher weiterer politisch motivierter Verordnungen (z.B. Rundfunkverordnung, Kriegswirtschaftsverordnung, Kriegssonderstrafrechtsverordnung, Wehrkraftschutzverordnung, alle Herbst 1939; Verordnung zur Strafrechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten 1941) sowie die zur Politisierung krimineller Handlungen erarbeitete „Verordnung gegen Volksschädlinge“ vom 5. September 1939 zu sorgen, nach der für jede im (Reichs-)Strafgesetzbuch formulierte Straftat grundsätzlich hohe

Zuchthausstrafen und die Todesstrafe möglich waren.⁶ Schätzungsweise zwei Drittel der Festgenommen verbüßten einen Teil ihrer Haft in der Dreyhauptstraße.⁷

Große Bedeutung bei der Verfolgung Andersdenkender in Zusammenarbeit mit der NS-Justiz kommt einer besonderen polizeilichen Befugnis zu, die zugleich eine herausgehobene Bedeutung der Polizeiarbeit unter Beweis stellt: Seit Mitte der 1930er Jahre legte die Gestapo den Justizbehörden mit dem Abschlussbericht einen sogenannten Rücküberstellungsantrag vor, wonach der Verhaftete auf jeden Fall an die Polizei zurückzugeben war. Das galt, sofern die Justiz gar keinen Haftgrund finden konnte oder – und das ist in der absoluten Mehrzahl der Fälle geschehen – wenn die Haftstrafe verbüßt war und der Verhaftete eigentlich hätte entlassen werden müssen. In der Regel wurden die Gefangenen in die Dreyhauptstraße zurücküberführt – in „Überhaft“ genommen – und nach Klärung des nächsten „Aufenthaltssortes“ von hallischen Polizeibehörden in Konzentrations- oder polizeieigene Arbeitserziehungslager (AEL) transportiert. In den Akten des Sondergerichts heißt das „Überstellung in den Arbeitsbereich der Polizei“. Das bekannteste AEL – aus der Dreyhauptstraße heraus geführt – war das Lager Spergau, nach dessen Zerstörung durch einen Fliegerangriff im Juli 1944 das AEL Zöschen. Auch für diesen Bereich müssen mehrere tausend Betroffene angenommen werden. Für die Wachmannschaften der Lager, deren Personal oft von den die Arbeitskraft der Gefangene ausbeutenden Firmen stammte, stellte die Polizei Uniformen, Dienstaussweise und Waffen zur Verfügung.

Die Gestapo Halle veranlasste, organisierte und überwachte mit eigenen Kräften zudem mehrere Morde an polnischen Zwangsarbeitern in Gemeinden bei Halle sowie in der Region Bitterfeld und Wittenberg.⁸

Polizeibehörden aus der Dreyhauptstraße waren maßgeblich am Völkermord an den Juden beteiligt, indem von hier aus die zahlreichen, auf Reichsebene veranlassten Verordnungen umgesetzt wurden, die mit der zunehmenden Einschränkung des jüdischen Lebens einhergingen und einen ersten negativen Höhepunkt in den Nürnberger Rassegesetzen von 1935 fanden. Dokumentiert sind die Maßnahmen der hallischen Polizei im Rahmen der Ghettoisierung der Juden in Halle, mit Beginn der „Endlösung“ 1942 bei „Transportbegleitungen“ zum Hauptbahnhof und möglicherweise bis in die Lager selbst.

Zahlreiche Einzelfälle belegen die Aufgaben der Polizei bei der Umsetzung des Holocaust. Die Gedenkstätte dokumentiert u.a. das Schicksal des Peter HOLLÄENDER, Sohn eines aus Naumburg nach Frankreich emigrierten Juden. Nach der von französischen Behörden erzwungenen Rückkehr Peter Holländers nach Deutschland Anfang 1941 setzten ihn die hiesigen Behörden wegen des Verdachts, im Ausland gegen Deutschland gewirkt zu haben, zunächst in der Dreyhauptstraße fest. Nachdem selbst die oberste deutsche Anklagebehörde – der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof – keinen Haftgrund erkennen konnte, wurde Holländer in das Konzentrationslager Sachsenhausen abgeschoben und fand dort kurze Zeit später den Tod.⁹ Anfang März 2025 wurden vor dem ehemaligen Wohnhaus der Familie in Naumburg sieben Stolpersteine gelegt, die an die vertriebenen Familienmitglieder erinnern, von denen mehrere ermordet wurden.

Wichtige Informationen sind auch zur „Dienststelle für Zigeunerfragen“ vorhanden. Diese vom Reichskriminalpolizeiamt Berlin im Jahr 1938 für jede Kriminalpolizeistelle ins Leben gerufene Behörde veranlasste zahlreiche, die Bevölkerungsgruppe der Sinti und Roma schwer diskriminierende und existenzbedrohende Maßnahmen. In Halle verfügte die Dienststelle über einen eigenen Kopfbogen, der auch die Adresse Dreyhauptstraße 2 enthält. Unterlagen des Sondergerichtes Halle belegen die zynische Vorgehensweise der Kriminalpolizei ebenso wie die der „Dienststelle“ gegen sogenannte Zigeuner. Aussagen von Verhafteten wurden von vornherein als unglaublich eingestuft; Angehörige der Gruppe schon während der Polizei- und Untersuchungshaft im Vergleich zu anderen Inhaftierten bei Verstößen gegen Auflagen und Vorschriften schärferen Sanktionen unterworfen.¹⁰

Dokumentiert ist ebenso die Rolle der hallischen Dienststelle bei der seit Dezember 1942 auch die Sinti und Roma betreffenden „Endlösung“, d.h. konkret der Ghettoisierung der „Zigeuner“ in Halle sowie Eisleben, der Organisation ihres Transportes nach Auschwitz im ersten Quartal 1943 und der Verwertung ihrer wenigen Habseligkeiten, nachdem Polizeikräfte die zu Deportierenden bereits im Vorfeld der Vernichtungstransporte aufgesucht und sie ihres Bargeldes und diverser Wertgegenstände beraubt hatten. Das Polizeipräsidium Halle übergab der Polizeikasse mehr als 10.000 RM an Barmitteln, nachdem man von den beschlagnahmten Geldern sämtliche „Unkosten“

einschließlich der „Verpflegung“ für den Zugtransport nach Auschwitz abgezogen hatte. In die „Verwertung“ war auch ein polizeilich bestellter Auktionator einbezogen.¹¹

Sterbefälle

Einen besonderen Aussagewert dürften Angaben zu Menschen aufweisen, die im Polizeigefängnis Dreyhauptstraße ums Leben gekommen sind. Auch hier sind zahlreiche Einzelfälle dokumentiert.

Für die Jahre 1933 bis 1938 können die Zahlen bisher nur geschätzt werden und dürften bei fünf bis zehn Personen pro Jahr liegen. Vor Beginn des Zweiten Weltkrieges ist in der Mehrzahl der Fälle „Selbstmord“ als Todesursache angegeben. Einige Fälle sind unmittelbar nach Prüfung durch die Gerichtsmedizin selbst von der Justiz angezweifelt worden, jedoch ohne Auswirkungen auf die beteiligten Polizeibeamten.

Als Beispiele seien genannt:

Helene GLATZER (1902–1935), bis 1930 Funktionärin der KPD-Bezirksleitung Ostsachsen und nach vierjährigem Aufenthalt in der Sowjetunion ab August 1934 Mitglied der KPD-Bezirksleitung Halle-Merseburg. Die Stapo Halle verhaftete sie am 26. Januar 1935. Nach schweren Misshandlungen nahm sich Helene Glatzer fünf Tage später im Polizeigefängnis das Leben.¹²

Paul SIEBERT, 29 Jahre alt, Kommunist aus Bischofrode, angeblicher Selbstmord im Polizeigefängnis Dreyhauptstraße am 13. Dezember 1935.¹³

Otto KREUTZMANN, 26 Jahre alt, Jungkommunist und zurückgekehrter Spanienkämpfer aus Döllnitz, angeblicher Selbstmord am 20. November 1937 im Polizeigefängnis Dreyhauptstraße.¹⁴

Für die Jahre 1939 bis Kriegsende (April 1945) können die Sterberegister des Standesamtes Halle herangezogen werden. Dort sind insgesamt 110 Personen erfasst, bei denen als „Wohnanschrift“ oder als Sterbeadresse das Polizeigefängnis angegeben ist. 109 Verstorbene sind Inhaftierte, einer ist ein Polizeibeamter. Zwei der 109 Gefangenen sind Frauen. 97 der Verstorbenen sind direkt im Polizeigefängnis umgekommen, acht sind von der Dreyhauptstraße in eine Tötungsbaracke der halischen Polizei auf dem Gelände der Mansfelder Straße (Salinengelände) überführt

und dort erhängt worden. Vier Gefangene starben in Krankenhäusern, einer kam auf dem Transport vom Hauptbahnhof zum Polizeigefängnis ums Leben. Bei einem Gefangenen, einem 27-jährigen Franzosen, ist als Todesursache „Herzschuss bei Widerstandsleistung“ angegeben. Er war aus einem Arbeitslager bei Bitterfeld nach Halle gebracht worden.

Die meisten Toten sind Polen, Weißrussen, Ukrainer und Russen (insgesamt 58), 19 Verstorbene sind Deutsche, 14 Franzosen, 6 Niederländer, 4 Tschechen, je einer stammte aus Kroatien, Belgien und Italien. Bei einigen wenigen ist die Herkunft nicht genau feststellbar. Die jüngsten Opfer sind 17 Jahre alt gewesen; 23 Personen waren 21 Jahre alt und jünger.

Je näher das Kriegsende rückte, desto katastrophaler wirkte sich die Versorgungssituation auch auf die Verhafteten aus. Unter den 25 von Januar bis April 1945 offiziell an das Standesamt gemeldeten Toten befindet sich der am 11. März 1945 im Polizeigefängnis an den Strapazen der Haft verstorbene Joseph GILLINGHAM aus St.-Peter-Port, Britische Kanalinseln. Seine Tochter konnte erst infolge eines Kontaktes mit der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) 2016 das Grab ihres Vaters auf dem Gertraudenfriedhof besuchen, weil die Hinterbliebenen zuvor niemand informiert hatte.

Die Gedenkstätte hat die Angaben zu allen in der Dreyhauptstraße ums Leben gekommenen Menschen in einer Datenbank erfasst und verfügt in vielen Fällen über weiterführende Informationen.

Die Tötungsbaracke auf dem Salinengelände

Die wenige Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges abgerissene Baracke an der Mansfelder Straße wurde 1944 speziell für Erhängungen umgebaut. Bis Kriegsende ist die Ermordung von mehr als 120 „Ostarbeitern“ dokumentiert, die aus verschiedenen Lagern direkt auf das Salinengelände gebracht worden waren. Die Meldungen an das Standesamt Halle erfolgten immer durch die Gestapo Halle. Die letzten Erhängungen sind für den 17. März 1945 aktenkundig. Auch für diese Ermordeten existiert in der Gedenkstätte eine Datenbank, jedoch sind weitere Angaben zu den in der Mehrzahl aus der Sowjetunion und Polen stammenden Menschen bisher nicht bekannt.

Standesbeamter in Halle (Saale)

Dienststunden 8-12 $\frac{1}{2}$

Halle (Saale), den **9. FEB. 1945**

Todes-Anzeige

Der Ostarbeiter Iwan Karasjow

wohnhaft in _____

Kreis _____

21 Jahre alt,

geboren zu Saporosche am 31.12.23 (Religiöses Bekenntnis) 1

Kreis Saporosche

verheiratet gewesen mit _____

geborenen _____

geboren zu _____ am _____ 1

Kreis _____

wohnhaft | zu _____ letzter Wohnort: _____ (Religiöses Bekenntnis)

verstorben | _____

Forts. nächste Seite.

620, C. 1. 1. 41, 1000 L. 0159

Stand, Vor- und Familienname, wenn verstorben, letzter Wohnort (Wo die Angaben nicht festzustellen sind, ist „unbekannt“ einzutragen)

D Verstorbene hinterläßt großj. minderj. Kinder —, hat ein Testament errichtet.

Todesursache (deutsch)

Tochter } des
Sohn }
wohnhaft |
verstorben | zu _____ letzter Wohnort: _____
und dessen Ehefrau _____
geborenen _____
wohnhaft | zu _____ letzter Wohnort: _____
verstorben | _____

ist am 9.2.45 um _____ Uhr zu Halle (Saale) in Halle, Polizeigefängnis an plötzlichem Atemstillstand verstorben.

D _____

(Siegel)

An _____ den Standesbeamten _____ hier.

Vfg.
1. Mitteilung an den Bürgermeister
2. Anzeige an das Gericht (sachl.)
3. Anzeige an das Jugendamt
4. P. D., Meldeamt
5. Hinweise
6. Einsicherung — Beerdigung — Überführung —
Urkunden.
Kleine: _____
Scheine: _____
volle Anzüge: _____

Bezug. Rente vom Versorgungsamt _____

Todesanzeige des Standesamtes Halle für den „Ostarbeiter“ Iwan Karasjow. Mit mehreren anderen Zwangsarbeitern war der 21-Jährige am 9. Februar 1945 in einer von der Polizeibehörde benutzten Baracke in der Mansfelder Straße erhängt worden. Bei einigen dieser Menschen ist als Sterbeort irrtümlicherweise das Polizeipräsidium selbst angegeben worden, weil die Meldung von dort kam.

Die „Dreyhauptstraße“ in der Sowjetischen Besatzungszone und frühen DDR

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde der Gebäudekomplex Dreyhauptstraße 2 weiterhin durch die nun der Provinzialverwaltung der Provinz Sachsen bzw. ab 1947 der Landesregierung Sachsen-Anhalt unterstellte Polizeiverwaltung genutzt. Die Bezeichnungen der Behörden vor Ort änderten sich mehrfach, grundsätzlich erstreckte sich Ihre Zuständigkeit jeweils auf den Süden von Sachsen-Anhalt (bis 1947 Regierungsbezirk Merseburg, ab 1952 DDR-Bezirk Halle) bzw. auf die Stadt Halle:

- 1945-1949 Polizeipräsidium Halle, Kriminalpolizeileitstelle¹⁵ und Kriminalamt Halle;
- 1949-1952 Volkspolizeipräsidium Halle, Volkspolizeikreisamt (VPKA) und Kriminalamt Halle;
- 1952-1990 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Halle und VPKA Halle mit jeweils nachgeordneten Abteilungen Kriminalpolizei.

Direkt im Präsidium in der Dreyhauptstraße waren die Verwaltungspolizei mit Ausnahme der Preisüberwachung, die für das Polizeigefängnis zuständige Abteilung S6 der Schutzpolizei¹⁶, das Polizeirevier I und die Kriminalpolizei untergebracht.¹⁷ Nach dem Stellenplan von 1948 verfügte das Polizeipräsidium Halle über 267 Stellen bei der Verwaltungspolizei. Das Kriminalamt Halle, das jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht mehr dem Polizeipräsidenten unterstand, sondern dem Landeskriminalamt, verfügte über 300 Stellen: etwa die Hälfte des Personals arbeitete in der Dreyhauptstraße.¹⁸

Die Kriminalpolizei und die Schutzpolizei benutzten das Polizeigefängnis bzw. die Polizeihaftanstalt Halle für den Polizeigewahrsam, darüber hinaus fungierte es auch als Untersuchungshaftanstalt. Schließlich war das Gerichtsgefängnis in der Kleinen Steinstraße im Frühjahr 1945 schwer beschädigt worden und stand erst ab Mitte 1946 wieder teilweise zur Verfügung, oftmals aber zur Unterbringung von Strafgefangenen. Denn die Strafanstalt Am Kirchtor („Roter Ochse“) mit der ihr zugehörigen Untersuchungshaftabteilung befand sich seit Kriegsende zunächst unter Verwaltung der amerikanischen, von Anfang Juli 1945 bis Juni 1950 vollständig unter jener der sowjetischen Besatzungsmacht. Da der sowjetische Geheimdienst NKWD auch die nächstgelegene größere Haftanstalt in Merseburg beschlagnahmt hatte, bestand im

Raum Halle über Jahre akuter Mangel an Haftplätzen. Ab 1950 oblag nach sowjetischem Vorbild in der DDR die Strafhaft und ab 1952 auch die Untersuchungshaft ohnehin nicht mehr der Justiz, sondern dem Innenministerium bzw. der Volkspolizei.¹⁹ Der Vollzug der Untersuchungshaft und selbst die Verbüßung kürzerer Gefängnisstrafen war somit im vormaligen Polizeigefängnis Halle auch offiziell möglich.

Die Quellenlage muss insgesamt als schwierig eingeschätzt werden: Aus bruchstückhaft vorhandener Überlieferung lässt sich nachvollziehen, dass in die Dreyhauptstraße sowohl wegen krimineller als auch wegen politischer Motive festgenommene Personen eingeliefert wurden.²⁰ Nur wenig findet sich leider zu den Haftbedingungen. Ein durch Inspizienten der Deutschen Justizverwaltung aus Berlin – einer von der sowjetischen Besatzungsmacht für ihre Zone installierten Zentralverwaltung – über eine Besichtigung am 27. März 1946 angefertigter Bericht offenbart massive Überbelegung und hieraus resultierende unhaltbare Mängel in der Behandlung der Insassen und der Hygiene. Hier heißt es unter anderem: „Das Polizeigefängnis hat 78 Plätze und war am Tage der Besichtigung mit 307 Mann belegt: 261 Männern, 46 Frauen. Überwiegend Polizei- und Untersuchungsgefangene. In geringerer Zahl von der Besatzungsmacht Eingelieferte und vereinzelt auch Strafgefangene. [...] Der Anblick, der sich in den Hafträumen bot, überstieg an Elend und Desorganisation alles bisher in Deutschland Vorstellbare. In Zelle 4, einer Einmannzelle, mit künstlicher Beleuchtung, fanden wir 4 Mann, von denen 2 im Bette und 2 auf dem Rest des Fußbodens zu schlafen haben. Einer erklärte, 11 Wochen da zu sein und noch keine Freistunde erhalten zu haben, auch nicht vernommen worden zu sein. [...] Ein 14-jähriger [...] wurde gerade [hin] durchgeführt. Er kam nach Zelle 17, einer 6-Mann-Zelle, in der wir 19 Jungen antrafen, dabei 4 unter 16 Jahren, 8 unter 17. [...] Auch für diese Zelle war seit drei Wochen keinerlei Freistunde gewesen.“²¹

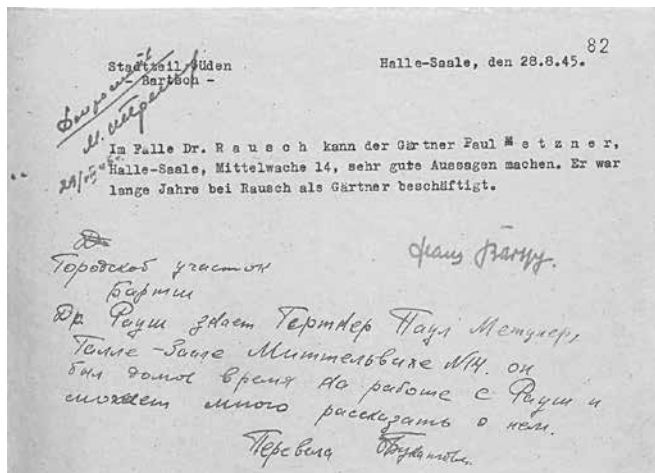
Aus dieser Momentaufnahme sollte jedoch nicht auf die Haftsituation in den nachfolgenden Jahren geschlussfolgert werden. Denn die teilweise Wiedereröffnung der Untersuchungsheftanstalt Kleine Steinstraße noch im Jahr 1946 dürfte zu einem Rückgang der massiven Überbelegung im Polizeigefängnis geführt haben. Angaben zur Zahl der nach 1945 in der Dreyhauptstraße 2 Inhaftierten können an dieser Stelle nicht getätigt werden. Diese standen bisher noch nicht im Fokus der Forschung, die in

Bezug auf die Volkspolizei insbesondere für die 1960er bis 1980er Jahre noch große Lücken aufweist.

Kooperation mit der sowjetischen Besatzungsmacht

Aufgrund zahlreicher Fallbeispiele ist gut nachvollziehbar, dass die Polizei in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre auch in Halle in die durch die sowjetische Besatzungsmacht etablierte systematische politisch motivierte Strafverfolgung deutscher Zivilisten involviert war. Das trifft insbesondere auf die im Objekt Dreyhauptstraße ansässigen Dienststellen zu: die politische Polizei, die Kriminalpolizei und die Schutzpolizei, der auch das Polizeigefängnis unterstand.

Für die unmittelbaren Nachkriegsjahre ist das Spektrum politisch motivierter Verfolgung, hieraus resultierender Festnahmen und Einlieferungen ins Polizeigefängnis Halle relativ breit: Bis Anfang 1946 überwogen Inhaftierungen ehemaliger Funktionsträger der NSDAP und deren Gliederungen (einschließlich HJ und BDM), die die deutsche Polizei zumeist allgemein, aber auch im konkreten Einzelfall im Auftrag von Dienststellen der sowjetischen Besatzungsmacht vornahm.²² Auftragsgemäß erfolgte in Hunderten Fällen die Meldung festzunehmender Personen an die sowjetischen Geheimdienste durch das Polizeipräsidium Halle, bzw. die der Behörde nachgeordnete Abteilung P 1 (politische Polizei). Diese hatte auf Befehl des Stadtkommandanten im Juli und erneut auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration der Provinz Sachsen (SMA) im August 1945 auch die komplette Einwohnerschaft registriert und in diesem Zusammenhang alle Angaben zu Mitgliedschaften in NS-Organisationen sowie zu Wehrdienstverhältnissen erfasst. Im Zuge der politischen Säuberung des Personalbestands der Polizeiverwaltung Halle Anfang August 1945, die unter der Leitung des NKWD-Obersten Porfiri A. Stachanowski erfolgte, war die Abteilung P 1 mit aus seiner Sicht politisch zuverlässigen Personen, vor allem Altkommunisten, neu gebildet worden.²³ Die enge Zusammenarbeit der Polizeiverwaltung mit der Besatzungsmacht bei Inhaftierungen beschränkte sich nicht auf das Polizeipräsidium, sondern wurde auch in den zehn Polizeirevieren im Stadtgebiet praktiziert. Viele Festnahmen im Stadtgebiet, die anschließend zu Einweisungen ins Polizeigefängnis führten, wurden über sowjetische Verbindungsoffiziere in den Revieren kommuniziert und mitunter auch von Polizisten und sowjetischen Soldaten gemeinsam durchgeführt.²⁴



Vermerk der Politischen Polizei (P1) im Rahmen der Ermittlungen gegen den Direktor der Maschinenfabrik HABÄMFA Dr. Gottfried Rausch mit Übersetzung ins Russische und Bearbeitungsvermerk eines sowjetischen Verbindungsoffiziers, 28. August 1945

In Tagesberichten des NKWD finden sich Meldungen des Polizeipräsidiums Halle über zu verhaftende Einwohner, z.B. für den 13. Oktober 1945 im Fall der NSDAP-Blockleiter Walter G. und Willi K. sowie zwei Tage später von drei weiteren NSDAP-Funktionären. In all diesen Fällen wurden die Festgenommenen durch Kommandos des 2. Bataillons des 92. Schützenregiments der Inneren Truppen des NKWD in den „Roten Ochsen“ überstellt.²⁵ Wie im Fall des Direktors der Mitteldeutschen Braunkohlewerke in Zeitz, Karl Otto Winter (1887-1974), überliefert ist, beschränkten sich auftragsgemäße Festnahmen durch die Polizei nicht nur auf die Stadt Halle. Die erste Haftstation für den 58jährigen war im November 1945 das Polizeigefängnis Halle, von dort überstellte ihn die Polizei in den „Roten Ochsen“. Der Verdacht einer Mitverantwortung Winters für durch die Gestapo vorgenommene Erschießungen von Zwangsarbeitern in einem Tagebau schien sich in den Vernehmungen durch den NKWD nicht bestätigt zu haben. So folgte in seinem Fall keine Anklage und Aburteilung durch die sowjetische Militärjustiz, sondern vielmehr die Überführung in das Speziallager Torgau zum Zweck der zeitlich unbestimmten Internierung.²⁶

Es ist ebenfalls überliefert, dass die Polizei im Auftrag der Stadtkommandantur Bürger auf das Präsidium in der Dreyhauptstraße bestellte, in vielen Fällen unter dem Vorwand, es handle sich nur um die Klärung eines Sachverhalts. Nicht wenigen Betroffenen war völlig unklar, was sie eigentlich erwartete. In der Dreyhauptstraße schloss sich hinter ihnen erstmals eine Zellentür.²⁷ Für eine Reihe von Fällen ist überliefert, dass sowjetische Geheimdienstoffiziere auch Verhöre im Polizeigefängnis vornahmen. Zumeist wurden die Inhaftierten dann an die Besatzungsmacht übergeben und in den „Roten Ochsen“ überstellt, von wo aus viele von ihnen zum Zwecke der Internierung in sowjetische Speziallager (Torgau, Mühlberg, Sachsenhausen) deportiert wurden.²⁸

Die Zahl derer, die die hallische Polizei im Auftrag sowjetischer Dienststellen festnahm, lässt sich aufgrund der ausgesprochen dünnen Überlieferungslage nicht eruieren. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass sich die Verhältnisse in Halle von den deutlich besser dokumentierten in Magdeburg nicht wesentlich unterschieden: Dort hatte die Polizei bis März 1946 mehr als 2.200 zuvor als „aktivistische Nazis“ registrierte Einwohner, hauptsächlich Funktionäre der NSDAP und Unterführer von deren Gliederungen, „festgenommen und der SMA übergeben“.²⁹ In Magdeburg war zudem auch die Unterbringung von Häftlingen „für die SMA“ im dortigen Polizeigefängnis über Jahre gängige Praxis.³⁰

Für die Jahre 1947–1951 sind zahlreiche Fälle dokumentiert, in denen auf Anordnung der Besatzungsmacht Menschen auch aus anderen Gründen im Polizeigefängnis Halle inhaftiert wurden: wegen illegalen Übertretens der Demarkationslinie zu den Westzonen, illegalen Waffenbesitzes,³¹ vermeintlicher „antidemokratischer“ oder „antisowjetischer“ Betätigung, wegen Abreißen oder Beschädigens von Plakaten der KPD/SED. Bei Tatvorwürfen wie illegalem Waffenbesitz dauerten die Inhaftierungen im Polizeigefängnis so lange an, bis die sowjetische Militärstaatsanwaltschaft die Ermittlungsergebnisse der Kriminalpolizei geprüft und entschieden hatte, ob sie die Ermittlungen an sich ziehen wolle oder ob der Fall der deutschen Justiz zu übergeben sei.³² Bei anderen Delikten, z.B. dem Verdacht der Spionage oder von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, informierte die Polizei unverzüglich die Abteilung Inneres der SMA.

Erachtete die Besatzungsmacht derartige Vergehen nicht als minderschwer bzw. übertrug sie die Strafverfolgung nicht den deutschen Behörden, übernahm in der Regel die sowjetische Militärjustiz die Ermittlungen. Das führte zur Verlegung der Häftlinge aus dem Polizeigefängnis in den „Roten Ochsen“ oder in das Objekt der Operativgruppe des NKWD bzw. ab 1946 des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes MGB in der Luisenstraße. Verurteilungen durch sowjetische Militärtribunale zu Lagerhaft von drei Jahren bis lebenslänglich führten zur Inhaftierung in sowjetischen Speziallagern und ab 1950 in Strafvollzugsanstalten des DDR-Innenministeriums, mitunter auch im Gulag in der UdSSR.

Im Universitätsarchiv Halle sind die Fälle von Studenten überliefert, die in den Jahren 1947 bis 1951 aus politischen Gründen durch die Polizei inhaftiert und nach Überstellung in die Dreyhauptstraße zum großen Teil der sowjetischen Besatzungsmacht übergeben wurden. Den Lehramtsstudenten Eberhard Weiß nahm die Polizei am 24. Juni 1948 fest, weil er – so ein Vermerk des Rektorats – „eine Schlange anstehender Menschen fotografierte, die ihr Geld umtauschen wollten. Herr Weiß ist im Institut für Altertumswissenschaften als Photoliebhaber bekannt.“ Offenbar auf Grund des Verdachts, Weiß habe seine Aufnahmen als Spion getätigt, übergab ihn die Kriminalpolizei noch am selben Tag an den sowjetischen Geheimdienst, der ihn bis zum 6. Juli 1948 in Haft behielt.³³ Diese Vorgehensweise lässt sich auch bei den ebenfalls 1948 durch deutsche Polizei vorgenommenen Festnahmen des Studenten der Rechtswissenschaften Axel Römer (geb. 1925) und des Medizinstudenten Horst Wenzel (geb. 1926) nachvollziehen. Bei Wenzel, der dem Hochschulausschuss der Liberaldemokratischen Partei angehörte, erschienen die Polizeiangehörigen „in Begleitung von vier russischen Zivilpersonen“, d.h. Angehörigen des sowjetischen Geheimdienstes MGB.³⁴ In seinem Fall schlossen sich an die Untersuchungshaft im „Roten Ochsen“ die Verurteilung zu 25 Jahren Arbeitslager durch ein sowjetisches Militärtribunal sowie acht Jahre der Strafverbüßung an.³⁵

Die Inanspruchnahme der Polizeihaftanstalten durch die sowjetische Besatzungsmacht ist bis in die 1950er Jahre belegt, selbst wenn sie später zumeist nur noch einzelne Häftlinge betraf. Ein umfangreich dokumentierter Fall betrifft einen Bäckermeister aus Großkugel (seinerzeit Saalkreis), der in die Polizeihaftanstalt des Volks-



Horst Wenzel, Haftfoto 1950

polizeipräsidiums Halle am 30. Juni 1950 eingeliefert wurde. Dieser war aufgrund einer Denunziation beschuldigt worden, während des Zweiten Weltkrieges im Gebiet der Sowjetunion Zivilisten misshandelt und zum Teil ermordet zu haben. Die Vernehmungen führte in diesem Fall – natürlich in ständiger Abstimmung mit der Operativgruppe des sowjetischen Geheimdienstes MGB – das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS). Die Ermittlungen im Umfeld des Beschuldigten übernahm jedoch die Kriminalpolizei. Der 34jährige Bäckermeister wurde nach wenigen Wochen der in der Polizeihaftanstalt Halle vollstreckten Untersuchungshaft im August 1950 an den MGB übergeben und am 18. Dezember 1950 durch ein Sowjetisches Militärtribunal im „Roten Ochsen“ wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu lebenslanger Haft verurteilt.³⁶

Ermittlungen und Inhaftierungen für die ostdeutsche Justiz 1945–1949/50

Einen Schwerpunkt für die Unterbringung aus politischen Motiven inhaftierter Personen im Polizeigefängnis Halle für die ostdeutschen Strafverfolgungsorgane bilden die Jahre 1947 bis 1950. In diesem Zeitraum gehörte das Polizeigefängnis zu den

maßgeblichen Haftanstalten in Sachsen-Anhalt, in denen Personen in Untersuchungshaft gehalten wurden, deren Festnahme auf Grundlage des Befehls Nr. 201 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), der die Entnazifizierung zum Abschluss bringen sollte, erfolgt war. Bei diesen Inhaftierten handelte es sich im Sinn des Befehls um Polizeigefangene. Schließlich hatte die SMAD der Polizei die Führung von Ermittlungen auf der Grundlage der Kontrollratsdirektive 38 „Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen sowie Internierung, Überwachung und Kontrolle von möglicherweise gefährlichen Deutschen“³⁷ bis hin zum Verfassen der Anklageschriften übertragen.

Das hierfür gebildete Kommissariat 5 (K5) der Kriminalpolizei war von der Besatzungsmacht zur Durchführung von Ermittlungen gegen tatsächliche und vermeintliche NS-Täter, aber auch gegen Personen, deren Tun als „Gefährdung der demokratischen Entwicklung“ in der SBZ ausgelegt werden konnte, mit geheimpolizeilichen Vollmachten und dem Status eines Untersuchungsorgans ausgestattet worden.³⁸ Es war in Halle an das Kriminalamt Halle angebunden und hatte seinen Sitz in der Dreyhauptstraße 2. Seine Zuständigkeit erstreckte sich auf das Gebiet des früheren Regierungsbezirkes Merseburg und somit auf den Süden des damaligen, im Vergleich zu heute deutlich größeren Landes Sachsen-Anhalt.³⁹ Im September 1947 verfügte das K5 beim Kriminalamt Halle über 45 Mitarbeiter sowie drei Hilfskräfte. 20 Mitarbeiter bearbeiteten Ermittlungsverfahren ausschließlich gegen Einwohner der Stadt Halle, die restlichen 25 waren den Kriminalpolizeiaußendienststellen zugeordnet und führten die Ermittlungen im gesamten Süden des Landes Sachsen-Anhalt.⁴⁰

Die Verfahren gegen die nach dem SMAD-Befehl so genannten 201-Häftlinge kamen bis 1952 in mehreren hundert Fällen vor der Kleinen oder der Großen Strafkammer am Landgericht Halle zur Anklage.⁴¹ Bis 1949 standen hauptsächlich Fälle der Misshandlung von Fremdarbeitern, der Denunziation oder der Förderung der NS-Gewaltherrschaft im Fokus der 201-Verfahren in Sachsen-Anhalt. Nach Gründung der DDR befassten sich diese Strafkammern mit einer schnell zunehmenden Zahl an Verfahren nach Artikel 6 der DDR-Verfassung („Boykotthetze“ z.B. wegen Witzen über Ulbricht und Stalin oder wegen Verächtlichmachung der UdSSR und der SED), die alsbald die Mehrheit stellten.⁴²

Die Auswertung der Überlieferung der vom K5 beim Kriminalamt Halle angelegten Vorgangstagebücher, der Karteien und Untersuchungsvorgänge, Anklageschriften und Urteile steht, da der vom Bundesarchiv an das Landesarchiv Sachsen-Anhalt abgegebene Bestand noch erschlossen werden muss, derzeit noch aus. Jedoch lässt sich anhand von im Bundesarchiv überlieferter Berichterstattung sowie von Presseberichten über einzelne der am Landgericht Halle geführten Strafverfahren ein Eindruck von den zur Anklage gebrachten Tatvorwürfen gegen die im Polizeigefängnis inhaftierten Beschuldigten gewinnen: Misshandlungen von Fremd- und Zwangsarbeitern sowie Häftlingen, Tätigkeit als Wachmann im Arbeitserziehungslager Halle Osendorf bzw. im KZ Buchenwald, Denunziationen bei der Gestapo.⁴³

Dass die K5 auch in Ermittlungen gegen Gegner der Besatzungsmacht und der SED involviert war und dass sich auch hier eine Zusammenarbeit zwischen der K5 im Polizeipräsidium Halle und den Dienststellen des sowjetischen Geheimdienstes etablierte, mögen zwei Vorgänge aus den Jahren 1947 und 1948 illustrieren. Im Zusammenhang mit einer durch die Polizei und den MGB vorgenommenen Verhaftungswelle an der Universität Halle, die ausschließlich Studenten betraf und im Zusammenhang mit einem Überfall auf einen aus der Studentenschaft stammenden SED-Funktionär stand, äußerte sich im November 1947 die K5 gegenüber dem Rektor: Dies sei „kein Fall von gewöhnlicher Art, sondern eine politische Demonstration einer bestimmten Gruppe gegen die Partei [die SED – D.B.]. Die Reaktion ist am Werk.“⁴⁴ Insgesamt sind in diesem Zusammenhang sieben Festnahmen durch die K5 dokumentiert, z.T. sogar Vermerke über die Vernehmungen auf dem Polizeipräsidium und die Inhaftierungen überliefert.⁴⁵

Im zweiten Fall wandte sich im Dezember 1948 Adolf Ladermann (1899–1967) aus Halle als SED-Mitglied in einem Brief an seinen Parteigenossen Robert Siewert (1887–1973), zu diesem Zeitpunkt Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt. Der Brief gibt die Umstände der Verhaftung seines Sohnes Harry Ladermann (1931–1998) wieder. Dieser war im März 1947 gemeinsam mit neun anderen Lehrlingen der Maschinenfabrik Wegelin und Hübner festgenommen worden, nachdem sie spöttische Verse über SED-Politiker verbreitet hatten. Seitdem war Harry Ladermann für seine Eltern verschollen. Es lässt sich heute nicht mehr feststellen, ob Adolf Ladermann

durch Innenminister Siewert über das Schicksal seines im „Roten Ochsen“ zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilten Sohnes Aufklärung erhielt. Immerhin wusste Siewert genau, wo er nachzufragen hatte: Einem Bearbeitungsvermerk auf dem Brief zufolge wies Siewerts Büro an, das Schreiben der K5 zur Kenntnis und Stellungnahme zuzuleiten und evtl. Rücksprache mit der Militäradministration oder der Operativgruppe des MGB zu halten. Tatsächlich hatte die sowjetische Militärjustiz die Ermittlung gegen die Jugendlichen übernommen und diese zu jeweils 10 Jahren Lagerhaft verurteilt.⁴⁶

In Einzelfällen saßen aber auch bereits vor Beginn der sogenannten 201-Verfahren aus politischen Gründen Inhaftierte im Polizeigefängnis Halle in Untersuchungshaft. In den konkreten Fällen – ausschließlich bei zu ahndenden Verbrechen gegen die Menschlichkeit – hatte die sowjetische Besatzungsmacht der deutschen Justiz die Ermittlungen übertragen und dieser ebenso die Untersuchungshäftlinge aus dem Gewahrsam des sowjetischen Geheimdienstes überstellt.⁴⁷ Aus pragmatischen Gründen – Beschlagnahme der Strafanstalt „Roter Ochse“ durch die Besatzungsmacht und Überbelegung des Gerichtsgefängnisses in der Kleinen Steinstraße mit Strafhäftlingen⁴⁸ – erfolgte die Unterbringung der Überstellten im Polizeigefängnis in der Dreyhauptstraße. Eines dieser Verfahren wurde ab Mai 1946 vor einer Schwurgerichtskammer des Landgerichts Halle geführt. Es richtete sich gegen zwei der ursprünglich vier vom sowjetischen Geheimdienst festgenommenen und zunächst im „Roten Ochsen“ inhaftierten ehemaligen Scharfrichter und Scharfrichtergehilfen, die auch in Halle ab 1940 die Vollstreckung von Todesurteilen übernommen hatten. Ein dritter Beschuldigter, der 78jährige Scharfrichter Karl Gröpler, war kurz vor Prozessbeginn im Polizeigefängnis Halle verstorben. Gegen die verbliebenen Angeklagten, Andreas Rose und Johannes Kleine, verhängte das Schwurgericht am 14. Juni 1946 jeweils die Todesstrafe.⁴⁹

Politische Strafjustiz in der DDR

Insbesondere 1950, als das im Februar des Jahres gegründete Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR zunächst in Sachsen-Anhalt noch über keine eigene Untersuchungshaftanstalt verfügte, in Einzelfällen aber auch noch in den folgenden Jahren, nutzten seine Mitarbeiter das Polizeigefängnis in der Dreyhauptstraße auch für Inhaftierungen. In der Regel vernahmen die Untersuchungsführer des MfS dort

„ihre“ Häftlinge.⁵⁰ Die Zusammenarbeit zwischen dem Volkspolizeikreisamt und dem ihm zugeordneten Polizeigefängnis einerseits und dem MfS andererseits funktionierte aber auch anderweitig. So übernahm das VPKA Halle vom MfS regelmäßig Häftlinge aus dem „Roten Ochsen“. Dokumentiert sind für die Jahre 1950 bis 1953 eine ganze Reihe von Fällen, bei denen das MfS Festnahmen wegen sogenannter Wirtschaftsstraftaten, z.B. wegen „Gefährdung der Wirtschaftsplanung“, „Sabotage“ oder „Schädlingstätigkeit“ vorgenommen hatte, im Laufe des Verfahrens aber feststellte, dass die Inhaftierten keineswegs als „Agenten westlicher Geheimdienste“ tätig gewesen waren. Die Ermittlungen gegen die in die Dreyhauptstraße Überstellten führte nun die Abteilung Kriminalpolizei des VPKA Halle. Gleiches ist für vom MfS eingeleitete Verfahren wegen „antidemokratischer Tätigkeit“, „Antidemokratischer Hetze“, Besitzes von „Westzeitschriften“, illegalen Waffenbesitzes, „Widerstands gegen die Staatsgewalt“ und „illegalen Aufenthalts in der DDR“ überliefert. Im Falle einer Verurteilung drohten Gefängnisstrafen von bis zu drei Jahren bzw. mehrjährige Zuchthausstrafen. Für das Jahr 1952 ist die Überstellung eines früheren Gestapo-Beamten, gegen den nun wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit ermittelt wurde, aus der MfS-Untersuchungsanstalt Halle in die Dreyhauptstraße nachvollziehbar.⁵¹

Im Gegensatz zur landläufigen Wahrnehmung, dass in der DDR vor allem das Ministerium für Staatssicherheit mit der Verfolgung und Inhaftierung von politisch unliebsamen Bürgern befasst war, verantwortete die Volkspolizei einen erheblichen Teil der politisch motivierten Untersuchungsverfahren mit Haft. In den 1950er Jahren gehörten hierzu Verfahren aufgrund von Vorwürfen wie Boykotthetze bzw. ab 1957 staatsfeindliche Hetze, Staatsverleumdung, antidemokratischer Propaganda; des Weiteren Landfriedensbruch und im Zusammenhang mit Reisen in die Westzonen stehende Fälle der illegalen Ein- und Ausfuhr von Zahlungsmitteln und zwangsbewirtschafteten Waren oder der Einfuhr westlicher Literatur und Zeitschriften.⁵²

Die mit der Ermittlung in derartigen Fällen befassten Kommissariate der Kriminalpolizei hatten auf Bezirksebene ebenso wie für das VPKA Halle ihren Sitz in der Dreyhauptstraße 2. Bei unbekanntem Täter ermittelte das Kommissariat 1, bei bekanntem Täter das Kommissariat 2. Beide operierten ähnlich wie das MfS auch mit geheimen Mitteln und führten Netze von Spitzeln, die hier als inoffizielle kriminalpolizeiliche

Mitarbeiter bezeichnet wurden.⁵³ Nach dem Mauerbau erstreckten sich ihre Ermittlungen auch auf das Aufdecken von Vorbereitungshandlungen für geplante Republikfluchten und das Aufklären gescheiterter Republikfluchten, soweit die Festgenommenen aus dem Bezirk Halle stammten. In beiden Konstellationen nutzte die VP das Gefängnis in der Dreyhauptstraße für Zwecke der Untersuchungshaft.

Eine besondere Gruppe unter den aus politischen Gründen Überwachten und Verfolgten waren Zeugen Jehovas, die sich trotz des 1950 erlassenen Verbots ihrer Religionsgemeinschaft weiterhin trafen. Schon allein aufgrund seiner im Vergleich zur Volkspolizei geringeren Haftkapazitäten, aber auch seiner damals noch kleineren Personalausstattung konnte der Staatssicherheitsdienst das Gros derartiger Verfahren nicht selbst führen. Er kooperierte daher bei der Verfolgung von Zeugen Jehovas – wie in Halle selbst noch in den 1980er Jahren – mit der Volkspolizei. Das VPKA agierte gegen Angehörige der Religionsgemeinschaft, soweit diesen Predigtstätigkeit und demnach „rechtswidrige Betätigung“ nachgewiesen werden konnte, auf Weisung des MfS ab 1968 auch mit Ordnungsstrafverfügungen.⁵⁴

Eine besondere Bedeutung kam der Polizei und dem ab 1952 als „Untersuchungshaftanstalt“ (UHA) bezeichneten Gefängnis Dreyhauptstraße bei der Verfolgung von Teilnehmern der Streiks und Demonstrationen vom 17. Juni 1953 zu. Die Volkspolizei stand an diesem Tag in mehrfacher Hinsicht im Fokus. Unmittelbar vor ihrem Dienstgebäude, auf dem an die Dreyhauptstraße angrenzenden Hallmarkt, fand die maßgebliche Demonstration der Aufständischen mit mehr als 40.000 Teilnehmern statt, bei der den Verantwortlichen lediglich die Rolle von Zaungästen blieb.⁵⁵ Der Chef der im Gebäude ansässigen, für den gesamten Bezirk Halle zuständigen Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei gehörte der zur Absicherung des SED-Regimes einberufenen Bezirkseinsatzleitung an. Er hatte von Volkspolizisten auf Demonstranten abgegebene tödliche Schüsse zu verantworten.⁵⁶ Ebenso wie das MfS und die Besatzungsmacht inhaftierte auch die Volkspolizei unzählige Bürger. Entsprechend führte die Kriminalpolizei die Ermittlungen gegen die Festgenommenen, von denen nicht wenige die ersten Tage der Untersuchungshaft in der Dreyhauptstraße 2 verbrachten, bevor sie in die UHA Kleine Steinstraße oder die Haftanstalt des Staatssicherheitsdienstes im „Roten Ochsen“ überführt wurden.⁵⁷

Das Zwangsmittel der Untersuchungshaft in der Dreyhauptstraße erfuhren ebenso unangepasste Jugendliche, schließlich gehörte das Vorgehen gegen „Rowdytum“ zu einem der Haupteinsatzgebiete der Kriminalpolizei im Bereich der politisch motivierten Strafverfolgung.⁵⁸ Ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre kam hier noch die Überwachung von Ausreiseantragstellern hinzu. Sogenannte renitente Antragsteller, die ihr Vorhaben auch nach mehrfacher Ablehnung ihrer Ausreiseanträge weiterverfolgten und sich zum Teil auch organisierten, standen im Fokus dieser Überwachung. Hierbei setzte die Kriminalpolizei schwerpunktmäßig inoffizielle Mitarbeiter ein und griff in nicht wenigen Fällen auch zum Mittel der Inhaftierung.⁵⁹

Gegenwärtig laufen abschließende Bauarbeiten an dem geschichtsträchtigen, das Stadtbild um den Hallmarkt prägenden Gebäudekomplex. Bald werden dort Menschen wohnen und nichts wird mehr an die Ereignisse erinnern, die mit diesen zwischen Marktplatz und Georg-Friedrich-Händel-Halle gelegenen Mauern verbunden sind. Nichts wird mehr daran erinnern, dass dort über Jahrzehnte verhört, gefoltert und gestorben wurde. Der vorliegende Beitrag versucht, dem Vergessen etwas entgegenzusetzen.

Anmerkungen

- 1 Rive, Richard Robert: Beiträge zum Wirken des hallischen Oberbürgermeisters 1906 – 1933, hrsg. vom Stadtarchiv Halle (Saale), Halle (Saale) 2000, S. 31 – 32.
- 2 Vgl. Rupieper, Hermann-J./ Sperk, Alexander (Hrsg.): Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei zur Provinz Sachsen 1933 – 1936, Band 2: Regierungsbezirk Merseburg, Halle 2004.
- 3 Vgl. Bohse, Daniel / Sperk, Alexander: Der ROTE OCHSE Halle (Saale). Politische Justiz | 1933 – 1945 | 1945 – 1989. Bearbeitet von Daniel Bohse und Alexander Sperk. Katalog zu den Dauerausstellungen, Berlin 2008, S. 60.
- 4 Ebenda, S. 61.
- 5 Rupieper / Sperk (Hrsg.): Lageberichte (wie Anm. 2).
- 6 Siehe besonders: Justiz im Nationalsozialismus. Über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes. Sachsen-Anhalt. Katalog zur gleichnamigen Wanderausstellung. Bearbeitet von Michael Viebig und Daniel Bohse, 2., überarbeitete und ergänzte Auflage, Halle 2015, S. 58 – 65 sowie 96 – 154.
- 7 Zahlreiche Dokumente dazu finden sich im Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg (LASA MER),

- C 134, Staatsanwaltschaft bei dem Sondergericht Halle. Der Bestand umfasst mehr als 2.000 Einzelfallakten, deren erster Band – sofern noch vorhanden – jeweils die Unterlagen der polizeilichen Ermittlungsbehörden enthält.
- 8 Dazugehörige Akten befinden sich im LASA MER, C 48le, 1136a.
 - 9 Bundesarchiv (BArch), R 3017, 38596.
 - 10 Sh. dazu besonders den Fall Otto Gomann, LASA MER, C 134 Staatsanwaltschaft bei dem Sondergericht Halle, Nr. 614.
 - 11 LASA MER, Regierung Merseburg, C 48 le, Nr. 1193a.
 - 12 Bohse / Sperk: Der ROTE OCHSE (wie Anm. 3), S. 62.
 - 13 Stadtarchiv Halle (Saale), Bestand Standesamt Halle, Sterberegister 3219/1935.
 - 14 Stadtarchiv Halle (Saale), Bestand Standesamt Halle, Sterberegister 3023/1937.
 - 15 Vgl. Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abt. Magdeburg (LASA MD), Rep. K 14 LBDVP, Nr. 285, Bl. 61.
 - 16 Vgl. BArch, DO1/7, Nr. 283.
 - 17 Vgl. Adressbuch der Landeshauptstadt Halle (Saale), herausgegeben vom Rat der Landeshauptstadt Halle (Saale), 100. Ausgabe, Halle 1950, III. Teil, S. 3.
 - 18 Vgl. BArch, DO1/7, Nr. 158, unpag. Stellenplan Polizeipräsidium Halle, o.D. (1948); ebenda, unpag. Stellenplan Kriminalamt Halle, o.D. (1948).
 - 19 Vgl. ebenda, DO1/10, Nr. 467. Für Sachsen-Anhalt vgl. Bohse, Daniel: Schrittweiser Übergang. Politische U-Haft in Sachsen-Anhalt zwischen 1945 und 1952, in: Zeitschrift des Forschungsverbandes SED-Staat, Ausg. 33/2013 – Schwerpunkt: Haftwesen, S. 23 – 35, hier S. 27f.
 - 20 Für die ersten Nachkriegsjahre liegen unzählige Presseberichte über vor dem Amtsgericht und dem Landgericht Halle geführte Strafverfahren aus dem Organ der KPD „Volkszeitung“ bzw. ab 1946 aus der SED-Tageszeitung „Freiheit“ vor, die Auskunft über die den Inhaftierungen und Anklagen zugrunde liegenden Tatvorwürfe geben: Verstöße gegen Verbrauchsregeln, Schwarzhandel, Schwarzschlachten, Kindstötung, Denunziation in der NS-Zeit, Felddiebstahl, Kohlendiebstahl. Die genannten Tageszeitungen sind im Stadtarchiv Halle überliefert.
 - 21 BArch, DO1/7, Nr. 282, unpag. Deutsche Justizverwaltung, Dr. Werner Gentz, o.D. Besichtigungsfahrt der Abteilung IV A nach Halle am 26. und 27. März 1946, hier S. 2.
 - 22 Exemplarisch im Fall eines Beamten der Staatsanwaltschaft Halle. Vgl. LASA MD, Rep. K 4 MJ, Nr. 698, unpag. Vermerk Staatsanwaltschaft Halle (Saale), 19.9.1945.
 - 23 Vgl. Bohse, Daniel: Personeller Neuanfang, politische Instrumentalisierung und Elitenkontinuität – Entnazifizierung in Halle 1945/46, in: Freitag, Werner / Minner, Katrin (Hrsg.): Geschichte der Stadt Halle, Bd. 2. Halle im 19. und 20. Jahrhundert, Halle 2006, S. 327 – 342, hier S. 332.

- 24 Vgl. ebenda. Ders.: Die Haftanstalt „Roter Ochse“ im Gefüge der sowjetischen Repressionsorgane in Halle 1945–1952, in: LStU Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Halle-Forum 2012. Von den Sowjets zur Stasi. Die Haftanstalt „Roter Ochse“ am Beginn der 50er Jahre (= Schriftenreihe, Bd. 68), Magdeburg 2013, S. 18–36, hier S. 21. Zu den Stadtbezirkskommandanturen und Polizeirevieren vgl. Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF) 7133/1/4, unpag. Anhang: Karte zur administrativen Gliederung und zur Lage der Militärkommandanturen im Land Sachsen-Anhalt, 1948; desw. ebenda, 7133/1/116, Bl. 13f.
- 25 Russisches Staatliches Militärarchiv (RGWA), 32925/1/120, Bl. 128, 131.
- 26 Aus dem Lager Torgau gelangte Winter im Dezember 1946 ins Speziallager Buchenwald. Von dort wurde er im Februar 1950 in die Freiheit entlassen. Vgl. Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale), Personenarchiv; DIZ Torgau, Sammlung GARF 9409/1/16, Bl. 173.
- 27 Bohse: Personeller Neuanfang (wie Anm. 23), hier S. 332; Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale), Personenarchiv; LASA MER, KPD-Landesleitung der Provinz Sachsen, I/2/11, Nr. 16, Bl. 36.
- 28 Bohse: Die Haftanstalt „Roter Ochse“ (wie Anm. 24), S. 21.
- 29 Bohse, Daniel: (Volks)Polizeipräsidium Magdeburg 1945–1952, in: Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Vom Königlichen Polizeipräsidium zur Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei. Die Magdeburger Polizei im Gebäude Halberstädter Straße 2 zwischen 1913 und 1989, S. 93–134, hier S. 116; LASA MD, Rep. K 14 LBDVP, Nr. 306, Bl. 10, 12.
- 30 Vgl. Bohse: (Volks)Polizeipräsidium Magdeburg (wie Anm. 29), S. 124; LASA MD, Rep. K 14 LBDVP, Nr. 309, Bl. 105.
- 31 Hierzu vgl. GARF 7133/1/247, Bl. 154ff.
- 32 Vgl. ebenda, Bl. 157f.; LASA MD, Rep. K 19 Staatsanwaltschaft Magdeburg, Nr. 122, Bl. 79.
- 33 Vgl. Universitätsarchiv Halle (UAH), Rep. 4, Nr. 1585.
- 34 Vgl. ebenda; Ausführlicher zu den Inhaftierungen hallischer Studenten durch Polizei und MGB vgl. Bohse, Daniel: Vom „akademischen Workuta“ zur Kadenschmiede. Die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zwischen Neuaufbau und Gleichschaltung (1945–1950), in: Blecher, Jens / Wiemers, Gerald (Hrsg.): Studentischer Widerstand an den mitteldeutschen Universitäten 1945–1955, Leipzig 2005, S. 58–78, hier S. 67–78; Gerstengarbe, Sybille / Henning, Horst: Opposition, Widerstand und Verfolgung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1945–1961. Eine Dokumentation, Leipzig 2009.
- 35 Vgl. Der ROTE OCHSE Halle (Saale). (wie Anm. 3), S. 325; BArch, D01, Kartei SMT- und Waldheim-verurteilte.
- 36 Vgl. BArch, Stasiunterlagenarchiv, MFS, BV Hle, Allg.P Nr. 313/56; ebenda, Abt. XII, RF 511.

- 37 Kontrollratsdirektive Nr. 38 vom 12. Oktober 1946, veröffentlicht in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, S. 84.
- 38 Allgemein zum K5 vgl. Giesecke, Jens: Das Ministerium für Staatssicherheit (1950–1990), in: Diedrich, Torsten / Ehler, Hans / Wenzke, Rüdiger: Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, Berlin 1998, S. 371–422, hier S. 273ff.; Lindenberger, Thomas: Volkspolizei. Herrschaftspraxis und öffentliche Ordnung im SED-Staat 1952–1968, Köln u.a. 2003, S. 42ff.
- 39 Vgl. GARF 7133/1/4, Bl. 7; BArch, DO1/7, Nr. 432, Nr. 445.
- 40 Vgl. LASA MD, Rep. K 14 LBDVP, Nr. 153, Bl. 37ff.
- 41 Vgl. BArch, DP 1, VA Nr. 819, Bl. 1f.
- 42 Statistisch ausgewertet werden konnten für Sachsen-Anhalt bisher die Vorgangstagebücher des K5 beim Kriminalamt Magdeburg und der an dieses angebundenen Kriminalpolizei Außenstellen für die Jahre 1947–1952. Hierzu vgl. Bohse, (Volks)Polizeipräsidium Magdeburg, S. 122f., ders.: Die Polizei im Kreis Gardelegen und ihre Einbindung in politisch motivierte Strafverfahren, in: Ahrberg, Edda / Bohse, Daniel / Haarseim, Torsten / Richter, Jürgen: Ausgeliefert. Haft und Verfolgung im Kreis Gardelegen zwischen 1945 und 1961 (= Schriftenreihe der Landesbeauftragten, Bd. 2), Halle 2014, S. 185–220, hier S. 189–218.
- 43 Vgl. die Jahrgänge 1947–1949 der „Freiheit“, Ausgabe Halle, im Stadtarchiv Halle; exemplarisch: Freiheit, Nr. 248/1947, S. 1, Becher wurde zum Tode verurteilt; ebenda, Nr. 81/1948, S. 4, Denunzianten auf der Anklagebank; ebenda, Nr. 91/1948, S. 4, Ein Prügelheld von der Leuna-Kippe; ebenda, Nr. 205/1948, S. 1, Zuchthaus für einen Naziverbrecher; ebenda, Nr. 245/1948, S. 4, Der Weg zur Gestapo kostet zweieinhalb Jahre; ebenda, Nr. 302/1949, S. 3, Das ganze Strafgefangenenlager ausgerottet; desw. vgl. BArch, DO1/7, Nr. 440, exemplarisch Bl. 149f. Kriminalamt Halle, Bericht über Verfahren gemäß SMAD-Befehl 201 am Landgericht Halle, 23.7.1948.
- 44 UAH, Rep. 4, Nr. 1563, S. 57.
- 45 Vgl. ebenda, Bl. 52–58; ausführlich hierzu Bohse, vom „akademischen Workuta“ (wie Anm. 34), S. 71–73.
- 46 Vgl. Der ROTE OCHSE Halle (Saale). (wie Anm. 3), S. 318f.
- 47 Vgl. Bohse, Schrittweiser Übergang (wie Anm. 19), S. 24f.
- 48 Vgl. BArch, DO1/10, Nr. 467, Bl. 2.
- 49 Hierzu vgl. Michael Viebig: Das Zuchthaus Halle (Saale) als Richtstätte der nationalsozialistischen Justiz (1942–1945) (= Gedenkstätten und Gedenkstättenarbeit im Land Sachsen-Anhalt, Bd. 5), hrsg. vom Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt, Halle 1998, S. 41f.
- 50 Vgl. BArch, STUA, MfS, BV Hle, Abt. XIV, Nr. 1235.

- 51 Vgl. ebenda; BArch, STUA, MfS, BV Hle, Abt. IX, Nr. 7118, Bd. 1–4.
- 52 Allg. vgl. Lindenberger, Volkspolizei (wie Anm. 38), S. 70ff.; ausführlicher am Beispiel von Magdeburg vgl. Bohse, Daniel: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg 1952–1990, in: Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt, Vom Königlichen Polizeipräsidium (wie Anm. 29), S. 135–196, hier S. 140–143, 158–172.
- 53 Zur K 1 vgl. Köhler, Georg: Zur Tätigkeit der K I. Ein soziologischer Rekonstruktionsversuch zur Rolle und Stellung der Arbeitsrichtung I der Kriminalpolizei der DDR (Otto von Guericke-Universität Magdeburg, Institut für Soziologie: Arbeitsbericht Nr. 6); Magdeburg 2001, S. 35ff., 41.
- 54 Vgl. Gursky, André: Bespitzelung, Inhaftierung, Zersetzung: Interview mit dem Zeitzeugen Helmut Schmidt 70 Jahre nach dem Verbot der Zeugen Jehovas in der DDR, in: *Erinnern! Aufgabe, Chance, Herausforderung*, hrsg. von der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Nr. 2-2020, S. 85–99, hier S. 92, 94; allg. vgl. Dirksen, Hans-Hermann: „Keine Gnade den Feinden unserer Republik“ Die Verfolgung der Zeugen Jehovas in der SBZ/DDR 1945–1990, Berlin 2001, S. 787–806.
- 55 Hans-Peter Löhn: Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille! Der Volksaufstand am 17. uni 1953 in Halle an der Saale, Bremen 2003, S. 148ff.
- 56 Ebenda, S. 158ff.
- 57 Ebenda, S. 163f., 184f.
- 58 Hierzu vgl. Janssen, Wiebke: Halbstarke in der DDR. Verfolgung und Kriminalisierung einer Jugendkultur, Berlin 2010; speziell zu Halle dies.: Halbstark in Halle: Cliques, Meuten, Kannen der 50er Jahre, Halle 2009.
- 59 Die vorstehenden Ausführungen basieren auf der durchaus auch für Halle repräsentativen Untersuchung zur Volkspolizei in Magdeburg. (Bohse: Bezirksbehörde (wie Anm. 29), S. 135–196).



Marko Martin während seiner Rede auf der Gedenkveranstaltung zum 35. Jahrestag des Mauerfalls im Schloss Bellevue, Berlin am 7. November 2024

Von fortgesetzten deutschen Lebenslügen und Verdrängungen – in Ost und West

Marko Martin

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, meine Damen und Herren – vor allem aber hoch verehrte polnische Gäste, darunter auch Protagonisten der Solidarnosc-Revolution und der Mit-Initiator des Streiks auf der Danziger Werft: Ohne Ihren Mut hätte es überhaupt kein „1989“ gegeben. Da Sie bei dem heute anschließenden, ausschließlich deutschen Panel anscheinend nicht dazu geladen sind, deshalb von hier aus ein ganz herzliches Danke, Dziękuję bardzo! 35 Jahre friedliche Revolution, und als eine der Erinnerungs-Assoziationen jener treffende Satz von Wolf Biermann bei seiner Rückkehr nach der Ausbürgerung, auf dem Leipziger Konzert im Dezember 1989: „Ach, wenige nur waren wir – und viele sind übriggeblieben.“

Millionen von DDR-Bürgern waren jedenfalls damals nicht auf der Straße gewesen, sondern hatten quasi hinter den Wohnzimmeregardinen abgewartet – was im Übrigen kein Werturteil ist, sondern lediglich ein quasi nachgetragener Fakten-Check, der so manch fortwirkende Mentalitäten erklärt.

Wenn es heute – und wichtiger denn je – eine ostdeutsche Zivilgesellschaft gibt, dann aber vor allem dank der ungeheuer mutigen Demonstranten vom Herbst 1989, ihrer Kinder und inzwischen oft sogar Enkel in den großen und mittleren Städten Ostdeutschlands. (Von der fortgesetzten Einsamkeit und Isolation dieser emanzipatorischen „89er“ und ihrer Erben in den zahllosen kleineren Orten, mitunter auch im Bekannten- und Familienkreis, wäre indessen ebenfalls zu sprechen und zu schreiben.) Vielleicht werden sich jetzt manche fragen, ob ausgerechnet zum 35. Jahrestag einer friedlichen und erfolgreichen Revolution ein solcher Tenor angemessen sei. Gegenfrage: Wäre es etwa „angemessen“, die Tatsache zu beschweigen, dass bei den letzten Landtagswahlen in ostdeutschen Ländern zwei illiberale Parteien Erdrutschsiege einfahren konnten, die eine rechtsextrem und beide offen Putin-affin und infamste Kreml-Propaganda verbreitend, was jedoch zumindest im Fall der autoritären Wagenknecht-Sekte die beiden großen demokratischen Parteien bei ihren diversen Verhandlungen nicht sonderlich zu stören scheint? „Angemessen“, sich einem Nachdenken über die Wurzeln von all dem zu verweigern, obwohl „1989“ doch ganz offensichtlich nicht in jedem Fall jene befreiende Zäsur war, wie es gesundbeterisch so lange behauptet wurde?

Und Nein, solch ein Sondieren ist keine selbstreferentielle Diskurskritik, sondern führt mitten hinein in die Gegenwart. Weshalb ist wohl, sowohl nach repräsentativen Umfragen wie auch nach der Stimmung auf der Straße, in den Büros und Betrieben und an den abendlichen Küchentischen, die überlebensnotwendige Unterstützung der mörderisch angegriffenen Ukraine im Osten signifikant weit weniger populär als im Westteil des Landes?

Was dort immer wieder zu hören ist, jenseits einer abstrakten und oft nur vorgeschobenen Sorge um den „Frieden“: „Der Putin, der Putin, immer nur der Putin – und was ist mit uns?“ Aus dieser absurd verengten Perspektive heraus scheint selbst der Angriffskrieg auf die Ukraine zuvörderst ein erneuter westlicher Vorwand, um sich nicht um die Belange Ostdeutscher zu kümmern. Wie schon bereits zuvor auch die Debatte

um den Klimawandel, die Flüchtlingskrise von 2015, der alte und der neue Antisemitismus oder Anfang der neunziger Jahre die Kriege im ehemaligen Jugoslawien von vielen lediglich als Zumutung erfahren wurden – wohlgerne vor allem für sie selbst – und als narzisstische Kränkung, die sich dann quengeld zu artikulieren versuchte: „Und wir, wer kümmert sich denn um uns?“

Bereits im Jahr 1970 hatte der Schriftsteller Uwe Johnson, der 1959 aus der DDR geflohen war, diese Mentalität beschrieben: „So reden Kinder von ihren Eltern. So reden Erwachsene von jemand, der einst an ihnen Vaterstelle vertrat.“ Doch böte die ehrliche Anerkennung solch fortdauernder Defekte und „Nach-oben-Delegierungen“ die Chance für ein wirkliches Freiwerden, für das frohgemute Entdecken eigener Handlungsmöglichkeiten. Und – ja, auch das – für jene tätige Solidarität, wie sie übrigens auch gar nicht so wenige Ostdeutsche jeglichen Alters bereits üben, nicht zufällig häufig mit dem Verweis auf „89“. Da sich ja heute in der Ukraine entscheidet, ob damals mit jenem „89“ wirklich eine, wie das Modewort heißt, nachhaltige Freiheitsgeschichte begann, oder ob es sich lediglich um eine Art weltgeschichtliche Atempause handelte. Und doch scheint, als fehle es allzu vielen sowohl in Ost- wie in Westdeutschland an der Einsicht und am Willen, diese Tatsache anzuerkennen – und entsprechend zu handeln. Aber war es denn vorher anders gewesen – in den achtziger Jahren und mit Blick auf Polen, wo tatsächlich nahezu die gesamte Bevölkerung mit ungeheurem Mut aufgestanden war gegen die Diktatur?

Denn so inspirierend der polnische Widerstand auch für die DDR-Bürgerrechtler gewesen war – in weiten Teilen der Bevölkerung war ganz anderes zu vernehmen. Weshalb, so damals die keineswegs nur halblaute Rede, gingen „die Polacken“ nicht einfach arbeiten anstatt zu streiken und dauernd Freiheit zu fordern und „uns“ zu nerven? In den staatlichen Medien klang's nur ein wenig verklausulierter.

Seit längerer Zeit muss ich immer wieder daran denken, an diese ganz frühe Erfahrung verweigerter Solidarität. Wiederholt sie sich heute nicht in jenen eiskalten Forderungen, mit denen die überfallene Ukraine gedrängt wird, endlich ihren Widerstand einzustellen und sich den russischen Besatzern kampflos auszuliefern – obwohl doch 1989 in Ostdeutschland die Diktatur schließlich implodiert war und der Rahmen nun ein gänzlich anderer ist? Doch weshalb plötzlich auch diese Inflationierung des Friedens-Begriffs, obwohl die übergroße Mehrheit der in der DDR aufgewachsenen Jugendlichen und Männer einst den Kriegsdienst ebenso wenig verweigert hatte, wie

zuvor die Teilnahme am Wehrkundeunterricht in der Schule, die vormilitärische Lager-Ausbildung in der Lehrzeit und späterhin die Übungen der sogenannten Betriebskampfguppen? Wirkt hier womöglich noch immer jene Regime-Propaganda nach, die „Frieden“ nur dann gewährleistet sah, wenn es den Machtinteressen des Kremls diene, während das Verteidigungsbündnis der Nato als „imperialistischer Kriegstreiber“ verleumdet wurde?

Fehl jedoch ginge, wer das als „typisch Ost“ missverstehen und damit auslagern würde. Denn es war und ist eine gleichsam doppeldeutsche Geschichte, und was auch im Westen an Widersinn erzählt wurde (und wird), spiegelte seit je her in den Osten zurück. So bezeichnete etwa im Jahr 1982 Egon Bahr in der Zeitschrift „Vorwärts“ Solidarność gar als „Gefahr für den Weltfrieden“. Eine wahnwitzige Infamie, welcher der Dichter Peter Rühmkorf, bis heute weithin verehrt als subversiver Feingeist, auf diese Weise sekundierte – in der schroffen Diktion der Nazi-Vätergeneration: „Mehr als Arbeit und Disziplin verschreiben kann der polnischen Nation ohnehin kein Mensch auf der Welt – doch wer bringt neben der nötigen Courage auch noch den Mut auf, sie tatsächlich zu verordnen?“

Aber was hat dies mit dem 35. Jubiläum der friedlichen Revolution in der DDR zu tun? Gewiss mehr als uns lieb sein kann. Denn jener pervertierte Friedens-Begriff, der gänzlich ohne die Frage nach Dauer, Stabilität und Gerechtigkeit auskommt, saust ja inzwischen wie ein Weberschiffchen zwischen Ost und West hin und her. Und Hand auf's laue Herz: Ist tatsächlich im kollektiven Gedächtnis anerkannt, dass der erste Stein aus der Berliner Mauer einst auf der Lenin-Werft in Danzig geschlagen wurde? Anerkannt, dass sich die viel gelobte Entspannungspolitik auf steigende Verteidigungsausgaben im westdeutschen BIP stützen konnte – und natürlich auf den Schutzschirm der Nato und auf eine amerikanische Politik, die der Sowjetunion eindrücklich die Grenzen ihrer Expansionsmacht aufzeigte? Ich glaube, es sagt eine Menge über hiesige Geschichtsvergessenheit – abermals in Ost und West – all dies geflissentlich zu verdrängen und stattdessen weiterhin vor allem in nostalgischer Erinnerung an den „guten Zaren Gorbi“ zu schwelgen, unter dem der Kreml damals nicht Panzer auffahren und nicht auf Zivilisten schießen ließ. (Das heißt, am „Blutsonntag von Vilnius“ vom 13. Januar 1991 tat er es dann doch – zu einer Zeit, als die Wiedervereinigung längst reibungslos vonstatten gegangen war und die nunmehr Gesamtdeutschen ihrem Lieblingshobby frönen konnten –

sich lediglich mit sich selbst zu beschäftigen, vorzugsweise grummelnd, über was auch immer.)

„Für unsere und eure Freiheit“ hieß seit dem 19. Jahrhundert der polnische Aufruf und er wurde von den Bürgerrechtlern in der DDR verstanden und natürlich vor allem von den Menschen in Osteuropa 1989 und auch später, 2004 und 2013/14 bei den demokratischen Revolutionen in Kyjiw, mit den Europa-Fahnen in den Händen der Demonstranten. Währenddessen scheint es, dass die als Geo- und Realpolitik kaschierte Verachtung, die einst aus den Worten Egon Bahrs sprach, noch heute fortwirkt. Schon wird Gerhard Schröder, nach wie vor reuelos großsprecherischer Duzfreund des Massenmörders im Kreml, vom neuen Generalsekretär der Kanzlerpartei garantiert, dass selbst für ihn weiterhin Platz sei in der deutschen Sozialdemokratie. Dies übrigens zum gleichen Entsetzen der Osteuropäer und gestandener Sozialdemokraten, mit dem sie 2016 aus dem Mund des damaligen Außenministers hören mussten, die Nato-Manöver an der Ostflanke, um die dortigen Demokratien zu schützen, seien „Säbelrasseln und Kriegsgeheul“. Säbelrasseln und Kriegsgeheul? Sehr geehrter Herr Bundespräsident und bei allem Respekt: Auch das Nord-Stream-Projekt, an dem SPD und CDU so elend lange gegen alle fundierte Kritik festhielten, war nur insofern „eine Brücke“ – Ihre Worte noch vom Frühjahr 2022 –, als dass es Putin in seinen Aggressionen zusätzlich ermutigte und zwar in seinem Kalkül, dass die Deutschen, ansonsten Weltmeister im Moralisieren, das lukrative Geschäft schon nicht sausen lassen würden, Ukraine hin oder her. Und wiederum war mit beträchtlicher Arroganz überhört worden, wie hellsichtig in Osteuropa gewarnt wurde. Und es ist auch das bedrohte Osteuropa, das die Folgen zu tragen hat – in der nächsten Zeit überdies womöglich sogar ohne amerikanischen Beistand.

Und Nein, jene Militär- und Osteuropawissenschaftler und die oftmals in ihren eigenen Parteien so sträflich isolierten Politiker in Deutschland, die sich Tag für Tag Gedanken darüber machen, wie das überfallene Land angemessener als bisher unterstützt werden kann – diese engagierten Männer und Frauen verdienen es nicht, als „Kaliber-Experten“ denunziert zu werden, suggerierend, es handle sich bei ihnen um „ausgelassene“ schießwütige Querulanten. Nennen wir es ruhig beim Namen: Das alles sind mehr als verbale Ausrutscher, die dann pflichtschuldig zurückgenommen werden. Da ja hier, von quasi höchster Stelle, fatale Denkmuster sichtbar werden und Behauptungen aufgestellt werden, die danach sogleich in die Öffentlichkeit diffundie-

ren und dort zusätzlich Konfusion erzeugen. Gerade in Zeiten verstärkter Krisen aber ist vor allem gedankliche Klarheit ein hoher Wert.

Wenn – erlauben Sie mir zum Abschluss diese Überlegung – gerade jetzt, 35 Jahre nach dem Mauerfall, häufig und oft zu Recht von diesem oder jenem „Defizit Ost“ die Rede ist – wie wäre es dann gleichzeitig mit einer Debatte zu jenem Erkenntnis-, Handlungs- und Ehrlichkeitsdefizit West, das es doch ebenso einzugestehen und zu überwinden gelte? Und zwar nicht als rein rhetorische Bußübung, sondern als notwendiger Abschied von gesamtdeutschen Lebenslügen und Verdrängungen, denn diese kosten anderswo, ganz konkret und fürchterlich, Menschenleben.

In dem eingangs erwähnten 1989er Leipziger Konzert von Wolf Biermann sprach auch der Schriftsteller Jürgen Fuchs, der nach Stasihaft und Ausbürgerung nun ebenfalls zum ersten Mal wieder in den Osten kommen konnte. Und zitierte dabei die Worte eines russischen Dissidenten, die noch heute ungebrochen aktuell sind: „Die Wahrheit ist milde; sie ist radikal, aber auch fähig zum Verzeihen. Gerechtigkeit und Verzeihen sind allerdings nicht möglich vor und außerhalb der Wahrheit.“

Meine Damen und Herren, obwohl vielleicht einige von Ihnen eine etwas andere Rede erhofft oder erwartet hätten – ich danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben.



Josephine von Blueten Staub trägt ihren Text im Rahmen der Festveranstaltung zum 9. November 2024 im Kulturhaus des ehemaligen Grenzorts Harbke vor.

35 Jahre danach. Oder: Es war nicht alles schlecht und gut ist es noch immer nicht

Josephine von Blueten Staub

*Auferstanden aus Ruinen / Und der Zukunft zugewandt
Lass uns dir zum Guten dienen / Deutschland, einig Vaterland.*

Das ist das letzte Mal, dass ich Oma klar erlebe. Omas Gesicht hellt auf, als ich anfangen, am Krankenhausbett zu singen. Plötzlich erwacht sie aus ihrer Starre, meine Stimme holt sie zurück. Dieses Lied kennt sie, plötzlich ist sie ganz da und die Demenz wie weggeblasen.

Es war nicht alles schlecht in der DDR, sagt meine Mutter. Dabei entschuldigt dieser Satz die Dinge, die wirklich schlecht waren, nicht. Davon haben wir ja nichts mitbe-

kommen, sagt Mutter. Ich hatte eine glückliche Kindheit, sagt sie. Sorglos und behütet sei sie aufgewachsen, in einem Dorf im Norden von Sachsen-Anhalt. Von staatlichen Repressionen habe sie nichts mitbekommen. Kritische Meinungsäußerung über den Staatsapparat gab es einfach nicht, wurde unterbunden, im Keim erstickt. Man redete nicht über Politik, auch nicht im engsten Familienkreis. Westfernsehen wurde heimlich geschaut, bei der Oma im Nachbarhaus, die Eltern durften nichts wissen.

Rebelliges Verhalten ahndete ihr Vater mit drakonischen Strafen. Streng soll er gewesen sein, mein lieber Opa. Als sie sich als Teenager einmal weigerte, bei einer Parade Honecker zu winken, bekam sie drei Monate Hausarrest. Opa kannte keine Gnade. Sie müsse doch ein Vorbild sein. Sie gefährde den Beruf ihrer Eltern und das Ansehen ihrer Familie. Welche Konsequenzen sowas haben kann, sagte er und indem er diese unbestimmt ließ, schwebten sie als nicht zu packendes Grauen im Raum.

Von Momenten der Nähe, Gesten der Zärtlichkeit hat mir Mutter nie erzählt und ich konnte sie auch nie beobachten. Wenn wir die Großeltern besuchten, blieben die einzigen Berührungen zwischen Mutter und ihnen die Umarmungen zur Begrüßung und zum Abschied, in der beide Parteien wie Eisklötze erstarrten.

Offenen Austausch gab es in der Familie nicht. Ratschläge zu Herzensangelegenheiten wurden nicht erteilt, da hielt man sich besser raus. Emotionale Sorgen wurden abgetan, das hatte man gefälligst mit sich selbst auszumachen. Wer sich einmischte, macht sich schuldig, lautete Opas Devise. Wenn Probleme zur Sprache kamen, dann allenfalls berufliche. Das ist bis heute so geblieben. Natürlich dachte sich jeder seinen Teil, aber die eigene Meinung wurde konsequent zurückgehalten, dem Unmut höchstens in Form eines herablassenden Kommentars an einem Grillabend nach zu viel Schnaps Luft gemacht.

Liebe war immer an Bedingungen geknüpft. Erst, wenn du etwas leistest, wenn du erfolgreich bist, was nichts anderes heißt als Geld zu verdienen, dann wirst du respektiert. Dann bist du liebenswert. Erwartet wird, später wohlhabender als die Elterngeneration zu sein. Wachsender Wohlstand. Leben, um zu arbeiten, mit eiserner Disziplin. Niemand fragt nach Glück und Zufriedenheit.

Die Werte, die in meiner ostdeutschen Familie hochgehalten und lobpreist werden: Bescheidenheit, Höflichkeit, Ehrgeiz, Ordnung, Pünktlichkeit, Gehorsam; und immer schwingt ein trotziger Stolz mit, der unerklärliche Stolz der Arbeiterklasse, der keiner von ihnen so wirklich angehört hat, verwurzelt in einem System, das es nicht mehr gibt. Die Enttäuschung, die auf die Wende folgte, machte meine Großeltern verdrossen.

Der kleine Mann badet die Fehler von denen da oben aus. Uns verarschen sie nach Strich und Faden. Pass bloß auf, dass sie dich nicht über den Tisch ziehen, wie sie es bei uns gemacht.

Die Wende war für meine Familie keine Wiedervereinigung. Bei einer Vereinigung übernimmt man entweder von beiden Seiten etwas oder macht es komplett neu. Was sie mit uns gemacht haben, das war feindliche Übernahme, sagt Opa. Damals waren die Bildungschancen besser. Ja, denke ich, wenn du in der Partei warst bestimmt, aber ich verkneife mir den Kommentar, denn Chancengerechtigkeit gibt es heute noch immer nicht.

Sein beruflicher Werdegang begann als Metallbauer, er trat in die Fußstapfen seines Vaters. Gemeinsam führen sie auf Montage, bis Oma in sein Leben trat. Mit siebzehn zog sie in sein Heimatdorf, um an der Grundschule Deutsch und Heimatkunde zu unterrichten. Einen Mann, der nur am Wochenende nach Hause kam, wollte sie nicht. Von ihr angespornt, holte er in einer Abendschule das Studium nach, Ingenieurswesen und angewandte Physik, wie praktisch, dass das neue Regime Lehrer brauchte, so empfing man ihn mit offenen Armen und er wurde Mathe- und Physiklehrer, sowas wäre heute nicht mehr so einfach möglich, sagt Opa. Vermutlich hat er Recht.

Später verantwortete er als Schulleiter ein Heim für Schwererziehbare. Wie er einmal von seiner Schulleitertätigkeit berichtete, stolz, weil er den Willen dieser Kinder gebrochen hatte. In die Kategorie der Schwererziehbaren fielen aufmüpfige Kinder genauso wie die von Ehebrechern oder alkoholkranken Eltern. Kinder, die nicht nach sozialistischem Ideal erzogen wurden, Schulschwänzer, Langfinger, psychisch Erkrankte. Der Bunker im Spezialheim, ein Gefängnis im Gefängnis, die Strafe für Regelbrecher und

solche, die aufmucken: Dunkelheit, Enge und soziale Isolation, ausschließlich Kontakt zu den Wärtern, die zwei Mal täglich Essen bringen.

Noch heute stehen fünfzigjährige Familienväter stramm in ihren Vorgärten, wenn sie Opas Auto heranziehen sehen. Opa rühmt sich mit dem Respekt, den sie ihm zollen. Als Kind empfand ich so etwas wie Stolz, wenn ich mitfuhr und sah, wie fremde Personen ganz aus dem Häuschen waren, wenn sie ihn sahen, wie sie eifrig grüßten, verrückt winkten. Heute denke ich, dass sie von Angst getrieben sind, dass der Anblick meines Großvaters das tiefverwurzelte Trauma in ihnen wachruft.

Das Regime, in dem Mutter groß geworden war, hatte die Gleichstellung der Geschlechter propagiert. Frauen galten als emanzipiert, weil sie, genau wie die Männer, arbeiten gingen. Es gab die werktätige Bevölkerung. Arbeitenden Frauen wurde ein bezahlter, arbeitsfreier Tag im Monat für den Haushalt zugestanden. Aber in unserer Familie packten alle mit an, der Haushalt wurde gemeinsam erledigt, wenngleich meine Oma im Haus den Löwenanteil stemmte – es gab ja noch den Garten, um den sich vornehmlich mein Opa kümmerte. Gekocht wurde gemeinsam, wobei Oma für die Beilagen, Opa für Soße und Fleisch verantwortlich war.

Mutter sagt: Damals wurden die Frauen gleichberechtigter behandelt als heute. Da gab es sowas wie Hausfrauen nicht, sowas gab es nur im Westen. In der DDR waren Frauen wie Männer berufstätig. Alle hatten Arbeit. Ein ganz anderes Gemeinschaftsgefühl war das. Im Westen hingegen, so erzählte man, waren konservative Rollenbilder vorherrschend: Männer versorgen und bestimmen. Frauen gehören an den Herd. Frauen bleiben der Kinder wegen zuhause. Frauen heiraten und verwandeln sich in Hausfrauen und Mütter. Aus ihrer Sicht dumme Schafe, die sich vom Geld ihres Mannes abhängig machten, ihre Freiheit gegen häusliche Bequemlichkeit eintauschten. Im Umkehrschluss bedeutete das: die Freiheit liegt in der Arbeit. (Arbeit macht frei, denke ich und es schüttelt mich: Ob das ein Zufall ist.)

In der DDR gab es keine Diskussionen, wie sich die Mutterrolle mit dem Job in Einklang bringen lasse. Nicht arbeiten war keine Option. Ein Teilzeitmodell existierte nicht. Der Staat kümmerte sich um Kinderbetreuung, bemühte sich um einen flächende-

ckenden Ausbau von Kinderkrippen, die an Werktagen von sechs bis achtzehn Uhr geöffnet waren und bereits wenige Wochen alte Geschöpfe aufnahmen. In Städten gab es sogar Wocheneinrichtungen, in denen Mütter ihre Säuglinge abgeben und am Wochenende wieder zu sich holen konnten.

Auf ihrem Dorf hofften sie vergebens auf eine Krippe. Der Kindergarten nahm erst Kinder ab dem dritten Lebensjahr auf. Als die Töchter noch klein waren, kamen sie deshalb in die Obhut einer Witwe aus der Nachbarschaft, die sich damit die Rente aufbesserte. (Die Oma mit dem Fernseher!) Die Russen, die Besatzer, die Männer, eine drohende Gefahr, vor denen die Witwe, die Mutter, die Lehrerinnen warnten. Grenzüberschreitungen, die nichts mit Staatsgebieten zu tun haben. Ein Aufwachsen mit der Verantwortung, sich so zu kleiden, dass niemand das als Aufforderung verstehen kann.

So wie du rumläufst, selber schuld, wenn dir etwas zustößt. Du musst auf der Hut sein.

Eine Frau zu sein, bedeutet, du musst stärker sein als alle anderen.

Mehr leisten, mehr wissen und mehr können als deine männlichen Artgenossen.

Ich glaube, dahingehend hat sich nicht so viel verändert. Heute weiß man jedoch, dass eine frühe Trennung von der Mutter beziehungsweise dem Elternteil zu Bindungsstörungen führen kann. Aber heute muss man als Frau und frisch gebackene Mutter um seine Karriere fürchten, da die Betreuungsmodelle und die staatliche Unterstützung immer noch verbesserungswürdig sind. Ich muss mich jetzt schon um einen Kitaplatz kümmern, dabei ist das Kind in meinem Bauch gerade mal so groß wie eine Mango. Sechs Wochen nach der Entbindung arbeiten gehen, wie es meine Mutter getan hat, das will ich nicht, aber Angst vor finanziellen Einbußen und dem sozialen Abstieg, das habe ich schon. Allein die Mieten in einer Stadt wie Leipzig, da würde Oma vor Schreck aus dem Krankenhausbett fallen.

Als ich auf die Welt kam, gab es den Arbeiter- und Bauernstaat nicht mehr.

Ich bin vier Jahre nach der Wende geboren. Ich bin kein Kind der DDR.

Ich bin nicht aus Ruinen auferstanden, und doch scheint deutsche Einheit weit entfernt.

Ich bin stolz auf meine ostdeutsche Herkunft und trotzdem macht es mich unfassbar traurig, dass jetzt, fünfunddreißig Jahre nach der Wiedervereinigung, das Land noch immer gespalten ist.

Die Mauer verläuft durch die Köpfe der Menschen, es sind Meinungen und Ungleichheiten, die Familien entzweien. Laut aktuellem ZDF-Politbarometer nehmen die wahrgenommenen Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland weiter zu, 52% sagen, dass die Unterschiede überwiegen. Fragt man Ostdeutsche, sind es sogar 58%. Und ich kann es zu gewissem Grad verstehen, wenn ich an meinen Opa denke, der sagt, es war keine Wiedervereinigung, denn niemand hat den Menschen aus dem Osten damals zugehört, das alte System wurde für tot erklärt und ein fremdes übergestülpt.

Aber wie will man aus den Fehlern der Vergangenheit lernen, wenn man die Vergangenheit verdrängt und ihr nicht zuhört?

Und, Oma, weißt du noch, wie es weitergeht? Oma schaut kurz in die Leere, dann strahlt sie, und nickt: Alte Not gilt es zu zwingen, Und wir zwingen sie vereint, Denn es muss uns doch gelingen, Dass die Sonne schön wie nie | : Über Deutschland scheint. : |

Ja, Oma, da hast du Recht, das muss uns doch gelingen.



Henrik Szántó berichtet im Rahmen der Festveranstaltung zum 9. November 2024 im Kulturhaus ehemaligen Grenzorts Harbke von seiner Familiengeschichte.

Chronik // Was bleibt

Henrik Szántó

Flocken entsagen sich leise der Wolken
Ganz langsam beginnt es zu schneien
Kristall um Kristall bricht im Gerippe der Stadt
Die Nacht der Nächte herein

Diese Stadt war mal mächtig, mal schillernd, mal groß
Zwei Teile entlang der Donau gesäumt
Brandbomben, Artillerie und Soldaten
Haben sie kürzlich von Deutschen geräumt

Die Stadt ist ein Schatten ihres Schattens von einst
ein taumelnder Löwe, die Pranken zerschossen
Die neuen Genossen haben die Lücken der Straßen
Mit Plattenbauten geschlossen

Der Schnee bedeckt schon Ziegel und Zäune
Ein altes Piano bemüht sich
Wär dies ein Film, stünd unten in Lettern:
Budapest, Neunzehnhundertfünfzig

In einem Häuserzug in Bahnhofsnähe
Brennt noch etwas Licht
Der Klang von festgezurrtem Garn
Nimmt der Stille ihr Gewicht

In einer kleinen Kammer kauern
Näht Renée Geschmeide in das Futter eines Mantels
Damit es die Reise überdauert
Die im Morgengrauen lauernd ihr und ihrem Sohn verspricht
Was hierzulande Freiheit ist

Es ist Heiligabend
In einem Land, das nicht mehr glauben darf
Renée ist das egal
Sie hat beide Weltkriege nur dank Glück und Glauben überlebt
Ihren Nachnamen samt gelbem Stern abgelegt

Solche Sterne gab es hier viele
Doch die meisten der Sterne erloschen
Als Eichmanns Schergen die Sternenträger
Kolonnenweise erschossen

Und dann kamen halt die Russen

Der Ungar war ein guter Nazi
Dann wurd er ein guter Kommunist
Renée ist nichts davon
Was Grund genug zum Fliehen ist

Ihr Sohn Marius ist knapp vierzehn
Ihr Mann untergetaucht
Sie spricht rasch ein Gebet Ihren
Sohn weckt sie auf

Mit großem Gähnen und kleinen Augen
Kommt er aus dem Bett gekrochen
Die Taschen sind gepackt
Die Mäntel fest verschlossen

Alles von Wert tragen sie am Leib
Was in der Stube noch glänzt
Baumelt stumm am Tannenzweig
Marius schleicht hinüber
Der Baum erbebt, als er ihn greift Er nimmt eine kleine Silberglocke
Lichtet den Anker der Vergangenheit

Jeder Schritt im Schnee ein Abdruck
Renée mahnt zur Eile
Marius blickt zurück
Sie nähern sich den Gleisen
Er sucht nach seinem Fenster
Während in ihr Sorge schwelt
Renée zählt zitternd die Minuten
Seit die Deutschen weg sind
Kommt hier jede Nacht der Zug zu spät

Renée verharnt am Gleis
Und fragt sich bloß, was bleibt

Was bleibt ist Endstation in Győr
In der Ferne graut ein Morgen
Der Vater nimmt sie in den Arm
In ihren Blicken streiten Sorgen

Ob sie alles habe?
Ja, natürlich, ja, doch, ja

Es stehe ein Mann bereit, auf den könne man sich verlassen
Dem Vater gehen die Nerven, er greift zum Pálinka
Renée greift das Geschmeide in den Taschen

Ein Bauer, der kein guter Kommunist
Sondern Geschäftsmann ist
Versteckt die Drei unter einer Tonne Kartoffeln
Drei goldene Ringe erkaufen Geleit
Mal schmiert er Soldaten
Mal lügt er sie an
Nach einer Weile im Schoß der Angst
Landet die Familie im Burgenland

Und sie fragen sich, was bleibt

Was bleibt, sind viele der Ungarn
200.000 fliehen gen Wien
Renées Familie reist weiter nach England
Und sucht den Schutz im Schoße der Queen

Marius wird ein Brite und lebt in einem Internat
An Heiligabend klingelt nur die Silberglocke in der stillen Nacht

Marius studiert in Oxford
Der Vater stirbt in London
Der Junge wird erwachsen
Die Mutter stirbt in Freiburg

Marius lebt recht glücklich
Hat nun mit Ungarn seinen Frieden
Jahr für Jahr am Tannenbaum
Seh ich ihn die Silberglocke wiegen
Mein Vater ist jetzt Mitte Siebzig
Er ist würdevoll gealtert
An Weihnachten wird er ganz still
Selbst nach vielen Jahren ist der Nachklang
ungefiltert

Ich weiß nie, was ich ihm schenken soll
Denn was schenk ich einem Mann
Der einst die Freiheit selbst zum Geschenk bekam

Mit der Situation ist er insgesamt zufrieden
Die Erinnerung an jene Nacht ist ihm Tag und Jahr geblieben
Er hat sie mir vermacht
Mit einer Frage, die ihn treibt

Diese Frage stell ich mir
Und euch, weil ich es nicht weiß
Wenn da einer kommt, die Füße wund vom Gehen
Einer aus der Heimat, die so nicht mehr besteht
Was sagst du dann? Geh doch wieder heim?
Wär's auch damals so gewesen, frage dich

Frage dich, was bleibt

Aus der Arbeit der Stiftung



Das Bild zeigt das Zusammenspiel zwischen den Informationstafeln, dem historischen Ort und den QR-Codes in der unteren linken Ecke als Zugang zu digitalen Informationen.

Digitale Grenzöffnungen Die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn auf dem Weg zur digitalen Bildungsarbeit?

Felix Ludwig

Digitale Bildungsarbeit ist teuer. Große Projekte in diesem Bereich erreichen nicht selten sechsstelligen Beträge und erfordern neben Geld auch enormen Personalaufwand. Geld und Personal – wie an vielen Einrichtungen sind diese beiden Ressourcen in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn allerdings außerordentlich begrenzt. Die wiederholten Forderungen aus Politik und Gesellschaft nach einer möglichst digitalen Aufarbeitungsszene können daher keineswegs einfach bedient werden. Große Projekte wie die Erarbeitung von Virtual-Reality-Umgebungen sind in Zeiten knapper

werdender Haushaltsmittel kaum zu stemmen. Zugleich kristallisiert sich bei genauerem Hinschauen aber heraus, dass dies gerade in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn nicht unbedingt notwendig sein muss: Die gut erhaltene Bausubstanz des DDR-Grenzübergangs schafft in der analogen Welt für Gäste bereits einen hervorragenden Anknüpfungspunkt zur Geschichte der deutschen Teilung: Einstweilen vermag noch kein Computer den besonderen Geruch der Linoleum-Fußböden oder die spezielle Lichtstimmung der Großdächer der Kontrollbereiche simulieren, die bei Zeitzeug:innen wie Nachgeborenen für Unbehagen sorgen.

Gleichwohl kann und will sich die Gedenkstätte der Digitalisierung in der Bildungsarbeit nicht verweigern; zu viele Chancen bieten entsprechende Instrumente. Seit einigen Jahren fokussiert sie sich aber darauf, am historischen Ort selbst nur sehr sparsam mit entsprechenden Formaten umzugehen. Das Digitale soll das Analoge ergänzen, aber nicht ersetzen. Jenseits dessen – insbesondere in den Weiten des Internets – versteht sie Digitalität als ein Werbe- und Bildungsinstrument, das insbesondere jene Menschen ansprechen kann, die aufgrund ihres Wohnortes oder ihrer Interessen die Gedenkstätte und die deutsche Teilungsgeschichte kaum auf den Schirm haben.

Die ersten Vorstöße in diesem Rahmen konzentrierten sich dabei meist auf Projekte, die vor allem mit niedrigen Kosten arbeiteten, beispielsweise indem bestimmte Leistungen durch das Kollegium der Gedenkstätte in Eigenleistung durchgeführt wurden. Dies war naturgemäß häufig hemdsärmelig, bisweilen etwas experimentell, bewährte sich aber alles in allem. So gelangen auf drei Gebieten erste Erfolge: Entsprechende Angebote am historischen Ort stärken die Bildungsarbeit und ermöglichen eine gewisse Teilhabe für Personen mit Einschränkungen. Die Präsenz auf der eigenen Website und in den sozialen Medien dient insbesondere der Werbung. Darüber hinausgehende Projekte im virtuellen Raum sollen ebenfalls Gäste in die Gedenkstätte locken, verstehen sich aber auch als eigenständige Bildungsformate.

Digitale Bildungsarbeit am historischen Ort

Da das Digitale den historischen Ort eben nicht überformen darf, setzt die Gedenkstätte entsprechende Projekte nur sehr sparsam ein. Auf app-gestützte Angebote verzichtet sie bisher bewusst. Stattdessen entschied sie sich für kleinere Formate, die die Bildungserfahrungen von Besucher:innen ergänzen. So können Gäste QR-Codes



an den Informationstafeln mit ihren Handys scannen und werden so zu kurzen Videos geleitet, die weiterführende Informationen liefern und Eindrücke von den Innenräumen der dazugehörigen Gebäude vermitteln.

Das Anfang 2022 fertiggestellte Projekt war ein Resultat der Covid-19-Pandemie: Würden die Ausstellungen als Infektionsschutzmaßnahmen geschlossen, könnten die QR-Codes ersatzweise Informationen und einen Einblick in die historische Substanz bieten. Sie ermöglichen dies auch dort, wo Gästen der Zugang aus Gründen der Erhaltung oder des Brandschutzes grundsätzlich verwehrt ist. Dies gilt insbesondere für die Tunnelanlage des historischen Kontrollareals, die sich auf einigen Kilometern Länge unter der Gedenkstätte erstreckt und das von vielen nachgefragt wird. Zudem ermöglichen die QR-Codes Menschen mit Mobilitätseinschränkungen eine inhaltliche Teilhabe, wo ihnen aus baulichen Gründen der Zugang nicht möglich ist.

Internetpräsenz und Social-Media

Jenseits der Erweiterung der Vermittlungsarbeit am historischen Ort stehen in der virtuellen Welt zunächst die grundlegenden Informationsangebote im Vordergrund. Die eigene Internetseite ist ein zentrales Instrument der modernen Öffentlichkeitsarbeit: Interessierte informieren sich insbesondere dort über die Angebote, die Öffnungszeiten und die Anfahrt. Die Entscheidung für oder gegen einen Besuch fällt nicht zuletzt nach dem Besuch der Website. Aus diesem Grund hat die Gedenkstätte 2023 begonnen, ihren Auftritt zugänglicher zu gestalten: So wurden Videos in Gebärdensprache ermöglichen Menschen mit Höreinschränkungen den Zugang zu Informationen und seit 2024 können sich Gäste auch über die Barrierefreiheit und Barrieren am historischen Ort vorab kundig zu machen.¹ Zudem ließ die Gedenkstätte neue Imagefotos machen, sodass die Einrichtung in ihrer Bildsprache belebter dargestellt wird und auch people of color und Personen mit Einschränkungen abbildet.

Auch in den sozialen Medien hat die Gedenkstätte in den vergangenen Jahren eine starke Nachholbewegung durchgeführt. Neben Facebook ist sie seit 2021 auf Instagram präsent. Im Zuge des Aufbaus des Accounts wurde auf beiden Plattformen ein neuer, optisch moderner Auftritt gestaltet: Eine an das Design der Ausstellung angepasste, mint-grüne Grundfarbe sticht zwischen anderen Posts in der sogenannten Timeline von Nutzer:innen hervor. Bewusst entwickelte die Gedenkstätte ihre Social-Media-Präsenz über ein Mittel der digitalen Werbung für Veranstaltungen und Aus-



Beispielhaft zeigt der Instagram-Post aus dem Jahr 2024, wie die Gedenkstätte Objekte in den sozialen Medien darstellt.

stellungen hinaus: Beispielsweise vermitteln „Depotdiensttage“ nun auch Einblicke in die Sammlungsbestände und interessante Details zur DDR-Grenzregime und zur deutschen Teilung.

Digitale Bildungsarbeit im Netz

Neben der Präsenz auf Instagram und Facebook hat die Gedenkstätte damit begonnen, eigenständig Bildungsformate zu entwickeln, die sich an spezielle Subkulturen richten. Ende 2023 produzierte die Gedenkstätte gemeinsam mit dem YouTube-Kanal „Orkenspalter TV“ das Video „Der graue Mann der Grenze“.² Es handelt sich um eine sogenannte Pen&Paper-Session am historischen Ort. Die Mischung aus Brettspiel und Improvisationstheater findet aufgrund ihrer großen Freiheiten für Spielende zunehmend Eingang in die (digitale) Museumsarbeit. So haben zwei Museen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe mit „Pen&Prussia“ und „Spiel am Nil“ entsprechende Formate entwickelt. Die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn trägt dieses Instrument nun als erste Einrichtung in die Aufarbeitungslandschaft: Über das Format YouTube-Video sollte so die wachsende Subkultur dieses Hobbys an die





Mháire Stritter von „Orkenspalter TV“ beschreibt Spielern während des Drehs in der ehemaligen Wechselstube der Gedenkstätte anschaulich eine Szene.

Themen der Gedenkstätte herangeführt werden. Die in diesem Kontext bekannten Betreiber:innen von „Orkenspalter TV“ brachten einerseits ihre Expertise ein, um die Qualität des Videos zu erhöhen, und eröffneten andererseits den Zugang zur Community.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit „Orkenspalter TV“ konnte die Gedenkstätte wertvolle Erfahrungen mit dieser Form der digitalen Bildungsarbeit sammeln: Die Zusammenarbeit mit etablierten Akteur:innen der Szene, die angesprochen werden soll, hat sich bewährt. Insbesondere die Entscheidung, das entstandene Video nicht über die vergleichsweise unbekannten Kanäle der Gedenkstätte zu veröffentlichen, sondern dafür „Orkenspalter TV spielt“ zu nutzen, wurde durch hohe Klickzahlen belohnt: Stand März 2025 haben rund 8.000 Personen das Video geklickt.

Als zweite Maßnahme hat die Gedenkstätte mithilfe des Online-Werkzeuges „Gather Town“ 2024 eine einfache digitale Ausstellung erarbeitet. „Gather-Town“ wurde eigentlich entwickelt, um virtuelle Büroumgebungen zu simulieren. Die zweidimensionalen, optisch an Videospiele der frühen 1990er Jahre angelehnten, Räume können



Der Ausschnitt aus dem 3. Motion Comic zeigt zwei Jungen in Hennigsdorf, die über die Spree schauen und über ihre Flucht nachdenken.

nach dem Baukastenprinzip selbst gestaltet, Objekte hochgeladen und Bilddateien eingebettet werden. Auf diese Weise war es möglich, eine einfache, digitale Ausstellung zum eigenständigen Erkunden ohne wesentlichen Kostenaufwand zu entwickeln. Angesichts einer fröhlichen, mit grellen Farben arbeitenden Optik von „Gather-Town“ und mit Blick auf den 35. Jahrestag der Friedlichen Revolution wurden die regionalen Grenzöffnungen um die Gedenkstätte als Thema gewählt.

Freilich hat die Nutzung von Werkzeugen, die für andere Zwecke gedacht sind, auch Nachteile: Da alle Texte als Bilder hochgeladen werden müssen, erkennen Text-Reader diese nicht und auch Änderungen in den Kontrasten sind nicht machbar – für Personen mit Seheinschränkungen ist dieses Format nicht geeignet.

Wie auch die digitale Ausstellung soll auch das durch die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien finanzierte Projekte „MoCom – Motion Comics als Erinnerungsarbeit“ Perspektiven auf die Geschichte über die Grenzen des Ortes hinausragen. Motion Comics als animierte und vertonte Kurzfilme entstanden avant la lettre bereits in den 1960er Jahren. In der historischen Bildungsarbeit sind sie neue Formate, die



2021 bis 2024 in der Gedenkstätte entwickelt wurden. Die vier 10- bis 15-minütigen MoCom-Filme erzählen jeweils zwei parallele, aber durch das Thema miteinander verflochtene Geschichten. Diese wurden von Jugendlichen und Studierenden recherchiert und aus Zeitzeug:innen-Interviews gewonnen, in Drehbücher verwandelt und von verschiedenen Künstler:innen gestaltet. Beispielsweise berichtet der Motion Comic „(K)ein Wiedersehen“ von Familien im beiderseitigen Grenzgebiet in der Region um die GÜSt Marienborn und was die Grenzschießung 1952 für die Betroffenen bedeutete. In „Ankommen“ erzählt eine Zeitzeugin, wie es ihr nach der deutschen Vereinigung erging, als sie vom östlichen Leipzig ins westliche Mainz zog.

Ausblick

Die weitere Entwicklung digitaler Formate in der Bildungsarbeit vorherzusagen, ist schwierig: Einerseits lassen technische Innovationen wie bild- und textgenerative künstliche Intelligenz künftige Chancen, aber auch Risiken für die Bildungsarbeit erahnen. Andererseits scheint sich in der Szene langsam die Erkenntnis zu verbreiten, dass digitale Formate kein Allheilmittel sind, sondern reflektiert eingesetzt werden müssen. Schon macht das Wort von der „Präferenz des Analogen“ die Runde.³

Die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn befindet sich hier zweifellos inmitten einer Transformationsphase: Ist sie aus verschiedenen Gründen der ersten Digitalisierungswelle (deren Bedeutung für die Gedenkstättenzene vielleicht ohnehin nicht überschätzt werden sollte) nur bedingt gefolgt, stößt sie nun zunehmend in digitale Gefilde vor. Dabei zielt sie darauf, den strukturellen Nachteil aus begrenzten Geldern und Personalkapazitäten in ein *Movens* der digitalen Erneuerung zu verwandeln.

Freilich bestehen noch Defizite: Insbesondere im Bereich der Inklusion wäre ein digitaler Multimedia-Guide wichtig, der für die historischen Orte Inhalte in Leichter Sprache, Gebärdensprache und Audiodeskription bereitstellt. Auch erscheinen digitale Angebote sinnvoll, die Schulen gezielt als Vorbereitung für den Besuch des historischen Ortes nutzen können. Das Potential digitaler *gamification* bleibt noch weitgehend ungenutzt. Es sind diese Lücken, die die Gedenkstätte in den nächsten Jahren nach und nach ausfüllen möchte.

Dabei ist Maß zu halten: Letztlich sind digitale Methoden keine Game-Changer, die zuvor Desinteressierte in die Gedenkstätte locken. Vielmehr sind sie ein Instrument neben anderen, das wohlbedacht eingesetzt die Chance bietet, die Vielschichtigkeit

der Erinnerung an die zweite deutsche Diktatur neu zu betrachten und neue Perspektiven zu erschließen.

Anmerkungen

- 1 Eine Übersicht über die Maßnahmen zur Inklusion in der Gedenkstätte findet sich in: Insa Ahrens/Judith Gebauer: Gedenkstätten und Barrierefreiheit, in: *Erinnern! Aufgabe, Chancen, Herausforderung*, 2024/2, S. 98 – 106.
- 2 https://www.youtube.com/watch?v=vjFQU0c4I_o (zuletzt eingesehen am 13.01.25)
- 3 So Anne Veupel-Meier aus dem Grenzmuseum Schiffersgrund im Rahmen einer Tagung der Bundesstiftung für Aufarbeitung der SED-Diktatur Ende 2024.





Teilnehmende des Jugendbegegnungsprojekts 2025 vor dem Deutschen Bundestag.

80 Jahre nach der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau – Die Jugendbegegnung 2025

Henrike Dammköhler

Im Rahmen eines vom Bundestag finanzierten Projektes zum Gedenken der Opfer des Nationalsozialismus nahmen Leonie Berg und ich, Henrike Dammköhler, als zwei von 77 Jugendlichen an der fünftägigen Gedenkveranstaltung in Deutschland und Polen teil. Ziel dieser Jugendbegegnung war es, vertiefte Einblicke in die Geschichte des Holocaust zu bekommen, aber auch untereinander etwas über Religionen, Kunst, den Umgang mit Diskriminierung und Formen der Gedenkarbeit zu lernen.

Nach unserer Ankunft in Berlin am 23. Januar 2025 bekamen wir eine Einführung in das Programm der folgenden Tage und wurden in Arbeitsgruppen eingeteilt. In diesen Gruppen blieben wir für den Rest des Programms zusammen. Außerdem bekamen wir eine kleine Führung durch den Deutschen Bundestag.

Am nächsten Tag, dem 24. Januar 2025, fuhren wir nach Polen. Nach ungefähr acht Stunden Fahrt kamen wir in Oświęcim an. Dies ist der Ort, den die Nazis zur Zeit des Dritten Reichs „Auschwitz“ nannten. Viele Menschen verbinden den Namen Auschwitz mit dem Konzentrations- und Vernichtungslager bzw. der Gedenkstätte. Wenige wissen, dass das deutsche „Auschwitz“, das heutige Oświęcim, eine Kleinstadt ist wie jede andere. Ich traf dort überaus freundliche Menschen, die sogar mit ihren Autos anhielten, wenn man über die Straße wollte.

In Oświęcim befindet sich die Internationale Jugendbegegnungsstätte (IJB), ein Zentrum, welches Workshops, Seminare, Besichtigungen der Gedenkstätten und Expertengespräche anbietet. Außerdem war dies der Ort, in dem wir wohnen und uns gegenseitig näher kennenlernen durften. Am Ende jedes Tages trafen wir uns in Seminarräumen in unseren Arbeitsgruppen und reflektierten Gesehenes und Gehörtes. Am Samstag früh, dem 25. Januar 2025, traten wir die zehnminütige Fahrt zur Gedenkstätte Auschwitz I – Stammlager an. Die räumliche Nähe zwischen dem Konzentrationslager und der Stadt war erstaunlich. Dieser Tag war der letzte mögliche Tag, die Gedenkstätte zu besuchen, bevor sie anlässlich der Gedenkfeier zum 80. Jahrestag der Befreiung für den normalen Besucherverkehr geschlossen wurde. Wir bildeten kleinere Gruppen und wurden von je einem Guide betreut. Außerdem begleitete uns ein Kamerateam des ZDF, das unseren Besuch der Gedenkstätte filmisch dokumentierte. Als erstes gingen wir schweigend durch den Tunnel. In ihm werden die Namen der Opfer einer nach dem anderen immer und immer wieder vorgelesen. Aus Respekt vor diesen Namen schwiegen wir, während wir uns dem Lager näherten. Am Ende des Tunnels bekamen wir dann das Lagergelände zu Gesicht. Wir gingen durch das bekannte Tor mit der Aufschrift „Arbeit macht frei“, welche inhaltlich eine enorm zynische Verhöhnung der Häftlinge darstellte. In meinen Augen war das Tor recht klein, viel erschreckender war für mich der Zaun, der das Stammlager umgab – zwei Stacheldrahtzäune, mit einem Abstand von ca. zwei Metern und einem weiteren, kleinen Drahtzaun innen mit demselben Abstand, der den Todesstreifen kennzeichnete. Davor alte Holzschilder mit einem Totenkopf und der Aufschrift „Stój! / Halt!“.

Das Hauptlager bestand aus massiven Steinbauten. Sie standen dort hintereinander, Reihe um Reihe, an ihnen waren kleine verrostete Laternen angebracht, und jedes Gebäude war mit „Block“ und einer Nummer gekennzeichnet. Egal, wo wir uns befanden, ich konnte immer an irgendeinem Ende des Lagers den Zaun und die Wachtürme



erkennen, die einem dauerhaft den Eindruck der Gefangenschaft vermittelten. In dem ersten Block, den wir betraten, befand sich die Ausstellung, die kurz nach Kriegsende dort erstellt worden war. Wir sahen viele Bilder, Bilder von ausgehungerten Menschen, Bilder von leeren Augen, Bilder von der Befreiung und auch die Bilder, die anfangs kurz nach Einlieferung der Gefangenen gemacht worden waren. Außerdem erfuhren wir etwas über den Lageraufbau des Stammlagers und des Lagers Birkenau. Ebenfalls lernten wir etwas über die Einteilung der Häftlinge in Opfergruppen. Es ging in der Ausstellung auch um den Einfluss der Nazis europaweit, um die Art und Weise, wie die Menschen dorthin kamen, über die „Gründe“ ihrer Inhaftierung und vieles mehr. Neben den Dokumentationen in der Ausstellung erschütterten uns besonders die originalen Besitztümer von den Menschen, bevor sie ins Lager kamen. Dort waren die Koffer, die sie mit ihren Namen beschriftet hatten, in der Hoffnung, sie wieder zu bekommen. Dort waren die Schuhe, die sie getragen hatten - so viele Schuhe, von Männern, Frauen und Kindern. Dort waren Töpfe und Schüsseln, ein riesiger Container voll. Dort war Kleidung, auch von Kindern. Und dort waren die Haare, die den Inhaftierten damals abgeschoren wurden. Nur ein Bruchteil von den Haaren, die die Befreier damals vorgefunden haben - und doch so viele Haare! Und dann stand da ein kleiner Tisch und auf diesem Tisch standen winzige Dosen und diese Dosen enthielten das Gift Zyklon B.

Schließlich kamen wir in einen Raum, in dem sich ein Buch befand, ein acht Meter langes, ca. 80 Zentimeter hohes Buch. In ihm stehen alle bekannten Namen der Opfer des Nationalsozialismus und ihr Todesdatum mit Todesort - Millionen von Namen. Unglaublich viele Namen, unglaublich viele Menschen!

Eine andere Baracke war in ihrem Originalzustand belassen. Block 11, die Gefängnisbaracke. Die Räume waren recht groß, und dennoch mussten die Menschen dort dicht an dicht schlafen, anfangs auf Stroh und später auf Strohsäcken, die morgens aufgestapelt wurden. Im Keller dieser Baracke befanden sich Gefängniszellen, Stehzellen, knapp einen Quadratmeter groß, in denen vier Personen eingesperrt wurden, Hungerzellen und Dunkelzellen. In dem Keller war es sehr kalt und einengend, alles schien unglaublich trostlos. Angrenzend zu diesem Block befindet sich die Todesmauer. Auf diesem Platz wurden Erschießungen durchgeführt.

Am Ende der Führung wurden wir durch das Krematorium 1 geführt. Keine 50 Meter entfernt hat damals der Lagerkommandant Rudolf Höß gewohnt. Und keine 10 Meter

entfernt wurde dieser nach der Befreiung des Lagers am 16.04.1947 hingerichtet. Wir betraten das Krematorium, dort war es kalt und dunkel. Es gab einen Vorraum, es gab einen Raum mit Brennöfen und es gab die Gaskammer, mit ihren Löchern, durch die das Gift Zyklon B eingeleitet wurde. Was es nicht mehr gab, waren Schornsteine, diese wurden schon vor dem Kriegsende abgebaut, da dieser Todesort zu einem Schutzbunker umfunktioniert worden war.

Nach dieser ersten Führung und einem kurzen Aufenthalt in der IJBS besichtigten wir in der zweiten Hälfte des Tages Auschwitz II – Birkenau. Das Lager Birkenau ist ein riesiges Gelände, und dennoch ist es von Straßen und Zivilisation umgeben. Abgesehen von der Sperrzone war dieses Lager nur mit einem Stacheldrahtzaun abgegrenzt. Das Gelände war sehr groß, Baracken gab es nur noch einige. Der Guide erklärte, dass das Lager nach Gruppen aufgeteilt war. Frauen und Kinder getrennt von Männern, Juden, Sinti und Roma ... Es gab auch einen Familienbereich. Dieser war als Vorzeigebereich vorgesehen, dort waren damals der sogenannte Kindergarten und andere „soziale Bereiche“ untergebracht. Die Nazis haben es jedoch nie geschafft, diesen Ort als glücklichen Ort zu dokumentieren, da man den Menschen den Hunger und das Elend deutlich ansehen konnte.

Wir betraten eine Steinbaracke, es gab auch Holzbaracken. In der Steinbaracke war es eng. Hier sah es vollkommen anders aus als im Hauptlager. Die Pritschen waren aus Holz, getrennt durch Steinwände, drei Etagen. Die erste war der Boden, dort schliefen die Neuankömmlinge und die Schwachen, denen nicht mehr viel Lebenszeit blieb. Es erinnerte an einen Viehstall oder einen Lagerplatz. Die Wände waren dünn, durch jede Ritze drang Kälte, damals, wie heute. Es gab zwar einen Ofen, der jedoch kaum genutzt werden konnte und nicht ausreichte. Was mir hier persönlich sehr negativ auffiel, waren die Schmierereien an den Wänden, die von Besuchern stammten. Dies fand ich sehr respektlos dem Ort gegenüber.

Während unseres Rundgangs sahen wir nur einen Bruchteil des Lagers, und doch sahen wir eine Menge. Wir kamen an der Rampe vorbei, an der die Züge mit den Menschen ankamen. Wir gingen die Hauptlagerstraße entlang, besuchten das Mahnmal, die Orte, an denen die Krematorien standen. Im hinteren Bereich standen einige Bäume. Diese sollen schon damals dort gestanden haben. Zur Zeit des Lagers verzeichnen Fotoaufnahmen in der Nähe dieser Stelle die Verbrennung von Leichen





Rundgang über das Gelände der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau.

unter offenem Himmel. Ebenfalls gab es Fotoaufnahmen von nackten Frauen. Unser Guide erzählte, dass die Menschen, die unmittelbar nach ihrer Ankunft im Lager zur Vergasung selektiert wurden, teilweise Stunden vor den Gaskammern warten mussten, weil es so viele waren. Die Aufnahme zeigt eine Gruppe wartender Frauen, wartend unter den Bäumen, wartend auf ihren Tod. Als ich wieder zu Hause war, fragte mich jemand, wie es dort gerochen habe, wie es sich für mich angefühlt habe. Ich sagte: „Es roch eigentlich nach frischer Luft.“ Diese Fragen machten mich sehr nachdenklich.

Ich bin sehr dankbar für die Erfahrung, die Gedenkstätte besucht zu haben. Viele sagen, sie hätten ein Konzentrationslager besucht. Doch wir können nur die Gedenkstätten besuchen, die sich an den Orten der ehemaligen Konzentrationslager befinden. Dies hat mir der Besuch bewusst gemacht. Es ist uns Menschen nicht möglich, die unmenschlichen Bedingungen in den Lagern nachzuvollziehen. Wir können sie nur erahnen. Der eine besser, der andere weniger gut. Man erkennt an den Gebäuden Spuren des Zerfalls, Spuren der Wiederherstellung und Restaurierung, auch Spuren der Besucher. Und man sieht heute das Wirken der Natur, grüne Wiesen. Wir sahen

sogar ein paar Rehe. Es wirkte wie ein Zeichen der Hoffnung. Es war ein lehrreicher, aber auch emotional belastender Tag.

Am Sonntag, dem 26. Januar, besichtigten wir zwei Ausstellungen: zum einen die Kunstausstellung Gedächtnisplatten-Labyrinth von Marian Kołodziej im Kloster Harmeße und zum anderen das Gerhard-Richter-Ausstellungshaus in der IJBS. Marian Kołodziej war ein Überlebender des Konzentrationslagers Auschwitz. Er fing nach einem erlittenen Schlaganfall an, Erinnerungen, Gefühle und Schicksale aus seiner Jugend künstlerisch zu verarbeiten. Dies war ein Projekt seiner Heilung. Der Eingang in die Ausstellung war bewusst eng gehalten. Es war dunkel, und wenn man eintrat, fand man sich in einem Wagon aus Holz wieder, der Nachahmung eines der Transportwagons, mit dem die Menschen damals deportiert wurden. Sobald man weiterging, überflutete eine Masse aus Bleistiftzeichnungen. Die Decke war niedrig, es war kalt. Die Fülle der graphischen Zeichnungen erschütterte uns Besucher zutiefst. Kołodziej war damals noch sehr jung. Er zeichnete sich selbst später in vielen Situationen und vielen unterschiedlichen Emotionen. Er zeichnete auch andere Häftlinge. Die Zwischenräume füllte er mit Häftlingsnummern, unglaublich vielen Nummern. Anfangs dachte ich, Lagerkommandanten oder die SS-Männer würden gar nicht dargestellt. Doch sie wurden dargestellt, nicht menschlich, sondern als Monster.

Später, in der Reflexion, sprachen wir über Kołodziejs Rastlosigkeit, die ihn dazu angetrieben haben musste, das alles zu zeichnen so viel Grauerregendes, Dunkles. Wir hatten den Eindruck, dass er sein erlebtes Leid nie richtig los werden konnte, dass seine Seele für immer damit belastet war.

Danach besuchten wir das Gerhard-Richter-Ausstellungshaus auf dem Gelände der IJBS. Es war ein großes Gebäude. Dort hingen vier abstrakte Bilder. Ihnen gegenüber hingen graue Spiegel. Je nach Lichteinfall kann man Verschiedenes in diesen Bildern erkennen. Gesichter, Gestalten, ein Spiel von Farben, das auf den Besucher farbpsychologisch wirkt. Diese Ausstellung war für mich bei Weitem nicht so eindrucksvoll wie die von Marian Kołodziej.

In der zweiten Hälfte des Tages hatten wir ein Zeitzeuginnengespräch mit Stefania Wernik, geboren in Auschwitz-Birkenau, 81 Jahre alt. Ihre Mutter wohnte außerhalb des deutschen Territoriums und wurde festgenommen, als sie mit einigen anderen



Frauen Essen schmuggelte. Einige Tage später wurde sie nach Auschwitz deportiert. Zu diesem Zeitpunkt war sie bereits schwanger. Lange Zeit blieb ihre Schwangerschaft unbemerkt, später wurde die Geburt genehmigt.

Frau Wernik erzählte von den Bedingungen, unter denen sie geboren wurde. Es war Winter, sie wurde mit kaltem Wasser gewaschen. Ihre Mutter war zu schwach, um sie zu pflegen. Deshalb gab die Mutter ihr Essen ab, damit sich Mithäftlinge um Stefania kümmern konnten. Die Häftlingsnummer, die ihr als Baby eintätowiert wurde, ist mit der Zeit verwachsen. Sie wuchs später mit dem Wissen auf, dass sie und ihre Mutter einmal in einem Konzentrationslager waren, ihre Mutter hatte schließlich auch so eine Nummer. Damals im Lager führte ein Lagerarzt an Stefania Experimente durch. Was er damals getan hat, weiß sie bis heute nicht. Sie bekam als Kind und junge Frau häufig Wunden, die schlecht heilten. Zwei ihrer Kinder haben ebenfalls Krankheiten. Später pflegte sie ihre Mutter. Sie erzählte, wie ihre Mutter immer wieder nachts schreiend aufwachte, aus Angst, man würde ihr das Kind wegnehmen. Sie erzählte uns auch, wie viel Energie ihr Treffen wie das mit uns kosten, dass sie viel Ruhe in ihrem Leben braucht, und wie dankbar sie ihrem Mann für seine Unterstützung ist. Sie meinte, sie könne sich selten freuen, jedoch umgebe sie sich gerne mit fröhlichen Menschen. Ich nahm sie als eine starke Persönlichkeit wahr, aber auch als jemanden, der durch das im Lager Erlebte sehr geprägt worden ist. Nicht nur offensichtlich, sondern auch im Unterbewusstsein.

Am späten Abend gab es einen Open Space, in dem wir Jugendliche Raum bekamen, über die Themen zu diskutieren, die uns bewegten und voneinander zu lernen. Ich besuchte die Gruppe zur Geschichte des Antiziganismus und erfuhr viel über die Entstehung der Sinti und Roma sowie über ihre Religionen. Außerdem diskutierten wir in einer anderen Gruppe über Widerstände der Gefangenen in den Lagern.

Am Montag, dem 27. Januar, trafen wir die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Petra Pau und den Schriftsteller und Exekutiv-Vizepräsidenten der IJBS Christoph Heubner zu einer Podiumsdiskussion. Wir erfuhren einiges über ihr Leben, über ihr politisches Engagement und wie wichtig es ist, sich als junger Mensch politisch zu engagieren und weiterzubilden. Während einer anschließenden Stadtführung durch die Altstadt von Oświęcim erfuhren wir viel über das jüdische Leben dort, vor und nach dem Krieg. Auch über bauliche Veränderungen, die ein „deutsches“ Aussehen

symbolisieren sollten wurden wir informiert. Ein von den Nazis errichteter Bunker auf dem Marktplatz ist heute nur noch durch Umrisse zu erahnen. Am frühen Nachmittag besuchten wir das jüdische Zentrum und die Synagoge. Dieser Montag war der 80. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz. Am Nachmittag nahmen wir durch eine Live-Übertragung in der IJBS an der Gedenkfeier teil.

Am nächsten Tag, dem 28. Januar, fuhren wir zurück nach Berlin. Noch am gleichen Abend besuchten wir die Ausstellungseröffnung „Erinnerung an die Befreiung des KZ Auschwitz – Mahnung für die Demokratie“ im Paul-Löbe-Haus. Mittwoch, der 29. Januar, war der letzte Tag der Jugendbegegnung 2025. Wir nahmen an der Gedenkstunde im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes teil und durften sogar auf den berühmten blauen Stühlen mit der Farbe „Reichstag-Blue“ Platz nehmen.

Im Anschluss an die Gedenkstunde hatten wir eine Podiumsdiskussion mit dem Gedenkredner und Zeitzeugen Roman Schwarzman und der Vizepräsidentin des Bundestages Yvonne Magwas.

Roman Schwarzman erzählte uns unter anderem die Geschichte von einem Jungen, der einen kleinen Spatzen in einem Käfig hatte. Eines Tages stand der Käfig offen und der Junge lief raus, um nach seinem Spatzen zu suchen. Ein Soldat kam auf seinem Motorrad angefahren, ärgerte sich über den herumlaufenden Jungen und band ihn hinter sein Fahrzeug. Die Kinder, unter ihnen Herr Schwarzman, sahen den Soldaten, den Jungen hinterher schleifend wegfahren. Sie dachten, sie würden ihn nie wieder sehen. Aber nach dem Krieg erfuhr Herr Schwarzman, dass der Junge tatsächlich überlebt hatte. Auch in dieser Podiumsdiskussion sprachen wir über aktuelle politische Themen und Situationen, nicht nur Deutschland betreffend, sondern weltweit. Roman Schwarzman, der in Odessa lebt, ist besorgt über die derzeitigen politischen Spannungen. Jedoch strahlte er solche Zuversicht und Hoffnung aus und war sehr gerührt von unserem ehrlichen Interesse an der Geschichte des Holocaust und an dessen Gedenken.

Ich persönlich nehme aus dieser Jugendbegegnung viele emotionale Erfahrungen mit. Die vielen Eindrücke werden eine gewisse Zeit brauchen, um verarbeitet zu werden: Geschichten, die weiter getragen werden können, die nicht vergessen werden dürfen, Lehren über Religionen, über die Feindlichkeit gegenüber diesen, natürlich auch Wissen über den Holocaust, über die Art und Weise, Aufklärungsarbeit zu leisten,



Erkenntnisse über mich, darüber, dass es noch vieles gibt, was man noch lernen, dem man noch Aufmerksamkeit schenken kann. Vor allem aber nehme ich den riesen-großen Respekt mit, gegenüber all den Menschen die dafür sorgen, dass das damals Geschehene nicht vergessen wird und niemals vergessen werden darf.



Ausschnitt aus der Schulzeit „Mette Gazette“ der Berufsbildenden Schule J.P.C. Heinrich Mette

Teilnahme am Wettbewerb der Bundeszentrale für politische Bildung Was für ein Erfolg: die bg24a der Berufsbildenden Schule J.P.C. Heinrich Mette hat 1.250 Euro gewonnen!!!

Elfie Melcher

In einer Welt, die sich ständig verändert ist es wichtiger denn je, sich aktiv mit politischen Themen auseinanderzusetzen. Der Wettbewerb der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) bot uns eine einzigartige Gelegenheit, genau das zu tun.

Unser Werkstück zum Thema ‚Politik brandaktuell‘ hat die Jury der bpb überzeugt, weswegen unser Projekt aus über 1.200 Einsendungen mit 1.250 Euro ausgezeichnet wurde.

Unter dem Namen ‚Mette Gazette‘ haben wir eine Zeitung erstellt, um unsere Botschaft zu verbreiten. Die heutige Gedenkstätte für die Opfer des Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge ist ein Ort der Erinnerung und des Gedenkens, der aus dem



ehemaligen Lagergelände und dem Stollen besteht. Im August 2024 war aus dem Halberstädter Tageblatt zu entnehmen, dass das Stollensystem durch die Immobilienfirma GPM in eine „Überlebenswelt für Reiche“ umgebaut werden soll. Zahlungskräftige Menschen sollen über Coins Bunkerraum erwerben können. Die Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge und sein Stollen sind allerdings wichtig für die Bildungs- und Aufklärungsarbeit. Daher wünschen wir uns von den politischen Entscheidungsträgern das erforderliche Engagement und die notwendige Verantwortungsübernahme, dass dieser so wichtige Gedenk- und Lernort erhalten bleibt.

Im Ethikunterricht wurde zunächst die Schlagzeile aus dem Halberstädter Tageblatt vom 20.08.2024 „Entsetzen über Bunkerpläne“ besprochen. Im Internet fanden wir weitere Artikel zu diesem Projekt. Einen dieser Artikel aus dem ‚Telegraph‘ haben wir dann sogar im Englischunterricht gelesen und ausgewertet. Über unsere Lehrerin nahmen wir Kontakt mit der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge auf. Daraus ergab sich die Möglichkeit eines Interviews mit dem Franzosen und Angehörigen eines Überlebenden des KZ Langenstein-Zwieberge, Jean-Louis Bertrand. Mit all diesen Informationen entstanden die ersten Zeitungsartikel. Für uns stellte sich die Frage, ob wir die Einzigen sind, die ein Problem darin sehen, dass der Stollen nun kommerziell genutzt wird. So entstand die Idee, Schüler unserer Schule zu befragen. Nachdem wir die Erlaubnis unserer Schulleitung eingeholt hatten, haben wir mit Hilfe unserer Lehrerin eine freiwillige und anonyme Umfrage auf unserer Lernplattform ‚mette moodle‘ erstellt und ausgewertet.

Durch die Teilnahme am Wettbewerb konnten wir ein tieferes Verständnis für die komplexen Zusammenhänge und Herausforderungen entwickeln. Unser Fazit: Die Angehörigen der Verstorbenen und Überlebenden benötigen diesen Ort zum Gedenken und wir müssen diesen Ort zum Lernen mit allen Sinnen nutzen, um zu verhindern, dass sich das Grauen der Vergangenheit wiederholt.

Im Namen der bg24a

Elfi Melcher

Mette Gazette

Das sind wir und das möchten wir Ihnen, liebe Leser, vorstellen

Wir sind 15 SchülerInnen der Berufsbildenden Schulen J.P.C. Heinrich Mette Landkreis Harz. Daher auch der Titel unserer Zeitung „Mette Gazette“. Zurzeit besuchen wir die 11. Klasse des Beruflichen Gymnasiums in Quedlinburg. Im Rahmen des Ethikunterrichtes haben wir uns mit der Schlagzeile aus dem Halberstädter Tageblatt vom 20.08.2024 „Entsetzen über Bunkerpläne“ auseinandergesetzt. Für uns ist das ein brandaktuelles Thema, welches uns sehr bewegt, denn die Stollenpläne sind schockierend. Der Landkreis Harz ist unsere Heimat und die Geschichte der Gedenkstätte prägte das Leben unserer Vorfahren und damit auch unser Leben. Unsere Schule verbindet mit der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge eine langjährige Zusammenarbeit. Zu diesem bewegenden Thema durften wir sogar ein Interview mit einem Angehörigen eines Überlebenden des KZ Langenstein-Zwieberge führen, welches wir Ihnen nachfolgend vorstellen wollen. Unsere Recherchen wurden immer umfangreicher. Mit Dokumentationen aus Mediatheken, (internationalen) Zeitungsartikeln, den Informationsmaterialien der Gedenkstätte und der dazugehörigen Homepage haben wir Informationen gesammelt, ausgewertet und diverse Zeitungsartikel sowie eine Zeichnung erstellt, um Ihnen liebe Leser einen fundierten Überblick über die erschreckende Problemlage zu geben.

Tausende Tote und die unbegreiflichen Bunkerpläne

Die heutige Gedenkstätte für die Opfer des Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge ist ein Ort des Erinnerns und Gedenkens, die aus dem ehemaligen Lagergelände und dem Stollen besteht und an das Leid der Opfer erinnert. Angehörige Überlebender, Bildungseinrichtungen und Interessierte dürfen allerdings nur 120m der 67.000qm Stollengänge den Tunnel duldungsweise, zu bestimmten Zeiten, begehen.

Aus dem Halberstädter Tageblatt war zu entnehmen, dass das Stollensystem durch die Immobilienfirma GPM (Mining Project Management Company) aus Markkleeberge in eine „Überlebenswelt für Reiche“ umgebaut werden soll. Zahlungskräftige Menschen sollen über Coins Bunkerraum erwerben können. Je nach Finanzkraft sollen Schlafboxen bis hin zu luxuriösen Appartements erschaffen werden, die es ermöglichen bei einsetzenden Kriegen und/oder (Natur-)Katastrophen zu überleben.



Der in Hessen geborene Peter Karl Jugl (52 Jahre) plant laut seiner Homepage das größte private Bunkerprojekt „Bunkercoin“. Erste Teile des Stollensystems erwarb er dafür bereits 2019 für 1,3Mio. Euro. Drei Jahre später erwarb er weitere Teile des Stollens, um hier im Landkreis Harz eine unterirdische Stadt zu errichten, die vor Epidemien, Bürgerkriegen oder Atomschlägen schützen soll. Gemäß Recherchen von ‚Der Spiegel‘ (43/2024) sollen im umgebauten Bunker Bildungseinrichtungen, wie Kindergärten und Schulen, Freizeitgestaltungsmöglichkeiten, wie Wellnesszentren und Fitnessstudios zur Verfügung stehen. Neben einer Viehhaltung soll der Bunker auch Samenbanken enthalten und eine Pilzzucht ermöglichen.

Gemäß der Recherchen von mdr.de (18.10.2024) steht die Anlage nun für 8,0 Mio. Euro durch Peter Karl Jugl zum Verkauf. Vielleicht ist sein Plan nun nicht mehr oder war es gar nie, die Bunkerpläne umzusetzen. Es scheint vielmehr, dass er den Stollen an das Land Sachsen-Anhalt zu einem unverhältnismäßigen Preis verkaufen will. Für diese Theorie spricht, der marode Zustand des Stollens. Ein Umbau in eine unterirdische Stadt für zahlungskräftige Kunden würde ihn Unsummen kosten.

Durchschnittliche Lebenserwartung: drei bis vier Wochen

Im Jahr 1944 wurde die deutsche Rüstungsindustrie durch Bombenangriffe der Alliierten weitgehend zerstört. Die nationalsozialistischen Machthaber suchten nach Auswegen die Niederlage noch zu verhindern. Man versuchte bombensichere Produktionsstätten, um Triebwerke für Jagdflugzeuge herzustellen. Unter dem Decknamen „Malachit“ wurde in der Nähe von Halberstadt in den Thekenbergen, im heutigen Landkreis Harz, ein Netz von unterirdischen Stollengängen mit einer Grundfläche von 72.000 m² geplant. Für den Bau der Stollenanlage wurden KZ-Häftlinge eingesetzt. So entstand in der Nähe von Langenstein im April 1944 ein Außenlager des KZ Buchenwalds. Circa 7.000 Häftlinge aus 23 Nationen wurden hier unter menschenunwürdigen Bedingungen gefangen gehalten und ihre Arbeitskraft maßlos ausgebeutet.

Unter widrigsten Umständen, enormen Zeitdruck und den Schlägen der Aufseher mussten die unterernährten Gefangenen ohne Schutzausrüstung Schwerarbeit leisten, um den Bau des Stollens voranzutreiben. Der belgische Häftling Bernard Klieger beschrieb diese unvorstellbaren Arbeitsbedingungen mit einprägsamen Worten: „Der

Stollen fraß die Menschen mit einem unvorstellbaren Heißhunger.“ Neben zahlreichen Unfällen während der 12-Stunden-Schichten im eiskalten Stollen erlagen viele Häftlinge krankheits- und arbeitsbedingten Erschöpfungszuständen.

Wenige Tage vor der Befreiung des Lagers, durch die amerikanischen Truppen wurde im April 1945 das Lager durch SS-Truppen evakuiert. Noch halbwegs gehfähige Häftlinge wurden auf den sogenannten ‚Todesmarsch‘ getrieben. Ungefähr 1.400 total entkräftete, nicht mehr gehfähige Menschen wurden im Lager ihrem Schicksal überlassen. Die Häftlinge auf dem Todesmarsch liefen Tag und Nacht, immer mit der Angst von den Aufsehern hingerichtet zu werden. Um ihren Hunger zu stillen und nicht völlig entkräftet umzufallen, aßen sie stellenweise Brennesseln und Gras.

Mitte April 1945 erreichten amerikanische Truppen das Konzentrationslager. Die noch lebenden Insassen wurden in das Feldlazarett der US-Armee nach Halberstadt gebracht. Die Überlebenden des Lagers und des Todesmarsches versuchten zu ihren Familien in ihre Heimatländer zurückzukehren. Doch richtig frei und unbeschwert konnten sie und ihre Familien nie wieder leben. Roger Leroyer ein Gefangener beschrieb die Situation folgendermaßen: „Die noch quälende Vergangenheit beherrschte jede unserer Nächte...“

85250

Liebe Leser, sie fragen sich sicherlich was diese Zahlenfolge bedeutet. In einem persönlichen Gespräch im September 2024 durften wir Jean-Louis Bertrand Fragen zu den aktuellen Bunkerplänen, dem Leben seines Vaters und seinem Leben stellen. Jean-Louis Bertrand ist Angehöriger eines Überlebenden des KZ Langenstein-Zwieberge.

Louis Bertrand wurde am 03.01.1923 als fünftes Kind im französischen Vesoul geboren. In seiner Schulzeit in Belfort war Louis Bertrand in einer Pfadfinderbewegung. Im Jahre 1943 wurde auf Befehl der deutschen Besatzer der Zwangsarbeiterdienst eingeführt. Diesen verweigerte Louis allerdings und lebte bis zu seiner Entdeckung unter einem Decknamen im Untergrund. August 1944, war der Monat der Louis Bertrands Leben veränderte, seine Tarnung flog auf. In vier Viehwaggons wurden er und 179 andere Männer in das KZ nach Buchenwald deportiert. Nach 16 Tagen in Buchenwald



wurde er in das KZ Langenstein-Zwieberge verlegt. Von dieser Zeit an trug der die Nummer 85250.

Weihnachten 1944, am Rande der Verzweiflung hat sich Louis Bertrand geschworen „Wenn ich zurückkehren sollte, muss mein Leben für etwas nützlich sein“. Er hielt seinen Schwur ein. Louis wurde Mitglied in der Liga der Menschenrechte und zeigte bis an sein Lebensende ein enormes soziales sowie politisches Engagement. Sowohl in deutschen als auch in französischen Schulen berichtete er von seinem und vom Leben seiner Kameraden im KZ. Überdies besuchte er immer wieder die Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge und brachte sich in die Gedenkstättenarbeit ein.

Sein Sohn Jean-Louis Bertrand berichtete uns, dass er trotz der Inhaftierung immer „Glück“ gehabt habe. Zum einen wussten die SS-Aufseher im KZ nichts von seiner Widerstandsarbeit, damit blieb ihm die Folter erspart. Zum anderen durfte er häufiger im Gleisbau statt im Stollen arbeiten. Nach einer völligen Entkräftung kam er im April 1945 in das Krankenlager des KZ. So konnte er mit einem sogenannten ‚Schonschein‘ Kräfte sammeln, die er für den anstehenden heute sogenannten ‚Todesmarsch‘ brauchte. Auf dem Todesmarsch selbst hatte Louis Bertrand wieder ‚Glück‘. Louis‘ Kolonne wurde in einen Steinbruch von den Bewachern getrieben. An diesem Punkt türmten die Wächter und Louis hatte abermals Glück, denn die Amerikaner fanden sie und brachten ihn und seine Kameraden in ein Lazarett.

Im Jahr 2013 verstarb Louis Bertrand. Noch zu Lebzeiten hatte er allerdings entschieden, dass er nicht in seinem Heimatland Frankreich, sondern bei seinen verstorbenen Kameraden im KZ Langenstein-Zwieberge beerdigt werden möchte. Im Jahr 2014 ging sein letzter Wunsch in Erfüllung, so Bertrand.

scandale – Eine Beleidigung für die Opfer

Die Stollenpläne sind aus Jean-Louis Bertrands Sicht „absolut verrückt“. Bertrand glaubt, dass Peter Karl Jugl die Geschichte des Stollens nicht versteht und sie daher auch nicht respektiert. Überdies geht er davon aus, dass man aus künftigen Katastrophen keinen Gewinn generieren sollte. Die derzeitige Situation ist einfach nur „unerträglich“ für ihn. Auf die Frage, was sein Vater dazu sagen würde antwortete Bertrand auf Französisch „scandale“. Lager und Stollen könne man nicht voneinander

lösen. Sie gehören zusammen, denn der Stollen ist der Grund dafür, dass das Lager überhaupt existiert. Wenn man historische Spuren auslöscht, besteht die Gefahr des Vergessens und die Wiederholung solcher schrecklichen Ereignisse.

Wie kam es zu der Kaufmöglichkeit?

Zu DDR-Zeiten wurde das Areal als Armeelager genutzt. Nach dem Ende der DDR war die Treuhand für den Stollen zuständig. Die Treuhand wiederum verkaufte den Stollen an einen Anwalt, der mit dem Erwerb dieser Immobilie kein finanzielles Glück hatte, denn nach kurzer Zeit musste er Insolvenz anmelden. Der Insolvenzverwalter verkaufte dann den Stollen an den Immobilienmakler Peter Karl Jugl. Dieser wirbt auf seiner Homepage damit, „problembehaftete Immobilien“ zu kaufen und weiterzuentwickeln. Im Jahr 2022 entschied das Verwaltungsgericht Magdeburg, dass der Kauf rechtmäßig geschah und das Land Sachsen-Anhalt, nicht wie üblich ein Vorkaufsrecht hatte. Denn gemäß §471 BGB ist das Vorkaufsrecht ausgeschlossen, wenn der Verkauf aus einer Insolvenzmasse erfolgt.

Meinung – Ergebnis einer Umfrage

Unsere jetzige 12. Jahrgangsstufe hat letztes Schuljahr die Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge besucht. Derzeit befinden sich 69 Schüler in der 12. Klasse. Für unsere Zeitung entschieden wir uns genau diese Schüler anonym und freiwillig über unsere Lernplattform zu befragen. Nachdem wir die Erlaubnis unserer Schulleitung hatten startet unsere Befragung. Anonym sollte unsere Umfrage sein, damit die Schüler eher bereit sind ehrlich und offen zu antworten. Das heißt, wir wollten sozial-erwünschte Antworten vermeiden. Darüber hinaus erhöht die Freiwilligkeit der Teilnahme, die Qualität und Relevanz der Ergebnisse. Nur diejenigen, die sich für das Thema interessieren oder ihre Meinung äußern wollen, haben sich beteiligt. Dies verkleinert die Wahrscheinlichkeit zufälliger oder unüberlegter Antworten und führt zu einem authentischen Ergebnis.

Insgesamt beteiligten sich 46 Schüler an der Umfrage. Für den Erhalt des Stollensystems sprachen sich rund 95,6% der Befragten aus. Aus unserer Sicht ist dies ein eindeutiges Ergebnis. Der Stollen ist ein wichtiger Teil der Gedenkstätte. Dieses Mahnmal und das ehemalige Lagergelände gehören zusammen als Ort des Gedenkens und Erinnerns.



Der Stollen ist wichtig!

Der außerschulische Lernort ‚Stollen‘ in den Thekenbergen ist wichtig, da man nur hier mit allen Sinnen lernen kann. Wir als Schüler können an einem Ort sein, an dem bedeutende historische Ereignisse geschehen sind, die die Geschichte unseres Landkreises und unserer Vorfahren greifbar machen. Das Stollensystem ist nicht nur ein beeindruckendes technisches Denkmal, sondern auch ein wichtiger Lern- und Gedenkort. Es erinnert an die schrecklichen Ereignisse des Zweiten Weltkriegs und dient als Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus. Nur durch die Besuchsmöglichkeit des Stollensystems kann ein tiefes Verständnis bei den Gästen der Gedenkstätte erreicht werden. Im Unterricht können dies ausschließlich Worte des Lehrers oder Texte in Lehrbüchern nicht erreichen. Überlebende des KZ Langenstein-Zwieberge berichteten über immer wiederkehrende belastende Erinnerungen, die das weitere Leben der Betroffenen und deren Angehörigen stark belastete. Alpträume, Flashbacks, emotionale Taubheit aber auch Depressionen und Ängste begleiteten die ehemaligen Insassen oft bis an ihr Lebensende. Oftmals konnten sie gar nicht über ihre Erlebnisse sprechen. Manche von ihnen hatten sogar Angst davor etwas zu berichten, weil sie davon ausgingen, dass man ihnen aufgrund der Abscheulichkeit der Berichterstattung nicht glauben würde.

Die Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge, mit ihrem Stollen, gibt diesen Menschen eine Stimme und trägt dazu bei, dass nicht vergessen werden darf.

Abschlussplädoyer

Gemäß unserer Ethiklehrerin sind im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung, bezugnehmend auf das 16. Nachhaltigkeitsziel „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ Gedenkstätten, wie Langenstein-Zwieberge und sein Stollen, bedeutungsvoll. Daher wünschen wir uns von den politischen Entscheidungsträgern das erforderliche Engagement und die notwendige Verantwortungsübernahme, dass dieser so wichtige Gedenk- und Lernort erhalten bleibt. Wir sehen das Dilemma vor dem das Land Sachsen-Anhalt steht. Auf der einen Seite steht der Erhalt des Gedenkortes, der im Jahr 2025 den 80. Jahrestag der Befreiung des KZ durch die Alliierten begeht. Auf der anderen Seite ruft Peter Karl Jugl, mit 8,0 Mio. Euro, einen völlig überbewerteten Verkaufspreis auf. Wir hoffen, dass Peter Karl Jugl von seinem Gewinnstreben absieht und

einen fairen Preis anbietet, damit ehemaliges Lagergelände und Stollen wieder in die öffentliche Hand kommen. Die im KZ Getöteten oder bei der Stollenarbeit Verstorbenen haben durch die Gedenkstättenarbeit so vieler engagierter Menschen einen Namen erhalten und an sie kann erinnert werden.

Die Angehörigen der Verstorbenen und Überlebenden brauchen diesen Ort zum Gedenken und wir benötigen diesen Ort zum Lernen mit allen Sinnen, damit sich das Grauen der Vergangenheit nicht wiederholt



Anhang

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Dr. Daniel Bohse ist Leiter der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg. | **Henrike Dammköhler** ist Schülerin an den Berufsbildenden Schulen J.P.C.-Heinrich-Mette in Quedlinburg. | **Ulf Dräger** ist Vorsitzender des Museumsverbands Sachsen-Anhalt. | **Dr. Kai Langer** ist Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. | **Dr. Felix Ludwig** ist pädagogischer Mitarbeiter der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. | **Marko Martin** ist Schriftsteller und Publizist. | **Elfi Melcher** ist Ethiklehrerin an den Berufsbildenden Schulen J.P.C. Heinrich Mette in Quedlinburg. | **Maik Reichel** ist Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt. | **Christoph Georg Rohrbach** ist Lehrer am Gymnasium „Am Thie“ in Blankenburg (Harz). | **Henrik Szántó** ist freischaffender Schriftsteller, Spoken Word-Künstler und Moderator. | **Michael Viebig** ist Leiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale). | **Josephine von Blueten Staub** ist freischaffende Autorin und Bühnenpoetin. | **Prof. Dr. Michael Wolffsohn** ist Historiker und Publizist.

Fotonachweis

Titelfoto: Bronzeplastik „Widerstehen“ von Bernd Göbel im Ehrenhof der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale). Foto: Hellmut Schlingensiepen

S. 3, 38: Kai Langer | S. 18: Sammlung Prof. Dr. Folker Reichert | S. 20, 23, 24: Christoph Georg Rohrbach | S. 27: Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt | S. 35: Hellmut Schlingensiepen | S. 40: Sammlung Bernd Mutschke | S. 43: Privatbesitz | S. 48: Stadtarchiv Halle, Standesamt Halle, Sammelakte zum Sterbefall 3023/1937 | S. 50: Stadtarchiv Halle, Standesamt Halle, Sammelakte zum Sterbefall 879/1945 | S. 54: BArch, DO 1, Nr. 2186, Bl. 82 | S. 57: BArch, DO 1, Kartei SMT- und Waldheimverurteilte | S. 68: Bundespräsidialamt | S. 78/80: Fotostudio Asmus | S. 89, 86: Sammlung Gedenkstätte Marienborn | S. 90: OrkenspalterTV | S. 91, 94: Sammlung Gedenkstätte Marienborn | S. 98: DBT/Stella von Saldern | S. 103: Sammlung Berufsbildende Schulen J.P.C. Heinrich Mette

Impressum

Herausgeberin: Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg
Tel. 0391 244 55-930 | Fax -998 | Mail: info-geschaeftsstelle@erinnern.org

Redaktion: Dr. Gero Fedtke, Matthias Ohms, Dr. Kai Langer (v.i.S.d.P.)

Gestaltung | Druck: laut wie leise, Halle | Halberstädter Druckhaus GmbH

ISSN-Nr.: 2194-2307

Spendenkonto: IBAN: DE74 8100 0000 0081 0015 16 | BIC: MARKDEF1810

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar. Für die inhaltlichen Aussagen sowie für die Veröffentlichungsrechte der verwendeten Fotos tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt wird gefördert durch das Land Sachsen-Anhalt.



SACHSEN-ANHALT

#moderndenken

Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin

Prettiner Landstraße 4 | 06925 Annaburg, OT Prettin | Tel.: (035386) 60 99 75 | Fax (035386) 60 99 77
mail: info-lichtenburg@erinnern.org | Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag 09:00 bis 15:30 Uhr
Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr | jeder letzte Sonntag im Monat 13:00 bis 17:00 Uhr
An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg

c/o Fachklinikum Bernburg | Olga-Benario-Str. 16/18 | 06406 Bernburg
Tel.: (03471) 31 98 16 | Fax (03471) 64 09 691 | mail: info-bernborg@erinnern.org
Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag 09:00 bis 16:00 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10:00 bis 16:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge

Vor den Zwiebergen 1 | 38895 Langenstein | Tel.: (03941) 56 73 26 | Tel./Fax (03941) 30 248
mail: info-langenstein@erinnern.org | Öffnungszeiten (Dauerausstellung): Dienstag bis
Freitag 09:00 bis 15:30 Uhr | Stollenabschnitt: April bis Oktober jedes letzte Wochenende im Monat
14:00 bis 17:00 Uhr und für angemeldete Gruppen nach Vereinbarung. Das Freigelände ist tagsüber zugänglich.

Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen

An der Gedenkstätte 1 | 39638 Hansestadt Gardelegen | Tel.: (03907) 77 590 812 | Fax (03907) 77 590 820
Mail: info-isenschnibbe@erinnern.org | Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag: 09:00 bis 15:30 Uhr |
Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr jeder letzte Sonntag im Monat 13:00 bis 17:00 Uhr | Das Freigelände ist
tagsüber zugänglich. | Führungen sind nach vorheriger Anmeldung möglich.

Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

Am Kirchtor 20b | 06108 Halle | Tel.: (0345) 470 698 337 | Fax (0345) 470 698 339
mail: info-roterochse@erinnern.org | Öffnungszeiten: Montag und Freitag 10:00 bis 14:00 Uhr
Dienstag bis Donnerstag 10:00 bis 16:00 Uhr | jedes erste Wochenende im Monat (Samstag und Sonntag)
13:00 bis 17:00 Uhr | An den gesetzlichen Feiertagen, außer dem 3. Oktober, ist die Gedenkstätte
geschlossen.

Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg

Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg | Tel.: (0391) 24 45 590 | Fax (0391) 24 45 599
mail: info-moritzplatz@erinnern.org | Öffnungszeiten: Montag bis Donnerstag 09:00 bis 16:00 Uhr |
Freitag 09:00 bis 14:00 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10:00 bis 16:00 Uhr sowie nach Verein-
barung | An den gesetzlichen Feiertagen, außer dem 3. Oktober, ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

An der Bundesautobahn 2 | 39365 Marienborn | Tel.: (039406) 92 090 | Fax (039406) 92 099
mail: info-marienborn@erinnern.org | Öffnungszeiten: täglich 10:00 bis 17:00 Uhr | Öffnungszeiten
Grenzdenkmal Hötenleben: Das Freigelände ist jederzeit
zugänglich. Führungen sind nach Vereinbarung möglich.

Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg
Tel.: (0391) 244 55 930 | Fax (0391) 244 55 998
mail: info-geschaeftsstelle@erinnern.org
web: www.erinnern.org



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT